

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile über dem Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 30. März 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Es bleibt beim Wettrüsten.

Der deutsche Reichstag stand heute vor einer wichtigen Entscheidung; die Sozialdemokraten haben eine Resolution beantragt, die ein internationales Übereinkommen zur Einschränkung des Flottenbaues und die Aufhebung des Kaparrechts fordert. Diese Resolution ist entsprungen aus der schweren Sorge um die Erhaltung des Friedens, den das Wettrüsten der kapitalistischen Nationen immer aufs neue gefährdet. Ihre Einbringung ist zur dringenden Notwendigkeit geworden durch die Folgen, die die ablehnende Haltung der deutschen Regierung bereits verschuldet hat. Unser Redner, Genosse Ledebour, hat in eindringlichen Worten die Gefahren gekennzeichnet, die der immer schärfer werdende Gegensatz zwischen Deutschland und England über die beiden Nationen und über ganz Europa heraufbeschwört. Er hat an dem Verlauf des serbisch-österreichischen Konflikts nachgewiesen, wie jeder noch so unbedeutende Streitfall, der heute in der auswärtigen Politik entsteht, durch die Gegensätze zwischen den europäischen Staaten, die sich immer mehr hier um Deutschland, dort um England gruppieren, zu einem kriegsdrohenden Ereignis von unabsehbaren Folgen vergrößert wird.

Es war umsonst. Die ersten Ausführungen des Sozialdemokraten, des Sprechers der stärksten Partei Deutschlands, der Arbeiterpartei, deren Anhänger heute einen stets wachsenden Teil der deutschen Armee bilden, fanden taube Ohren und mit Recht konnte Fürst Bülow in seiner Erwiderung sich auf die bürgerlichen Parteien berufen, die einmütig und bedingungslos sich auf seine Seite gestellt hatten. Denn in der Tat, von Schrader bis Kanitz waren die Herren geschlossen in der Ablehnung der sozialdemokratischen Friedensmaßnahme und damit auch einig in dem Verzicht, der verderblichen Richtung der deutschen Regierungspolitik ein Halt zu bieten.

Man sage nicht, daß dem deutschen Reichstag die Macht fehle, in die Politik der Regierung entscheidend einzugreifen. Die Verhandlungen der Finanzreform liefern den augenscheinlichen Beweis, wie mächtig der Reichstag sein kann, wenn er nur will. Von den Vorschlägen der Regierung ist da kaum mehr die Rede und die Parteien der Majorität treiben unbedürftig um die Regierung ihre eigene Politik. Wenn also der Reichstag heute kein Wort des Widerspruches fand, wenn er bedingungslos alles für gut fand, was die Regierung getan hat — es ist das selbe Auswärtige Amt, das in den Novembertagen selbst die „Tägliche Rundschau“ als den gefährlichsten Feind des deutschen Volkes bezeichnet hatte — so taten das die Herren nicht im Gefühl ihrer Machtlosigkeit, sondern weil sie mit dieser Politik so völlig einverstanden sind. Die heutige Debatte war der Beweis, daß in Deutschland die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme bedingungslos vor der imperialistischen Politik kapituliert haben genau so wie es die Flottendebatten vor England bewiesen haben und die Folgen dieser Politik werden deshalb nicht ausbleiben, weil heute viele ihrer Anhänger sich der Konsequenzen noch nicht bewußt sein mögen.

Unter diesen Umständen hatte der Reichskanzler von vornherein gewonnenes Spiel. Er war wieder ganz der Alte mit seinen Wägen und Widern, mit all dem rosenroten Optimismus, mit all der Selbstgefälligkeit und Grandezza, mit der er das Gemisch von Gemeinplätzen und Schiefheiten vorträgt, das seine Reden kennzeichnet. Es war charakteristisch, wie er gleich bei Beginn seiner Rede über das Verhältnis zu England nichts anderes vorzubringen wußte, als daß Deutschland Englands bester Kunde sei, und sich dann anschickte, diese allbekannte Tatsache durch handelsstatistische Daten erst noch des längeren zu beweisen. Freilich zitierte der Herr Kanzler nicht das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“, sondern das englische „Statesmen Yearbook“, wo die Zahlen nicht in simplen Mark, sondern in Pfund Sterling angegeben sind. Denn Fürst Bülow ist ein Mann von Bildung und liebt das zu zeigen. Das war zunächst ziemlich alles, was man über unsere Beziehungen zu England erfuhr und es wäre bei der Genügsamkeit der bürgerlichen Abgeordneten wohl dabei geblieben, wenn nicht unser Redner weitere Aufklärungen provoziert hätte. Und diese nähere Erklärung war nur eine neue Befräftigung der Ablehnung jedes Übereinkommens. Vergeblich hatte Ledebour darauf hingewiesen, daß die Möglichkeit zu solchen Verträgen schon vor der Haager Konferenz nachgewiesen worden ist. Fürst Bülow erklärt unentwegt, „keine geeignete Grundlage“ für Verhandlungen mit der englischen Regierung zu kennen. Nur daß es dann erst recht nötig gewesen wäre, in Verhandlungen einzutreten, anstatt sie von vornherein abzulehnen, da doch die englische Regierung eine solche Grundlage haben mußte, da sie die Verhandlungen vortrug. Ebenso hatte Ledebour schon vorher den andern immer wiederkehrenden Einwand gegen das Flottenabkommen widerlegt, den Einwand, daß die Rüstungen die innere Dreieinigkeit eines Landes sei, in die das Ausland nichts dreinreden dürfe. Unser Redner hatte mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß die Rüstungen jedes Landes in ihrer Technik wie in ihrem Ausmaß durch die Rüstungen der anderen Staaten bedingt seien, daß also ein internationales Übereinkommen nur der Ausdruck dieser

durch die Natur der Sache bedingten Verhältnisse sei. Aber das hindert natürlich den Fürsten Bülow nicht im geringsten, den Konsens zu wiederholen, daß ein solches Übereinkommen eine Einmischung des Auslandes bedeuten würde. Weiß er doch, daß er mit solchen patriotischen „Phrasen“ des Beifalls der bürgerlichen Parteien sicher sein kann. Als wären internationale Abkommen Einschränkungen der staatlichen Souveränität und nicht vielmehr nur der Ausfluß, die Betätigung des staatlichen Hoheitsrechts. Das war aber auch alles, was Bülow zur Rechtfertigung seiner Politik gegenüber England vorbringen konnte. Alles andere waren die bekannten Friedensversicherungen, von denen die einzige nicht wertlose die Uebnahme der bestimmten Verpflichtung ist, die Durchführung des Bauprogramms der Flotte nicht über die gesetzliche Frist zu beschleunigen.

Ueber die Haltung der bürgerlichen Parteien braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Man kann höchstens anmerken, daß Herr Schrader eine leise Gewissensregung verspürte, da er die Ablehnung unseres Antrags durch den Reichstag, den seine frühere Haltung zur Zustimmung verpflichtete, begründen sollte. Er fand den Antrag sympathisch, aber nicht zeitgemäß! Gewiß, es wäre vielleicht zeitgemäßer gewesen, einen solchen Antrag schon früher anzunehmen. Aber sicher war seine Annahme nie dringender als in dem gegenwärtigen Moment, wo sie des stärksten Eindruckes auf die öffentliche Meinung Englands gewiß und ihrer politischen Wirkung sicher wäre. Herr Schrader aber wird gegen den Antrag stimmen; noch besteht ja der Bloch, und solange er besteht, sind dem Reichstag andere als Gewissensregungen nicht gestattet. Die anderen Redner waren „patriotisch“ und „national“ ohne alle Bedenken. Hatten vor kurzem in der Budgetkommission Graf Kanitz und der Vertreter des Zentrums noch einige leise Vorbehalte gegen das Wettrüsten geäußert, so war davon heute nichts mehr zu hören. Man wollte offenbar wieder Eindruck machen auf das Ausland und war sehr erbittert über den Sozialdemokraten, der die Einigkeit so grauam zerstörte.

Ebenso milde Richter wie die Politik gegenüber England fand auch die Marokko- und Orienpolitik des Kanzlers. Hier kam dem Fürsten Bülow der Umstand zugute, daß das Übereinkommen zwischen Frankreich und Deutschland wenigstens das gute Ende einer schlechten Politik setzte. Ganz richtig ist die Notwendigkeit dieses Übereinkommens in dem vom Kanzler verlesenen, an die Vertreter Deutschlands im Auslande gerichteten Erlaß mit den Worten dargelegt:

„Da die praktische Bedeutung der von beiden Teilen verfolgten und widersprechenden Auffassungen nicht im Verhältnis stand zu dem angerichteten Schaden, so war beiderseits das Bedürfnis nach Beseitigung des Gegensatzes seit einiger Zeit hervorgetreten.“

Nur ist hier nicht gesagt, daß der Schaden eben von der Marokkopolitik der deutschen Regierung angerichtet worden war. Selbst die heute so friedfertig gestimmten bürgerlichen Abgeordneten konnten dabei nicht die Kritik unterdrücken, daß die jetzt erzielten Resultate billiger und mit geringeren Gefahren schon vor Jahren hätten erreicht werden können.

Wie bei der Marokkopolitik das Abkommen, so kam bei der Orienpolitik dem Fürsten Bülow die friedliche Wendung zugute. Hier wurde Bülow sehr poetisch, sprach fast so romantisch wie sonst sein Herr, zitierte die Riblungentreue und pries seine Loyalität und Verlässlichkeit. Als er aber soweit ging, den durch die Desorganisation der russischen Militärmacht erzwungenen Rückzug zu einem Loblied auf die zarische Regierung und gar auf den blutigen Jaren selbst zu benutzen, machte Ledebour solcher Geschichtsfärbung mit der nötigen Deutlichkeit und scharfem Sarkasmus ein Ende, wofür sich dann der Kanzler durch einige Unartigkeiten zu rächen suchte.

Aber dieser Teil der Debatte bleibt an Interesse wie an Wichtigkeit hinter der Erörterung der englisch-deutschen Beziehungen zurück. Dort handelte es sich mehr um nachträgliche Kritik, hier hätte es sich um wirksame Einflußnahme auf die künftige Politik Deutschlands handeln können. Hier hat das Haus, indem es unserem Antrag, wie die Debatte zeigt, die Gesofalschaft weigerte, versagt, und der Imperialismus hat heute den parlamentarischen Erfolg für sich. In Deutschland wie in England hat dieses letzte Ideal der Verfechter des Kapitalismus nur einen Gegner gefunden: die Arbeiterklasse der beiden Länder. In seiner Rede hat Ledebour mit warmer Sympathie der Haltung der englischen Arbeiterpartei gedacht. Diese Kampfgemeinschaft hat auch Ausdruck gefunden in der Begründung, die heute unsere Fraktion den Vertretern des englischen Proletariats geäußert hat. Denn wir wissen, daß das Einverständnis und die Solidarität des Proletariats der großen Kulturnationen immer mehr die einzige Bürgschaft des europäischen Friedens bildet, eine Bürgschaft, stark genug, um den schlimmsten Folgen der Verblendung der bürgerlichen Parlamente zuletz noch zu wehren.

## Die Blockfarce.

Die „Blockfarce“ wächst sich immer mehr zur Blockfarce aus, in der seiner geistigen Anlage entsprechend der Freisinn die Rolle der komischen Person spielt. Die Konserverativen haben ihm mit beleidigender Geringschätzung zu verstehen gegeben, daß sie des

Baarungsverhältnisses überdrüssig sind; anstatt aber die Kündigung mit Anstand hinzunehmen und das Verhältnis kurzweg zu lösen, gefällt sich der Freisinn in jener Rolle verbrauchter Konkubinen, die, wenn sie von ihrem Galan vor die Türe gesetzt werden, diesen durch Küßrügen, würdelose Aufbringlichkeiten und Drohungen zur Fortsetzung des Konkubinatverhältnisses zu bestimmen suchen. Einige Freisinnige tun zwar so, als hätten sie den Bloch längst satt gehabt und als brächte ihnen die Auflösung des Blochs endlich die Erlösung aus einem stets nur widerwillig ertragenen unwürdigen Helotendienst. So versichert z. B. Herr Gothein in der „Neuen Hamb. Ztg.“, die Freisinnigen würden aufatmen, wenn der Alb des Blochs von ihrer Brust gewälzt werde. Aber wenn die Herren ihre Konkubinatstellung im Bloch als so unwürdig empfanden und sich, wie sie betonen, von Anfang über die Unfruchtbarkeit der Bloch-union klar waren, warum haben sie dann ihre Kraft in dieser Gemeinschaft vergeudet und sich zur politischen Prostitution hergegeben? Warum lösen sie dann nicht wenigstens jetzt energisch ihr Verhältnis zum Bloch, sondern lassen sich von den Konserverativen brutal den Stuhl vor die Tür setzen?

Hat jedoch bei Gothein die Versicherung, daß er froh wäre, der Bloch ginge in die Brüche, immerhin noch eine gewisse minimale Berechtigung, so fordert es geradezu den Hohn heraus, wenn auch Herr Friedrich Raumann im „Berliner Tageblatt“ sich als Blochverächter gebärdet, der froh ist, daß die Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen aufhöre — derselbe Herr Raumann, der als gefühlvoller Stimmungsromantiker 385mal im Jahre seine Meinung ändert und im Schaltjahre 386mal vom Halbsozialisten und Schwärmer für das sozialistische Kaiserreich hat er sich durch einige Duzend Häutungen zum Blochpolitiker sans phrase durchgerungen und alle Kapriolen der Blochpolitik mitgemacht, um den so heiß begehrten politischen Einfluß, nach dem sein gefühlvolles Herz sich sehnt, endlich zu erlangen, und nun, nachdem er sieht, mit der liberalen Aera ist es nichts, kehrt er in einem halben Tage wieder zu seinem früheren Ideal, dem Zusammenschluß der ganzen Linken, zurück und fordert mit höchstem Latendrang die Vereinigung aller antikonserverativen Parteien von „Nebel bis Wasser-mann“.

Herr Raumann kennt uns nicht, und so begreift er auch nicht, daß wir keine Reizung besitzen, uns mit Reuten zu verbinden, die — wie die Freisinnigen — im Bloch sich jahrelang politisch prostituiert haben. Er erklärt einfach: Der Bloch ist vorbei, eine neue Periode beginnt. Da muß man allseitig vergessen, was dahinter liegt, denn wohin soll man kommen, wenn man nie aufhören will, alle Differenzen von neuem aufzuwärmen. Jetzt gibt es nur eine Parole: Absolute und hingebende Treue an den kämpfenden Liberalismus. Die linksliberale Fraktionsgemeinschaft sei einig, deshalb sei es jetzt nur nötig, um den deutschen Liberalismus neu erstehen zu lassen, daß alle Menschen in Stadt und Land bereit seien, sich die Hand zu reichen zum Kampfe gegen diejenigen, die nichts geben, aber alles nehmen wollen.

Sehr schön, aber ist dieser Kampf möglich, nachdem der Freisinn solange Regierungspartei gespielt hat? Gilt Herr Raumann wirklich für möglich, daß der Freisinn, nachdem er sich in den letzten Jahren für den Imperialismus, die Kolonialpolitik, die Flotten- und Heeresvermehrung begeistert hat, jetzt einfach wieder in die „pringspieneste“ Opposition abzuweicht? Und glaubt er wirklich, daß der Freisinn Wiemerscher Couleur diese Säuwendung mitmacht? Da dürfte er sich sehr irren. Tatsächlich fertigt denn auch die „Freis. Ztg.“ bereits Herrn Raumann mit folgenden Worten ab:

„Wir sind durchaus der Meinung, daß ein Zusammenhalten der Liberalen aller Richtungen, zumal in der jetzigen politischen Lage, im Interesse des Gesamtliberalismus geboten sei. Wir müssen aber der Auffassung Raumanns entschieden widersprechen, daß mit diesem Zusammengehen der Liberalen zugleich eine Veränderung der Stellung zur Sozialdemokratie eingeleitet werden und das Streben darauf gerichtet sein müsse, eine Zukunftsmehrheit von Nebel bis Wassermann zu bilden. Für eine solche Parteigruppierung sind die Voraussetzungen nicht gegeben.“

Selbst in seiner eigenen Lippen-Fraktion findet Herr Raumann Widerspruch. So verkündet beispielsweise Herr Siegfried Heßcher, der Hospitant der Freisinnigen Vereinigung, im „Hamb. Fremdenblatt“, daß der Bloch noch keineswegs verloren sei, und der Freisinn sich bewehalten müsse, auf Bülows Ruf weiter in die Blochadresse einzuschwoften.

Der Freisinn stellt sich gehorsamt zu Bülows Verfügung, und dieser ist hinter den Kulissen eifrig bemüht, die feindlichen Brüder zu versöhnen und die gesuchte „Basis des Ausgleichs“ zwischen Konserveratismus und Liberalismus auf Kosten der unbemittelten Volksschichten zu finden. Er hat erneut mit Wassermann und Wiemer verhandelt und ihnen versichert, daß der Bloch aufrechterhalten werden müsse. Vielleicht gelingt es ihm doch noch, den Bloch wieder einzurenten — und dann werden wir sicher das Schauspiel erleben, daß auch Herr Raumann sich wieder einstellt und in stiller Hoffnung, daß doch einmal die große liberale Aera kommen muß, wieder seine Sakramentalen schneht. Hoffen und harren, macht gar manchen zum Narren!

## Die Kriegsgefahr beseitigt.

Am Sonntag hat der englische Botschafter in Wien dem österreichischen Minister des Auswärtigen mitgeteilt, daß die englische Regierung den von Oesterreich vorge-schlagenen Text der Rastschläge, die an Serbien zu erteilen sind, akzeptiert. Damit ist die Einigkeit der Mächte in der serbischen Frage hergestellt. Am Montag sollte Serbien die gemeinsame Note der Mächte überreicht werden. Es wird darin gefordert, daß Serbien

eine Erklärung abgibt des Inhalts, daß es keinerlei Rechte auf Bosnien und die Herzegovina hat und deshalb von der Annexion dieser Länder durch Oesterreich nicht berührt wird, daß es mit Oesterreich im besten Einvernehmen zu leben bereit ist und daß es sofort seine Reservisten entlassen wird. Die Note der Mächte soll zum Schluß den Satz enthalten: „Sollte Serbien sich unerwarteterweise weigern, die gewünschte Erklärung abzugeben, so werden die Mächte trotzdem an diesen Prinzipien festhalten und Serbien wird isoliert sein.“

Serbien denkt indes nicht daran, sich noch weiter zu weigern; schon am Sonnabend meldete der Draht, daß am Sonntag die Abrüstung angeordnet werden solle. Das ist denn auch durch eine Verordnung geschehen, wonach die Waffenübungen des ersten und zweiten Aufgebots nicht stattfinden sollen und die einberufenen Reservisten nicht einzurücken brauchen. Der Thronverzicht des Kronprinzen ist inzwischen von der Stupschina, die am Sonntag eine außerordentliche Sitzung abhielt, ohne jegliche Erregung entgegengenommen worden und im Amtsblatt ist bereits der Prinz Alexander als Thronfolger proklamiert worden. Der Verzicht ist also definitiv geworden und der Zusammenbruch der Kriegspartei ist damit besiegelt. Allerdings wird jetzt aus Belgrad gemeldet, daß die enttäuschte Kriegspartei sich nun in Faktionen im Lande selbst betätigen werde — die Zukunft der Dynastie Karageorgewitsch sei bedroht. Das ist nicht unmöglich, doch darf bei dem jetzigen Stande der Dinge angenommen werden, daß durch innere Unruhen in Serbien der Friede zurzeit nicht bedroht wird.

Ernstler als die Meldungen über kommende innere Entwicklungen in Serbien sind die Dissonanzen zu nehmen, die die Abwendung der Kriegsgefahr in der Presse Russlands, Englands und Frankreichs begleiten. Die Petersburger „Nowoje Wremja“ spricht von einem „diplomatischen Tsuschima“ Russlands. In englischen Blättern wird von deutschen Drohungen gesprochen, die Russlands Schwächung herbeigeführt hätten, die „Times“ schreibt von deutschen Versuchen, das russisch-englisch-französische Einvernehmen zu sprengen. Die beiden mitteleuropäischen Zentralmächte hätten bewiesen, daß sie gewillt und entschlossen seien, ohne irgend welche Verträge zu respektieren, ihre egoistische Politik durchzuführen, und fest zusammenzuhalten, auch wenn der einen Macht die Politik der anderen nicht gerecht zu sein scheint.

Es geht aus diesen Äußerungen hervor, daß der Ausgang der Affäre in den Staaten des Dreimächte-Einvernehmens als eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichts betrachtet wird, daß die Annexion Bosniens, wenn sie zunächst auch keine kriegerische Folgen hat, den Gegensatz zwischen Russland und Oesterreich und damit zwischen Deutschland und Frankreich andererseits stark verschärft hat, so sehr, daß der europäische Friede hinfort noch gebrechlicher wird, als er ohnehin in letzter Zeit schon war. Bemerkenswert ist, daß sich die Ausfälle der russischen und englischen Presse weit mehr gegen Deutschland als gegen das meistbeteiligte Oesterreich richten.

Für das sozialistische Proletariat Europas ergibt sich aus dieser Situation die dringliche Pflicht, mit aller Kraft und Entschiedenheit jeglicher Bedrohung des Friedens entgegenzutreten. Am Sonnabend haben das im österreichischen Abgeordnetenhaus unsere österreichischen Genossen getan. Ihren Friedens-Dringlichkeitsantrag, der, wie wir schon in der Sonntagsnummer kurz melden konnten, einstimmig angenommen wurde, behandelte Genosse Dr. W. Adler mit einer eindrucksvollen Rede. Es hieß darin u. a.:

„Heute wollen wir feststellen, daß das Volk, daß diejenigen, auf deren Rücken alle Kriege ausgetragen werden; daß diejenigen, deren Blut alles bezahlt, deren Blut das ganze Prestige der Dynastien, den ganzen Ruhm aller Staatmänner bezahlt, daß die breiten Massen der Bevölkerung einig sind in den Ruf: Wir wollen keinen Krieg, wir wollen Frieden, wir wollen weder einen großen Krieg, einen Weltkrieg, einen Krieg mit drei Fronten, wir wollen aber auch keinen kleinen Krieg (lebhafter Beifall und Händeklatschen), wir wollen auch keinen lokalisierten Krieg! ... In dieser Stelle will ich es aussprechen, daß es in Serbien nicht bloß verantwortungslose, wahninnige Chauvinisten gibt, sondern daß es jenseits der serbischen Grenze auch eine Friedenspartei gibt (Sehr richtig!), eine Friedenspartei, die Opfer bringt für den Frieden: die Sozialdemokratie (lebhafter Beifall und Händeklatschen), die Vertreter des serbischen Proletariats, die serbischen Sozialdemokraten, die ihr Volk so lieben und darum für den Frieden sind, so wie wir hier Sozialdemokraten aller Nationen unser Volk lieben und darum für den Frieden sind! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Und gefaßt sind, daß ich hier aus dem Parlament, wo Vertreter des internationalen Proletariats in Oesterreich sitzen, einen Gruß hinübersende in die serbische Stupschina an einen Mann (stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen), den einzigen, der den Ruf hat, sich der ganzen Meute entgegenzustellen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)“

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. März 1909.

### Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus herrscht bereits Ferienstimmung; am Montag waren kaum drei Duzend Abgeordnete anwesend. Wenn es so weiter geht, wird die sozialdemokratische Fraktion die Mehrheit haben.

Ohne Debatte bewilligte das Haus zunächst in dritter Lesung die Vorlage betr. die Erhöhung des Grundkapitals der Zentralgenossenschaftskasse und in zweiter Lesung den Etat der Böhle und indirekten Steuern. Lebhafter ging es bei der Beratung des Etats der direkten Steuern zu. Die Enthüllungen des konservativen Politikers Delbrück über die eigenartigen Veranlagungen auf dem Lande haben bei den Konservativen eine starke Verschnupfung hervorgerufen. Ihr Wortführer, Abg. v. Schmeling, legte geharnischten Protest ein gegen den Vorwurf, daß bestimmte Kreise nur deshalb gegen die Nachlasssteuer seien, weil bei ihrer Einführung Steuerhinterziehungen nicht mehr so leicht möglich sind. Sachlich vermochte er allerdings die Delbrückschen Behauptungen nicht zu widerlegen. Auch die Nationalliberalen fühlten sich als Sachwalter des Großkapitals nicht ganz sicher, sie wissen, daß es in den Reihen ihrer Parteigenossen im Lande so manchen gibt, dessen Steuerdeklaration vor einer gewissenhaften Nachprüfung nicht bestehen kann. So schickten sie denn Herrn Schiffer vor, der mit dem gleichen Pathos wie sein konservativer Vorredner den Vorwurf der Steuerhinterziehung durch das mobile Kapital in seiner Allgemeinheit bestritt. Mag nun Herr Professor Delbrück Recht haben oder nicht, das eine sieht

zweifellos fest, daß es in Preußen nur eine einzige Bevölkerungsklasse gibt, die mit ihrem ganzen Einkommen, ja noch drüber hinaus, zur Steuer herangezogen wird: die Arbeiterkaste! Welche Ungerechtigkeit auf diesem Gebiete besteht, das zeigte Genosse Girsch an einem Fall, den er beim Etat des Finanzministeriums zur Sprache brachte. Es handelt sich um eine vom Minister gebilligte Verfügung, wonach Ueberstundenvergütung für Zollbeamte nur eine Entschädigung für den Mehraufwand an Kleidung und Verköstigung darstellt und deshalb kein steuerpflichtiges Einkommen ist. Mit Recht wies unser Genosse auf die Ungerechtigkeit hin, daß die Arbeiter den Verdienst jeder einzelnen Ueberstunde versteuern müssen, während hier für die Beamten eine Extravergütung geboten wird. Dem Finanzminister freilich scheint die Sache so bedeutungslos zu sein, daß er auf die Anfrage des sozialdemokratischen Redners überhaupt nicht antwortete!

Aus der sonstigen Beratung des Etats des Finanzministeriums ist nur noch die Bewilligung des berüchtigten Dispositionsfonds zur Förderung des Deutchtums hervorzuheben.

Die weitere Etatsberatung wird erst nach Ostern erfolgen. Die Sitzungstage dieser Woche werden mit der ersten Lesung der Sekundärbahnvorlage ausgefüllt, die am Dienstag beginnt.

### Ein nationalliberal-freisinniges Tabaksteuerprojekt.

Die Verhandlungen des zur Auffindung eines Tabaksteuerkompromisses eingesetzten Unterausschusses der Finanzkommission sind streng vertraulich; dennoch dringen fortwährend Mitteilungen über die im Ausschuss betriebenen Schachereigeschäfte in die Öffentlichkeit und zwar durch die Kommissionsmitglieder jener Partei, die sich stets über Indiskretionen der Mitglieder anderer Parteien aufs höchste moralisch entrüstet — nämlich der nationalliberalen Partei. Jetzt veröffentlicht sogar die „Nationalliberale Korrespondenz“ ungeniert den Antrag einer Veränderung des bestehenden Tabaksteuergesetzes, den das nationalliberale Kommissionsmitglied Weber gemeinsam mit dem Abg. Mommsen von der freisinnigen Vereinigung in der Subkommission gestellt hat, und die „Nationalzeitung“ druckt diese Mitteilung vergnügt nach. Das schöne Steuerprojekt, das in seiner Fürsorge für die Tabakarbeiterkaste der Nationalliberalismus gemeinsam mit dem Freisinn ausgebreitet hat, hat folgenden Wortlaut: Die Subkommission wolle beschließen, der Finanzkommission zu empfehlen:

I. § 1 ist zu fassen wie folgt:  
Der Eingangszoll beträgt für einen Doppelzentner  
a) Tabakblätter, unearbeitet; Abfälle von unearbeiteten Tabakblättern

1. für Zigarren und Zigaretten 140 M.,
2. für Rauch-, Rau- und Schnupftabak 100 M.,
- b) Tabaksaugen 100 M.,
- c) Tabakstengel und Tabakrippen 85 M.,
- d) Zigaretten 1600 M.,
- e) Zigarren 400 M.,
- f) Feingehackter Tabak 700 M.,
- g) Rauchtobak und Schnupftabak 300 M.,
- h) Tabakblätter, ganz und halb entrippt 250 M.,
- i) Braßkarotten 210 M.,
- k) Rauchtobak und andere Tabakerzeugnisse 300 M.

Die Inlandsteuer beträgt für einen Doppelzentner Rauchtobak, sowie Gruppen:

1. für Zigarren und Zigaretten 75 M.,
  2. für Rauch-, Rau- und Schnupftabak 50 M.
- II. Dem § 1 die nachfolgenden Bestimmungen anzufügen:  
§ 1a. Bei der Ausfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten oder bei ihrer Niederlegung in einer öffentlichen Niederlage oder in einem unter amtlichem Wächterschutz stehenden Privatlager wird eine Abgabenvergütung gewährt, welche beträgt für den Doppelzentner:

- a) Zigarren, welche unter zollamtlicher Ueberwachung aus überseeischen Tabakten hergestellt sind, 195 M.,
- b) andere Zigarren 105 M.,
- c) Zigaretten 110 M. bezw. 60 M.,
- d) Rauchtobak 95 M. bezw. 50 M.,
- e) Rauchtobak 35 M.,
- f) Schnupftabak 35 M.

§ 1b. Die Rauch-, Rau- und Schnupftabakfabrikanten haben ihre Betriebe bei der zuständigen Zollbehörde anzumelden.  
§ 1c. Rauch-, Rau- und Schnupftabakfabrikanten, welche Anspruch auf die niedrigere Steuer und den niedrigeren Zoll machen, dürfen die Rohabfälle und Gruppen nur im Transitverkehr beziehen und müssen solche mit den Zoll- oder steueramtlichen Begleitscheinen sofort in die Fabrik verbringen.

Ueber die Tabake ist ein Fabriklagerbuch zu führen, aus dem jederzeit der Eingang und der tägliche Verbrauch in der Fabrikation ersichtlich ist.

§ 1d. Rohabfälle und entlaugte Tabake dürfen aus den Rauch-, Rau- und Schnupftabakfabriken nur mit Genehmigung der Steuerbehörde entnommen werden.

§ 1e. Die Rauchtobake unterliegen dem Verpackungszwang. Das Höchstgewicht der Pakete darf 500 Gramm nicht übersteigen. Auf den Paketen zu 250 und zu 500 Gramm ist unter Hinweis auf die entsprechende Bestimmung des Gesetzes zu vermerken, daß die Tabake nur als Reisentabak und nicht zur Fabrikation von Zigarren und Zigaretten verwendet werden dürfen.

Es folgen dann allerlei Bestimmungen über den Verkauf von Rauchtobak zur Zigarren- oder Zigarettenfabrikation und über die Lagerung der Tabake in gemischten Betrieben, sowie ferner verschiedene Uebergangsvorschriften, von denen hauptsächlich die Forderung interessiert, daß alle am 1. August 1909 im Zollinlande im verzollten und versteuerten Zustande befindlichen entrippten sowie geschnittenen Rauchtobake einer Nachverzollung oder Nachversteuerung unterliegen sollen.

Der Vorschlag der Herren Weber und Mommsen zeigt, wie opferwillig beide Herren für die Größe des Vaterlandes sein können — wenn die Opfer von anderen aufzubringen sind. Die Zollerhöhungen, die sie vorschlagen, sind so horrend, daß, wenn ihr Antrag Annahme fände, die Tabakindustrie zu wesentlicher Einschränkung ihrer Produktion und zur Entlassung Behntausender von Arbeitern gezwungen würde. Nach dem Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 betrug z. B. bisher der Zoll für unearbeitete Tabakblätter pro Doppelzentner 85 M., nach dem obigen Vorschlag soll er auf 140 M. erhöht werden, Zigarren kosteten bisher 270 M., künftig 400 M.; bearbeitete Tabakblätter 180 M., künftig 250 M.; Rau- und Schnupftabak 180 M., künftig 300 M.; Rauchtobak 180 M., künftig 300 M. usw.

Durchschnittlich sind die Zollsätze um 60 bis 70 Proz. erhöht.

### Die Vollmachten des Fürsten Wilow.

Die „Rheinische Volkszeitung“ behauptet, Fürst Wilow sei am Sonntag beim Kaiser zum Vortrag gewesen, dessen Gegenstand die innerpolitische Lage war. Wilow habe dabei die weitgehendsten Vollmachten zur Durchführung der Reichsfinanzreform erhalten. Unter diesen Vollmachten soll sich auch die Befugnis zur

Auflösung des Reichstages befinden. — Die Richtigkeit dieser Nachricht wird in der liberalen Presse angezweifelt, weil Wilow im Reichstage erklärt habe, bei dem Vortrage habe es sich um Angelegenheiten der auswärtigen Politik gehandelt. Das ist zweifellos richtig, schließt aber nicht aus, daß auch die innerpolitische Lage einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde.

### Deutsch-englische Arbeiterolidarität.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat an die englische Arbeiterpartei folgendes Telegramm gerichtet:

„An die Arbeiterpartei im englischen Unterhause, zu Händen des Vorsitzenden Keir Hardie.“

Die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage begründete heute einen Antrag auf internationale Einschränkung der Rüstungen zur See und auf Abschaffung des Preisrechtes. — In der Hoffnung, daß die englischen und deutschen Sozialisten in der Förderung des Friedens den Erfolg auf ihrer Seite behalten werden, sendet der Arbeiterpartei brüderliche Grüße

im Namen der deutschen Sozialdemokratie.  
Paul Singer.“

### Ein Ergänzungsetat.

zum Etat von 1909 ist dem Reichstage zugegangen. Es werden gefordert 577 500 M. für den Neubau einer Kaserne in Köln, 516 150 M. für Beschaffung von Remonten, 21 500 M. zum Ankauf eines Grundstückes für die Kolonialverwaltung, 4000 M. als Dispositionsfonds für Zuziehung von Sachverständigen beim Reichseisenbahnamt.

### Ein „tüchtiger“ Stellvertreter Gottes.

Die aus Bromberg gemeldet wird, hatte sich vor dem Kriegsgericht der 4. Division der Sergeant der Landwehr Krüger zu verantworten. Er hatte sich bei seinem früheren Regiment in Posen 50 Mißhandlungsfälle geleistet. Die Mißhandlungen sind durch Weg Reservisten. Er hatte, wie festgestellt wurde, die Leute mit dem Gewehr gestochen, daß sie vor Schmerz laut aufschrien, mit der Faust ins Gesicht geschlagen, an den Ohren gezogen, mit dem Kopf an die Wand gestoßen usw. Während der dienstfreien Zeit ließ er seine Korporalchaft in Gruppen zu drei Mann vor dem glühenden Ofen in der Stube Griffe legen, bis sie zusammenbrachen. Vor dem Kriegsgericht nach dem Grunde befragt, erklärte er, daß er auf der Unteroffizierschule gelernt habe, im Wachen liegen sich die Griffe besser ausführen. Sein Hauptmann bezeichnete den Erzieher als einen tüchtigen Unteroffizier, obwohl dieser schon wiederholt wegen Mißhandlungen verurteilt ist, einmal sogar mit fünf Monaten Gefängnis.

Das Gericht stellte 42 Mißhandlungsfälle fest und verurteilte den „tüchtigen“ Menschen zu drei Monaten Gefängnis und Degradation.

Verwunderlich ist nur, wie sich Reservisten diese Qualereien so lange gefallen lassen konnten.

### Regierungsrat Martin vor dem Reichsdisziplinarhofe.

Leipzig, 29. März.

Vor dem kaiserl. Disziplinarhofe in Leipzig wurde heute unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Wilhelms Geheimen Rats Dr. Freiherrn v. Sedowitz gegen den Regierungsrat Paul Martin aus Berlin verhandelt. Vertreter der Anklage war der Geheimre Regierungsrat Dr. Lewald vom Reichsamt des Innern. Die kaiserl. Disziplinarammer in Potsdam hatte Martin zur Dienstentlassung verurteilt. Gegen dieses Erkenntnis hatte der Angeklagte, der persönlich erschienen war, Berufung eingelegt. Der kaiserliche Disziplinarhof hat heute in seinem Urteil für Recht erkannt, die Entscheidung der Disziplinarammer unter Verwerfung der Berufung zu bestätigen und die Kosten des Verfahrens dem Angeklagten aufzuerlegen. Der kaiserliche Disziplinarhof hält in allen vier Punkten der Anklage den Angeklagten des Dienstvergehens für überführt. Er nimmt an, daß dieser eine Reihe von Artikeln der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, die gegen den Grafen v. Posadowsky gerichtet waren, imitiert und daß er in einer Zuschrift an die „Germania“ sich in taktloser und unangemessener Weise über einen ehemaligen direkten Vorgesetzten geäußert habe. Der Disziplinarhof erblickt in der Veröffentlichung einer Beschwerde an den Reichskanzler ein schweres Dienstvergehen und sieht auch in Martins Weigerung, eine von einem Vorgesetzten verlangte Äußerung abzugeben, ein erhebliches Vergehen. Ganz kommt, daß bei dieser Weigerung der Angeklagte wiederum eine absichtliche, ungebührliche Verweigerung über den Grafen Posadowsky gemacht hat. Der Disziplinarhof hält die Gründe, aus denen die Disziplinarammer weiteren Weisungsanträgen nicht stattgegeben hat, für berechtigt. Als Straßmaßnahme erhebt nur die Dienstentlassung angemessen. Es liegen eine Reihe erheblicher Dienstvergehens vor. Das amtliche Verleben und das außeramtliche Verhalten des Angeklagten als Schriftsteller sind derart gewesen, daß mildernde Umstände nicht in Betracht kommen.

### Frankreich.

#### Eine Kundgebung der Arbeitersyndikate.

Paris, 29. März. Aus Anlaß des Jahrestages der Schlägerei von Drureil wurde gestern eine Kundgebung veranstaltet, an welcher sich circa 20000 Personen beteiligten. Sie zogen vor das Grab des bei jenem Massaker getöteten Sekretärs der Erdarbeitergewerkschaft und legten Kränze nieder. Pataud, der Sekretär der Volkspartei erklärte, der Generalaufstand sei bevor und die Bewegung der Post- und Telegraphenbeamten sei nur der erste Schritt dazu gewesen.

#### Streikunruhen.

Aus Méru in Nordfrankreich melden bürgerliche Blätter: Nach einer Versammlung gingen streikende Arbeiter (die Arbeiter der Knopfabriken sind dort seit einiger Zeit im Auslande) die Wohnung eines Fabrikanten an, zerstörten alles Mobiliar und verbrannten es auf dem Hofe. In Amblainville wurden 3 Gendarmen von streikenden Arbeitern durch Steinwürfe verletzt. Bei einem Tumult wurde eine Frau von dem Pferde eines Gendarmen niedergestreckt, wobei sie schwere Verletzungen erlitt. Am Rittendach wurden mehrere Gendarmen, welche sich vor der Hebermacht der Menge in ein Däumlingshütchen hatten schützen müssen, von den Ausständigen umzingelt. Der Präfeld sandte 300 Dragoner und 100 Gendarmen in das Streikgebiet.

#### Ein Sozialist als Präsident des Pariser Gemeinderats.

Paris, 29. März. Zum Präsidenten des Munizipalrats wurde heute Chauffee gewählt, der der Partei der geringsten Sozialisten angehört.

### England.

#### Marinedebatte im Unterhause.

London, 29. März. Mit Rücksicht auf die Beratung des Tabakgesetzes der Konservativen war das Unterhause überfüllt. Vor Beginn der Debatte wurde eine Reihe von Fragen über Marineangelegenheiten an den Ersten Lord der Admiralität Mr. Henna und an den Premierminister Asquith gerichtet. In Antwort einer Anfrage von Seiten der Radikalen, in welcher gefragt wurde, daß die Erklärung des Staatssekretärs von Schoen eine günstige Gelegenheit geboten hätte, die engli-

sehen Vorschläge für ein englisch-deutsches Abkommen über die Flottenbauprogramme in bestimmter Form zu wiederholen, führte Premierminister Asquith aus, die Erklärung des deutschen Staatssekretärs des Meeres wiederhole, was hier längst als die Auffassung der deutschen Regierung bekannt sei, seitdem die Frage der Flottenausgaben besprochen werde. Es sei selbstverständlich, daß England bereit sei, Vorschläge zu machen oder entgegenzunehmen, welche gegenseitig die Flottenausgaben zu verringern vermöchten, oder, falls dies sich als unmöglich erweisen sollte, in dem in der öffentlichen Meinung vorherrschenden Argwohn betreffend die Ausdehnung oder den Zweck dieser Ausgaben zu besichtigen. Aber offiziell auf Vorschläge dieser Art irgendwo zu dringen, wo sie vielleicht nicht willkommen seien, würde ihre Aussichten nicht verbessern.

### Parlamentarische Erziehung.

London, 17. März. (Sig. Ver.) In Croydon (im Süden von London) ist infolge des Ablebens des früheren Abgeordneten eine Nachwahl erforderlich, die am 20. d. M. vorgenommen wird. Die Arbeiterpartei hat Frank Smith als Kandidaten aufgestellt. Seine Wahlkandidatur ist eine sozialistische und deshalb antimperialisistische. Unter den durch die letzten Wahlen geschaffenen Verhältnissen ist es einem Kandidaten jetzt leichter, für den Sozialismus einzutreten, als gegen die Flottenrüstungen zu agitieren. Der Arbeiterkandidat ist aber nicht desto weniger bemüht, die Solidarität der Proletarier aller Länder hervorzuheben und sie als die einzige Garantie des Friedens zu propagieren. Die Kandidaten sind: Hermon-Hodge (konservativ oder unionistisch), Raphael (liberal), Frank Smith (Arbeiterpartei).

Bei den Hauptwahlen im Januar 1906 war das Resultat wie folgt: Arnold-Forster (unionistisch) 8211 Stimmen, Somerset (liberal) 7573, Stranks (Arbeiterpartei) 4907. Der Wahlkreis gehörte seit vielen Jahren den Konservativen (Unionisten).

### Gewerbliche Lohnämter.

London, 25. März. (Sig. Ver.) Der Handelsminister Mr. Churchill legte gestern dem Parlamente eine Vorlage betreffend gewerbliche Lohnämter (Trade Boards Bill) vor, die den Zweck hat, das Schlichtungssystem in folgenden Gewerben abzusichern: Herstellung fertiger Kleider, Hutmacherei, Pappschachtelherstellung und Spitzenmacherei. In diesen Gewerben, die sowohl die Heim- wie die Fabrikarbeit einschließen, soll der Anfang gemacht werden, Mindestlöhne festzusetzen und deren Zahlung zu erzwingen. Später sollen weitere Gewerbe unter das Gesetz gebracht werden.

Die Hauptmaßregel dieser Bill besteht in der Schaffung von gewerblichen Räten, die aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sein und die Befugnis haben sollen, Mindestlöhne für die betreffenden Gewerbe je nach Distrikt festzusetzen. Die verschiedenen Distriktslohnämter unterstehen einem Zentrallohnamt, das ebenfalls aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen soll, aber dem auch drei besoldete Sachverständige als Beamte beigegeben werden sollen. Unter diesen Sachverständigen soll mindestens eine Frauensperson sein. Sobald die Mindestlöhne festgesetzt sind, werden sie für alle munizipalen und staatlichen Werkstätten bindend, und nur Arbeitgeber, die sich den Lohnamtsbeschlüssen unterwerfen, können munizipale und staatliche Kontrakte erhalten.

Soweit diese Bestimmungen reichen, sind sie also für die betreffenden Gewerbe nicht absolut bindend. Denn es hängt von den Gewerbetreibenden ab, ob sie sich den Beschlüssen der Lohnämter unterwerfen wollen. Wenn die Bill nichts mehr tun würde als das, so wäre sie von vornherein verfehlt. Aber sie geht einen Schritt weiter und bestimmt: Sechs Monate nach der Festsetzung der Mindestlöhne dürfen die Lohnämter beim Handelsministerium den Antrag stellen, ihren Beschlüssen Gesetzeskraft zu verleihen, also für alle Arbeitgeber in den betreffenden Gewerben verbindlich zu machen.

Die Bill passierte die erste Lesung und wird sicherlich bei den übrigen Beratungsklassen erheblich amendiert werden.

Die Arbeitgeber organisieren sich bereits, der Trade Boards Bill eine Niederlage zu bereiten.

Die zweite Lesung wird schon am 28. d. M. vorgenommen.

### Rußland.

#### Blutstatistik.

Die Gerichtskommission der Reichsduma wandte sich vor einiger Zeit an das Ministerium des Innern mit der Bitte, ihr genaue Daten über die Zahl der Hinrichtungen während der letzten drei Jahre zuzustellen. In diesen Tagen ist folgende Antwort eingelaufen:

Nach den Angaben des Polizeidepartements sind von 1905 bis 1. Januar 1909 gegen Zivilpersonen Todesurteile gefällt und ausgeführt worden:

#### Von Kreis militärgerichten:

Jahr	Todesurteile	Hinrichtungen
1905	72	10
1906	450	144
1907	1056	456
1908	1741	825

Von den Feldkriegsgerichten, die vom 1. September 1908 bis 3. Mai 1907 funktionierten, wurden außerdem zum Tode verurteilt und hingerichtet 683 Personen.

Es wurden also nach offiziellen Angaben während der letzten drei Jahre, ungerichtet die Militärpersonen, zum Tode verurteilt 3993 und hingerichtet 2118 Personen. Das Entschieden dieser Zahlen tritt besonders deutlich hervor, wenn man in Betracht zieht, daß die Zahl der Hinrichtungen und Todesurteile sich mit jedem Jahre verdoppelt hat. Die Wirklichkeit ist aber noch entsetzlicher als diese Zahlen. Nach den sorgfältig gepflegten Angaben A. Wentius, die nicht einmal Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, wurden während desselben Zeitraums zum Tode verurteilt 5185 und hingerichtet 2835 Personen.

### Amerika.

#### Compers und das Vorkotturteil.

Der Präsident der amerikanischen Federation of Labour Samuel Compers und noch zwei seiner Kollegen sind beinahe zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie trotz gerichtlichen Verbots von neuem zum Vorkotturteil aufgefordert hatten. Nun hat auch das Appellationsgericht von Columbia die Entscheidung der unteren Instanz bestätigt. Nur insoweit erklärte der Richter das Urteil als zu weitgehend, insofern es die bloße Erwähnung im Organ der Federation verbietet.

Der Vorkotturteil von Waren aus Betrieben mit schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen ist eins der hauptsächlichsten Kampfmittel der amerikanischen Arbeiterschaft, auf das sie nicht verzichten kann. Compers hat denn auch kürzlich in einer Versammlung in Philadelphia die Erklärung abgegeben, daß die Arbeiter nach wie vor ihr Vorkotturteil ausüben werden, wenn ihre Inzereien es verlangen. Er fügte hinzu, daß daran auch nichts geändert werde, wenn man etwa die Vorkotturteile ins Gefängnis werfe.

Wegen dieser Behauptung wird Compers von der bürgerlichen Presse, die ihn sonst gegen die Sozialisten nicht genug bewundert, als ein Vorkotturteil angegriffen. In dem „North-American“ wird er Landesverräter und Verräter an der Arbeiter-Kasse genannt, weil er den bestehenden Gesetzen und ihren Tribunalen fortgesetzt offenen Widerspruch leistet.

Was der unermüdbaren Aufklärungsarbeit unserer Genossen noch immer nicht zur Genüge gelungen ist, nämlich die amerikanischen Gewerkschaften zu modernen Klassenkämpfern zu erziehen, das werden sicherlich die Gegner durch ihre brutalen Maßnahmen fertig bringen.

## Aus der Partei.

### Zur Majestätsbeleidigungssache Knauf.

Nach der Haftbeschwerde hat jetzt die Colmarer Strafkammer auch die zur Haftentlassung des Genossen Knauf angebotene Kaution von 1000 M. mit recht eigenartiger Begründung abgelehnt. Die Kaution von 1000 M. soll eine zu geringe Sicherheitsleistung sein angesichts der Schwere der Beleidigung und der Höhe der zu erwartenden Strafe. Sie sei „unwesentlicher einer Gewähr, daß der Angeklagte sich der Strafverfolgung nicht durch die Flucht entziehen werde, als diese Sicherheit nicht aus eigenen Mitteln des vollständig vermögenslosen Angeklagten, sondern aus den Mitteln des Landespartei-Vorstandes geleistet werden soll und dem Parteivorstand nichts daran gelegen sein wird, dieses geringe Geldbetrages verlustig zu geben, wenn der Angeklagte flüchtig werde und sich der zu erwartenden Strafe entzieht.“ Das Gericht sollte wissen, daß sich Sozialdemokraten wegen politischer Differenzen mit den Strafbehörden der Verantwortung nicht durch die Flucht entziehen. — In der Begründung der Ablehnung der Haftbeschwerde wird u. a. gesagt, daß die Beschwerde abgelehnt worden sei, weil sich der Angeklagte vom 28. Februar bis 19. März verborgen gehalten hat, also tatsächlich flüchtig war.

Dabei war Genosse Knauf während dieser Zeit — mit Ausnahme weniger Tage, die er bei seiner Familie in Straßburg verbrachte — in demselben Colmar, in dem er am 19. März verhaftet wurde; er leitete hier die Propaganda. Sein Aufenthalt mußte der Polizei bekannt sein, da er ja im Hotel im Fremdenbuch eingetragen war.

Die Deminganten, die den Genossen Knauf der Majestätsbeleidigung bezichtigen, sind fanatische, stocklerikale Leute, die in einer Versammlung Knaufs anwesend waren.

### Der Bibliothekar.

In Leipzig erscheint im Verlage der Buchdruckerei-Aktien-Gesellschaft von April d. J. an „Der Bibliothekar“ (Monatsschrift für Arbeiterbibliotheken). Die erste Nummer ist bereits heraus, und ihr Inhalt beweist, daß diese Publikation, wie der Verlag im Begleit-schreiben sagt, „einem wirklichen Bedürfnis entgegenkommt“. Im Einführungsatikel deutet der Verlag und Redaktion (für die Gustav Deming verantwortlich zeichnet) darauf hin, daß der proletarischen Bildungsbewegung noch fehle, was die bürgerliche Bildungsbewegung in den Blättern für Volksbibliotheken und Lesehallen längst besitzt. Das neue Blatt will vor allem bibliothekwissenschaftliche und bibliothekorganisatorische Fragen behandeln, und es hat hierfür bereits erfahrene Genossen als Mitarbeiter gewonnen, die dazu beitragen werden, daß die Leser des „Bibliothekar“ einen Ueberblick über Stand und Bewegung des Arbeiterbibliothekwesens in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz erhalten. Ferner sollen Bibliotheksberichte, Umfragergebnisse, Statistiken aus allen Teilen des deutschen Sprachgebietes verarbeitet und veröffentlicht werden. Literarischen, bibliothekpädagogischen Fragen, Rezensionen, dem Jugendschrifttumgebiet zuzunehmen, soll ein breiter Raum gewährt werden.

Die erste Nummer des neuen Organs bringt folgende Artikel: „Was sollen wir lesen?“ von Dr. Paul Venzl, „Literarische Zwischenformen“ von Dr. G. Kogerschn, „Die Naturkunde in den Volksbibliotheken“ von H. W., „Bücherbesprechungen, Bibliotheksbericht, Kritiken und Sprechsaal, Bezugsquellen und Preise der im ersten Hefte besprochenen (40) Bücher und Broschüren.“

Der Abonnementspreis beträgt für das Vierteljahr (3 Nummern) einschließlich Zustellungsporto 50 Pf.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Reichsverbändlerisches. Den früheren Generalsekretär des Reichsverbandes Köhler-Hausen hatte Genosse Grösch von der „Dresdner Volkszeitung“ — Generalsekretär des Reichsverbandes zur Beschimpfung der Sozialdemokratie — genannt. Köhler hatte darauf bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt. Diese hatte auch öffentliches Interesse angenommen und Anklage erhoben; Köhler-Hausen hatte sich der Anklage als Nebenkläger angeschlossen. Kurz vor der Verhandlung zog der Generalsekretär a. D. jedoch seinen Antrag zurück, worauf das Verfahren eingestellt werden mußte.

Strasstoß der Presse. In Mannheim hatte sich der Genosse A. Remmele von der „Volksstimme“ wegen Beleidigung eines Fabrikanten vor dem Schöffengericht zu verantworten. Ein in der „Volksstimme“ erschienener Artikel hatte scharfe Kritik an der Behandlung der Arbeiter durch den betreffenden Fabrikanten geübt. Es wurde dabei von Tropen- und Sozzenkoller gesprochen und zwei Mißhandlungen von Arbeitern und Lehrlingen erwähnt. Obwohl die Mißhandlungen festgestellt wurden, auch das Verfahren des Klägers gegen einige Zeugen als nicht einwandfrei angesehen wurde, verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 25 M., da die Ausdrücke Sozzen- und Tropenkoller unabweislich Beleidigungen enthielten, wie auch die ganze Tendenz des Artikels beleidigender Natur sei.

Bohlskinder. Die Genossen Polorny und Alwin Reichel zu Chemnitz wurden zu 60 resp. 75 Mark Strafe wegen Bohlskindervergehens verurteilt.

## Parlamentarisches.

### Aus der Budgetkommission des Reichstages.

(47. Sitzung, 29. März.)

Die Budgetkommission beendete heute bis auf einen Nachtrag und einige Petitionen die Beratung des Etats.

Beim Etat des Reichshaushalts beantragte Abgeordneter Erzberger die Annahme einer Resolution; die Staatsaufstellung in Zukunft um zwei Rubriken zu vermehren, um eine bessere Uebersicht zu gewinnen. Kamentlich sollen die Rechnungsergebnisse des letzten Jahres mitaufgeführt werden. Nachdem die Vertreter des Reichshaushalts widersprochen und auf die Schwere der durch die Durchführung hingewiesenen hatten, wurde die Angelegenheit vorläufig zurückgestellt.

### Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen

werden — wie auch früher — 3 Millionen Mark gefordert. Der Berichterstatter Erzberger teilt mit, daß die Summe nicht aufgebraucht worden sei; trotzdem seien zahlreiche unterstützungsbedürftige Personen abgewiesen worden! Er wünscht, daß der ausgeworfene Betrag auch für den bestimmten Zweck ausgegeben werde. Unterrichtsminister Tzwele erwidert, daß die Ausgaben sehr schwanke seien, so daß die im vorigen Jahre übriggebliebenen 900 000 Mark in diesem Jahre sehr wohl wieder mit aufgebracht werden dürften! Der Posten wird bewilligt.

Zur Kapitalsammlung behufs Erleichterung einer Witwen- und Waisenversorgung sind 40 Millionen Mark (13 Millionen Mark weniger als im vorigen Jahre) angelehnt. Erzberger regt eine Erhöhung der Summe an. Ihm wird entgegen, daß es sich hier nur um einen „durchlaufenden Posten“ handle; erhöhe man diesen, so müsse man auch die Zolleinnahmen höher einschätzen, was aber den vorausgesetzlichen Ergebnissen nicht entsprechen würde.

Beim Etat der Reichsschuld werden 100 000 M. zur Verfolgung der Vorkotturteile und Verbreiter falscher Schuldpapiere gefordert. Das sind 10 000 M. mehr als im letzten Etat. Begründet wird die Mehrforderung mit der erfolgten Ausgabe der zehnmarkigen,

wodurch die Umlaufstücker vermindert, und die Fälschungen begünstigt seien! Die Kommission erkannte den angeführten Grund nicht an und setzte den Posten um 34 500 M. herab.

Unter Einnahmen sind 29 691 000 M. Anteil des Reichs am Reingewinn der Reichsbank eingestellt. Mit Rücksicht auf den niedrigen Diskontsatz beantragt der Referent Speid, den Posten um rund 2 Millionen Mark niedriger zu veranschlagen. Die Kommission stimmte dem Antrage zu.

Der Hauptetat wurde hierauf angenommen. Es bleiben noch einige Positionen zu erledigen, die nebst einem Ergänzungsetat in der morgigen stillstehenden Sitzung aufgearbeitet werden sollen.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung eines Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb hielt Donnerstag und Montag Sitzungen ab, in denen das Gesetz in zweiter Lesung beraten wurde. In die Regierungsvorlage war die Frage der Bestrafung nicht aufgenommen, in der ersten Lesung wurde in der Kommission ein Antrag zu § 10 (als 10a) angenommen, die Regierungsvertreter erklärten aber, dieser Besetzungsparagraph sei für die Regierung unannehmbar.

In der Sitzung am Montag lag ein Kompromißantrag (und natl.) vor:

den § 10a wie folgt zu fassen:

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünftausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird, soweit nicht nach anderen Bestimmungen eine schwerere Strafe verhängt ist, bestraft, wer im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs dem Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebs Geschenke oder andere Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt, um durch unlauteres Verhalten des Angestellten oder Beauftragten bei dem Bezuge von Waren oder gewerblichen Leistungen eine Bevorzugung für sich oder einen Dritten zu erlangen.

Die gleiche Strafe trifft den Angestellten oder Beauftragten eines geschäftlichen Betriebs, der im geschäftlichen Verkehr Geschenke oder andere Vorteile fordert, sich versprechen läßt oder annimmt, damit er durch unlauteres Verhalten einem anderen bei dem Bezuge von Waren oder gewerblichen Leistungen im Wettbewerb eine Bevorzugung verschaffe.

Im Urteil ist zu erklären, daß das Empfangene oder sein Wert dem Staate verfallen sei.

In Ansehung der Ansprüche auf Unterlassung und Schadenersatz finden die Vorschriften der §§ 1, 1a, 2 Anwendung.

Ein Regierungsvertreter erklärte, die Regierung werde diesem Antrag zustimmen.

Genosse Dr. Frank sprach gegen den Antrag; die sozialdemokratischen Mitglieder müßten sich entschieden gegen ein Ausnahmegesetz gegen die Handlungsgehilfen wenden; die Strafbestimmungen, die in dem Gesetz von 1896 enthalten seien, kamen in ganz Deutschland gegen Handlungsgehilfen nur dreimal zur Anwendung.

v. Brochhausen spricht für den Antrag und beantragt getrennte Abstimmung über die einzelnen Absätze. — Ein Regierungsvertreter erklärte: Wenn der Antrag nicht ganz angenommen werde, müsse er ganz fallen.

Genosse Brühne: Nachdem die Generalkonferenz ins Gesetz aufgenommen sei, sei der Kompromißantrag nicht nötig, er gehöre ins Strafgesetzbuch und nicht hierher; der Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands habe sich mit vollem Recht in einer Eingabe gegen diese Bestimmungen erklärt.

Bei der Abstimmung wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Volkspartei angenommen. Auch die Antisemiten stimmten für den Antrag, obwohl sich auch die nationalen Handlungsgehilfen entschieden gegen den Antrag ausgesprochen haben.

Die letzte Kommissionssitzung findet am 21. April statt. Das Gesetz soll zum Frühjahr noch verabschiedet werden.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein neues Warenhaus.

Nach einer Mitteilung des „Confessionair“ steht die Umwandlung des Passage-Kaufhauses in ein Warenhaus bevor. Ein dahingehender Beschluß soll bereits in einer Verhandlung zwischen der Direktion des Passage-Kaufhauses und den Abteilungsleitern gefaßt worden sein. Interessant wird die Nachricht noch durch die weitere Meldung, daß der aus der Warenhausfirma Wertheim ausgeschiedene Wolf Wertheim auf das ganze zum Passage-Kaufhaus gehörende Anwesen ein Gebot abgegeben habe. Es wird die Ansicht ausgesprochen, Herr W. Wertheim beabsichtige, aus dem Passage-Kaufhaus ein ausgesprochenes Konkurrenzgeschäft gegen das bestehende Warenhaus Wertheim zu machen.

### Löhne und Haushaltungskosten.

In einer soeben erschienenen wissenschaftlichen Arbeit über „Die deutsche Schuh- und Grobindustrie“ von dem Gewerbe-Referendar Dr. Karl Rehe (Verlag von Gustav Fischer, zweites Heft der Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars, Jena) beschäftigt sich der Verfasser mit der Frage des Verhältnisses zwischen Lohnsteigerungen und Haushaltungskosten. Dr. Rehe hat die Lebensmittelpreise nach den Marktpreislisten, wie sie im Amtsblatt der Königl. Regierung zu Erfurt monatlich angegeben sind, für den Jahresdurchschnitt berechnet und dann folgenden Vergleich der Löhne im Schuhgewerbe mit den Preisen der Lebenshaltung in Erfurt 1850, 1890 und 1907 aufgestellt. Es kostete in Erfurt (Wochenverbrauch einer Familie):

Menge	Gegenstand	1850	1890	1907
1,0 Kilogr.	Rindfleisch	0,80 M.	1,35 M.	1,40 M.
0,8	Schweinefleisch	0,46	1,16	1,32
0,5	Hammeifisch	0,23	0,67	0,78
0,5	Ehdbutter	0,50	1,05	1,15
10,0	Starkoffeln	0,47	0,52	0,70
8,0	Blögen zu Brot ver-	0,54	1,43	1,54
2,0	Weizen   Boden	0,23	0,88	0,40
	Summa	3,03 M.	6,46 M.	7,29 M.

Miete pro Woche für eine Wohnung von Stadt, Kammer und Küche 0,92 „ 3,50 „ 4,00 „

Vergleichswert . . . 8,95 M. 9,96 M. 11,29 M.

Im Jahre 1850 konnte ein Arbeiter mit 3,95 M. ebensowiel Lebensaufwand bestreiten wie im Jahre 1907 mit 11,29 M. Das heißt, die Preise für Lebensmittel und Wohnung sind auf das Dreifache gestiegen. Dr. Rehe zeigt weiter, was dem Arbeiter nach Vorkotturteil der notwendigen Lebensbedürfnisse in den verschiedenen Jahren für Bekleidung, Kulturbedürfnisse usw. vom Lohne übrig blieben. Er macht folgende Gegenüberstellung:

Arbeiter-Kategorie	Löhne pro Woche in Mark absolut	Der Vergleichswert macht wieviel % vom Lohne aus?	Für sonst. Lebensmittl., Bekleidg., Vergnügung, etc. d. d. Lebens
	1850	1890	1907

Gehilfen im Handwerk

Durchschnitt	6,0	12,5	18,0	65,8	79,6	62,7	84,2	20,4	37,3
Maximum	9,0	15,0	25,0	45,0	60,4	45,2	55,0	33,6	54,8
Fabrikarbeiter									
über 1jährig	3,5	11,0	15,0	113,0	90,6	73,8	18,0	9,4	24,7
16 Jahre weibl.	6,0	16,0	22,0	65,8	63,3	51,3	34,2	37,7	48,7
Zusammen	10,0	18,0	25,0	89,5	55,8	45,2	60,5	44,7	54,8
Minimum	12,0	25,0	35,0	32,9	39,0	32,3	67,1	61,0	67,7

Der Verfasser muß angeben, daß im Jahre 1907 der relative Lohn gegenüber 1890 wesentlich, gegenüber 1850 nur unwesentlich gestiegen sei.

So beweist die Untersuchung den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation, ohne die die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein immer tieferes Niveau gesunken wäre, aber sie zeigt auch, in welchem Maße die gestiegenen Preise für Lebensmittel und Miete die seit 1850 errungenen Lohnerhöhungen wert gemacht haben.

## Patriotismus — Geschäft.

Dem Obpelner Beamtenverein ist es gelungen, durch vertragliche Verpflichtung der königlichen Bergwerksdirektion in Jahreszeiten die Kohlen für das Jahr 1900 den direkten und billigen Bezug von Kohlen zu vermitteln. Darüber ist die „Deutsche Kohlenzeitung“ ganz aus dem Häuschen geraten. In ihrer Nr. 2 vom 9. Januar 1900 schreibt sie u. a.:

„Armer Staat, armes Land, dessen treueste Bürger an der Grenze ihrer Ernährbarkeit infolge eines „laissez aller“ angekommen sind. Der Beamte hält sich für berechtigt, den höchsten wirtschaftlichen Schutz zu fordern, schämt seine Arbeit besonders ein, und am liebsten wäre es ihm, der Staat schäfe zur Deckung aller seiner Lebensbedürfnisse besondere kostlose Einrichtungen. Die „Anderen“, ja, die haben nur das Recht, Steuern zu zahlen, im übrigen aber hübsch still zu sein.“

Die „treuesten Staatsbürger“ haben eine merkwürdige Auffassung vom Patriotismus. Sie wollen nämlich dafür bezahlt sein.

## Schlechte Aussichten.

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller wirft in seinem Jahresbericht auch einen Blick in die Zukunft. Die Aussichten für 1900 bewertet er also: „So ist die wirtschaftliche wie die politische Situation dazu angetan, Vorsicht vorzuschreiben und die Hoffnungen für das laufende Jahr nicht zu hoch zu schrauben. Es steht außer Frage, daß die Zeit der Depression bisher noch in keiner Weise überwunden ist, und daß Aussichten auf durchgreifende Besserung, soweit die ersten Anzeichen nicht trügen, nur in schwacher Mäße vorhanden sind. Deshalb glauben wir unseren Bericht mit derselben Tendenz wie den vorigen schließen zu müssen. Wir halten für dieses Jahr eine geringe Erholung für wahrscheinlich, sind uns aber im übrigen darüber klar, daß die Depression des vergangenen Jahres vorläufig noch wirksam bleiben wird und Ruhe und Vorsicht gebieterisch zur Notwendigkeit macht.“

Das ist dieselbe Auffassung von der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der auch wir wiederholt Ausdruck gegeben haben.

## Soziales.

### Ein künftiger Ortskrankenkassen-Neudant.

Der Neudant der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Remscheid, Max Röttger, ist seit einigen Tagen künftig. Bei einer Revision durch den Vorstand der Kasse entdeckte dieser mehrere Fehlbeträge. Durch das Verhalten des Neudanten mißtrauisch gemacht, wurde am vergangenen Freitag eine weitere gründliche Revision vorgenommen, wobei dann weitere Verfehlungen des Neudanten festgestellt wurden. Als die Revisoren am Sonnabend früh wiederum an der Kasse erschienen, war Röttger nicht anwesend. Man ließ den Gelbschrank öffnen und es stellte sich heraus, daß zwei einhalbtausend Mark fehlten. Mit dieser Summe ist Röttger künftig geworden. Die Betrügerei dieses Mannes ist umso verurteilenswerter, da er mit einem auskömmlichen Gehalt angestellt war. Nach den bis jetzt vorgenommenen Revisionen, die noch nicht abgeschlossen sind, sind Fehlbeträge von annähernd 4000 Mark festgestellt.

Die Remscheider Allgemeine Ortskrankenkasse hat wegen ihrer Konflikte mit dem dortigen Oberbürgermeister als Aufsichtsbehörde schon öfters die Öffentlichkeit beschäftigt. Die Aufsichtsbehörde griff bekümmert selbstherrlich in die Kassenverwaltung ein und setzte vom Vorstande angestellte, ihr nicht genehme Beamte einfach ab. Der ungetreue Neudant kann dem Kassenvorstande nicht an die Rockschöße gehängt werden: er war von der Aufsichtsbehörde mit angestellt, ein Gansting derselben und hat fortgesetzt bei der Aufsichtsbehörde gegen den Kassenvorstand intrigiert. Die langjährigen Konflikte zwischen Kassenvorstand und Aufsichtsbehörde sind wesentlich auf diese Intrigen zurückzuführen.

### Fabrikhaus und Lungenkrankheit.

Von all den vielen Feinden, die der Gesundheit des Menschen ausflauern, ist der Staub einer der gefährlichsten. Auch der Kampf gegen den Rauch, der endlich mit größerer Laifkraft geführt wird, ist nur ein Teil des Kriegszuges gegen den Staub. Die Gefahr ist eine doppelte, da einmal der Staub zahllose Krankheitskeime zu enthalten pflegt und außerdem durch seine Beschaffenheit einen starken mechanischen Reiz auf die Atmungsorgane ausübt. So sind die Verdäufte zur Verhütung von Staub auf den Straßen, namentlich der Städte, von allergrößter Wichtigkeit. Noch mehr aber muß in den Fabriken darauf Bedacht genommen werden, besonders in solchen, wo die Erzeugung von Staub durch den Betrieb selbst unvermeidlich ist. Wie notwendig das ist und zu welchen Folgen die Vernachlässigung der Abhilfe führen kann, hat kürzlich Dr. Baumler auf dem Oberrheinischen Herztag zur Genüge gezeigt. Dieser Hochmann sprach vorzugsweise über die Veränderungen der Lunge, denen der Arbeiter in Zigarrenfabriken, Spinnereien und Webereien, Steinmehlmüllern, Zementfabriken usw. durch fortgesetzte Einatmung von Staub unterliegt. Der ärztliche Sprachgebrauch hat diesen Veränderungen der Lunge den Namen Pneumokoniose gegeben. Sie sind an sich nicht so gefährlich wie die Lungenschwindsucht und können bei zeitiger und gründlicher Behandlung zum Verschwinden gebracht werden. Eine gänzliche Heilung kann aber selbstverständlich nur stattfinden, wenn die Ursachen der Krankheit beseitigt werden. Außerdem ist in Betracht zu ziehen, daß diese Veränderungen der Lunge anderen Erkrankungen, insbesondere den Entzündungen und auch der Tuberkulose, das Eindringen erleichtern. Merkwürdigerweise kann allerdings die Pneumokoniose eine Reizvorbedingung Lungenschwindsucht sogar günstig beeinflussen, doch können solche Ausnahmefälle die Mahnung zur Bekämpfung des Staubes in den Fabriken natürlich nicht entkräften.

### Ausbeutung der Feiertagsmänner.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 24. März: Die Profitsucht hat sich jetzt auch auf die Ausbeutung der Feiertage geworfen. Wenn man bisher einem Dreihörgelspieler einige Pfennige zustellen ließ, so glaubte man damit, dem bei den Kindern so beliebten „Feiertagsmännchen“ einen kleinen Vorteil zuzuführen. Das scheint jetzt anders zu werden, denn auch auf den Pfennigen und Zweieren, die dem Feiertagsmännchen durch harmlose Kinderhände zugesteckt werden, lauert jetzt die Profitsucht und Ausbeutung. Dies ergab eine vor dem Gewerbegericht stattgehabte Verhandlung der Dreihörgelspieler Gebrüder Gerlach gegen das Orgelverleihsinstitut von Hartung hier. Die Firma Hartung stellt gewerbsmäßig Orgelspieler an, die sie mit ihren Dreihörgeln auf Festen und Märkte schickt, um dort das Publikum mit den Orgeltönen zu „erfreuen“. Der Orgelverleiher tritt als selbständiger Unternehmer auf, nimmt den Dreihörgelspielern abends die Einnahmen ab, zahlt ihnen einen Tageslohn, vergütet die Reise usw. Bei einer Reise nach Bremen — dort spielte eine ganze Gruppe Hallenser Orgelmänner auf dem Markt — waren die Gebrüder Gerlach zu kurz gekommen. Sie verlangten Restlöcher und sagten, während sie in den Straßen Bremens pro Tag 18 bis 20 M. „zusammengespült“ hätten, habe sich der Unternehmer mit seinem Orgelbauer auf dem Markt amüsiert. Die Restforderungen der Kläger, pro Tag 5 M. Lohn, wurden anerkannt und der Unternehmer zur Zahlung verurteilt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streit der Kostümschneider und Schneiderinnen.

In der gestrigen Streikversammlung, die wiederum den großen Saal der Aminhallen füllte, konnte zunächst konstatiert werden, daß der Streik mit unverminderter Kraft fortgesetzt wird, ja — soweit

die Arbeitgeber nicht bewilligt haben — sich noch weiter ausdehnt. Der Referent Kunze berichtete zunächst über den Tarifabschluß bei der Firma Luger, von dem ja der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer bereits Mitteilung gemacht hat. Ferner führte der Redner aus, daß von Arbeitgeberseite Schritte unternommen wurden, die Einigkeit der Arbeiterschaft zu sprengen, daß man versucht, die Streikleitung bei den Streikenden zu diskreditieren. Man sucht durch Briefe den Streikenden weiszumachen, daß sie von der Streikleitung über die Tarifverhandlungen und über das Angebot der Arbeitgeber nicht wahrheitsgemäß unterrichtet worden wären. Dieser Verleumdung gegenüber erklärte der Redner, daß die Streikleitung stets gewissenhaft berichtet hat und dies auch fernerhin als selbstverständlich tun wird. Bisher habe die Streikleitung es ihrerseits streng vermieden, die leitenden Personen der Arbeitgeberorganisation irgendwie anzugreifen; umso mehr sei es ein Skandal, daß die Arbeitgeber nun mit jener durchaus wahrheitswidrigen Behauptung die Streikenden auseinander zu ziehen suchten. Die Schreiben sollten natürlich den Zweck haben, daß die Arbeit gestern wieder aufgenommen werden sollte. Der Zweck ist jedoch keineswegs erreicht. Das mühten die Arbeitgeber bald genug erfahren, und das veranlaßte sie denn auch, gestern vormittag bei der Streikleitung anzuklingeln mit dem Wunsche, daß noch am Abend desselben Tages Verhandlungen zwischen den Vorständen beider Organisationen stattfinden möchten, um auf diese Weise schneller zum Ziele zu kommen, als es möglich sein würde, wenn man erst die Sitzung vor dem Einigungsamt abwartete. Darauf ist den Arbeitgebern geantwortet worden, daß die Verhandlungen, sollten sie einen Zweck haben, in etwas anderer Weise geführt werden müßten als bisher. Es könne nicht zum Ziele führen, wenn die Arbeitgeber wiederholt dieselben Angebote machten, und mit einem Schachtelzins für den Streikenden nicht gedient. Unter diesen Voraussetzungen wurde das Angebot zu abermaligen Verhandlungen zwischen den Vorständen angenommen.

In den Schreiben der Arbeitgeber an die einzelnen Streikenden wird zunächst das letzte Tarifangebot der Arbeitgeber mitgeteilt, über das wir ja berichtet haben, wie es auch den Streikenden unverfälscht mitgeteilt worden ist. Anknüpfend daran sowie an die Anforderung, die Arbeit Montag wieder aufzunehmen, schreibt die Firma A. Jung:

„Ich nehme an, daß Sie über die erwähnten Vorgänge nicht unterrichtet sind und wider Ihre bessere Einsicht von der Arbeit zurückgehalten werden.“

Infolge ihrer besseren Einsicht in die Verhältnisse haben die Streikenden sich nicht verlocken lassen, dem Wunsche der Firma nachzukommen, und ebensowenig Erfolg hatten die Schreiben der übrigen Arbeitgeber, von denen das der Firma Hermann Behrens das Ersuchen, am Montag wieder ins Geschäft zu kommen, mit den Worten begründet:

„da meiner Meinung nach eine Entscheidung des Gewerbegerichts ungünstiger für Sie ausfallen würde.“

Die Meinung der Streikenden über einen Schiedsspruch des Einigungsamtes ist die entgegengesetzte. Uebrigens betonte der Referent, daß ein solcher Schiedsspruch ja den Parteien nur zur Annahme empfohlen werden kann und nicht bindend ist. Sollte er wirklich, was nicht anzunehmen ist, über das Angebot der Arbeitgeber nicht hinausgehen oder gar noch dahinter zurückbleiben, so würden die Kostümschneider und Schneiderinnen selbstverständlich ihren Streik fortsetzen.

Wie in bürgerlichen Blättern zu lesen war, sollte gestern Abend eine katholische Vereinigung erwerbsloser Frauen zu dem Streik in der Kostümbbranche Stellung nehmen. Dieser bestand die Stellung dieser Organisation darin, daß sie nach ihren schwachen Kräften für Verzichtung von Streifarbeit zu sorgen suchte, aber damit dem Streik keinen Abbruch tun konnte. Sollten die Arbeitgeber Lust haben, mit solchen Organisationscharaktere abzuschließen, so könnte man nichts dagegen haben, sagte der Redner, denn derartige Tarife wären ganz bedeutungslos. Uebrigens waren schon bei den letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern, ohne daß der Streikleitung vorher davon Mitteilung gemacht worden wäre, drei Vertreter vom christlichen Gewerbeverein erschienen, und sie machten schließlich auch einen Vermittlungsvorschlag, dem aber die Arbeitgeber in der richtigen Erkenntnis der Bedeutungslosigkeit dieser Organisation, die wohl kaum ein Duzend Kostümschneider in ihren Reihen zählt, keine Beachtung schenken. Der Redner forderte zum Schluß die Anwesenden auf, treu im Kampfe auszuharren, was nach dem Beifall, die seine Ausführungen fanden, und nach der ganzen Stimmung der Versammlung zu urteilen, kaum noch notwendig war. — Werkwürdig war noch, daß in der Diskussion ein Redner mitteilte, wie die Arbeitgeber, die größtenteils selbst Oesterreicher sind, bei Einstellung von Arbeitskräften die Oesterreicher zu bevorzugen pflegen und oft einen Kostümschneider deswegen nicht einstellen, weil er Deutscher ist. Unter diesen Umständen erscheint es um so erbärmlicher und törichter, wenn sie nun die Polizei zur Ausweisung österreichischer Streikender zu veranlassen suchen.

### Zu dem Vorschlag des Kartellvertrages in den Brauereien.

Eine Versammlung der Fahrer, Mithfahrer, Stalleute, Wälder, Handwerker, Maschinenisten und Deizer und der Hilfsarbeiter in den Brauereien zu nehmen. Der Vorsitzende Schmittau erklärte, stütze um Stellung zu dem vorgeschlagenen Kartellvertrag in den Brauereien zu nehmen. Der Vorsitzende Schmittau erklärte, daß die Verhandlungen so weit gediehen seien, daß es zum Abschluß kommen könne. Was der Brauereiarbeiterverband als Aenderung zu dem vorgeschlagenen Entwurf verlange, sei nicht annehmbar. Ueber die verlangten Aenderungen des Brauereiarbeiterverbandes, wie sie in der letzten Versammlung dargelegt wurden, berichtete Alisch. Der Brauereiarbeiterverband will hauptsächlich keine Grenzen für seine Agitationsfreiheit in den Brauereien anerkennen, damit sind aber die anderen Verbände nicht einverstanden. Ueber diesen Punkt ist ein Streit entbrannt, der auch bei der Beratung des Kartellvertrages in dieser Versammlung geführt wurde. Der vorgelegte Entwurf wurde angenommen und Alisch erklärte, daß in Aussicht genommen sei, den Kartellvertrag zwischen den verschiedenen Verbänden auch ohne den Brauereiarbeiterverband abzuschließen, so bedauerlich dies auch sein würde.

## Deutsches Reich.

### Drohender Kampf in der Holzindustrie.

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Rheinland und Westfalen hatte bekanntlich den Beschluß gefaßt, falls bis zum 1. April d. J. kein Tarifvertrag zustande kommt, in allen Betrieben eine Lohnreduktion einzutreten zu lassen.

Der Arbeitgeber-Schuyverband für die Holzindustrie, der dem Verband für das Baugewerbe angeschlossen ist, hat nun diesen Beschluß bereits in Wirklichkeit umgesetzt. In allen in Frage kommenden Ortschaften (bzw. Betrieben) wie Wörlum, Gelsenkirchen, Herne, Hagen, Dortmund, Solingen usw. ist seitens der Unternehmer ein neuer Tarif bekanntgegeben, der eine Verlängerung der Arbeitszeit von 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> auf 10 Stunden und eine fünfprozentige Lohnreduktion vorsieht.

Bereits finden in allen diesen Städten Versammlungen statt, um zu dem Vorgehen der Unternehmer Stellung zu nehmen. In Essen nahm eine vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufene, zahlreich besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung folgende Resolution an:

„Die vom Zentralverband christlicher Holzarbeiter einberufene öffentliche Holzarbeiterversammlung, die sich eingehend mit der Tarifbewegung im Holzgewerbe des rheinisch-westfälischen Industriegebietes befaßt, verurteilt auf das entschiedenste das rücksichtslose Vorgehen des Arbeitgeberverbandes zwecks Erzwingung eines Tarifvertrages, der in keiner Weise den im Holzgewerbe üblichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen gerecht wird.“

Insbefondere verurteilt die Versammlung die seitens des Arbeitgeberverbandes geplanten Lohnzüge in einer Zeit, in der die Arbeiterfamilien ohnehin mit Entbehrungen aller Art zu kämpfen haben und in der Staat und Gemeinden für ihre Beamten Gehaltsaufbesserungen vornehmen.

Mit vollem Vertrauen überlassen die Versammelten die Vertretung ihrer Interessen den Führern ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Bei Durchführung von Gegenmaßnahmen gegen die des Arbeitgeberverbandes versprechen die Versammelten, stramme Disziplin zu üben. An die Unorganisierten richtet die Versammlung die dringende Bitte, unverzüglich durch Eintritt in den Verband ihre Solidarität mit den übrigen Arbeitskollegen zu bekunden.“

Im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung wäre zu hoffen und zu wünschen, daß die hier versprochene stramme Disziplin im wirklichen Kampfe nicht versagt und daß sich die Gewerkschaftskartellen in ihrem Vertrauen zu ihren Führern nicht täuschen. Der Augenblick ist nicht dazu angetan, an alte Sünden zu erinnern. Aber ein gelindes Mißtrauen der christlichen Tapferkeit gegenüber vermögen wir ohne unsere Schuld nicht zu unterdrücken.

### Scharfmacher in der Glasindustrie.

„Organisierte raus! Das ist jetzt die Devise bei den Unternehmern, dafür liefert wieder ein Schreiben der Firma Schramm u. Schupp, Glasbläsererei, Langwieschen i. Th., einen deutlichen Beweis. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Herrn G. Sch.

Wir kommen höflichst zurück auf Ihre werthe Offerte vom 5. d. M. und sind gewillt, Sie eventuell bei uns in Arbeit treten zu lassen und erhalten Sie bei uns eine gute, dauernde Arbeiterstelle bestimmt zugesichert; vorausgesetzt, Sie müssen unbedingt unorganisiert sein und natürlich auch auf polierte Kaniten und kurze Facetten gut eingearbeitet sein.

Wir stellen von nun an nur unorganisierte Leute ein und erneuern allmählich die Verbändler, welche meistens hiesige und aus den umliegenden Dörfern sind. Wir beide sind ja selbst Fachleute.

Teilen Sie uns gefälligst mit, welchen Lohn Sie wünschen und wann Sie eintreten könnten.

Hochachtung

Schramm u. Schupp.

„Rithin kommt also zuerst die Organisationsfrage und dann die Leistung. Die Herren sind selber Fachleute und wissen deshalb auch den Wert der Organisation besser zu schätzen als die unorganisierten Glasarbeiter. Wenn diese Herren aber selbst so wenig Lokalpatriotismus besitzen, daß sie alte ansässige Arbeiter auf Straßenpflaster werfen, so werden die Glasarbeiter von Fürth und Nürnberg gut daran tun, wenn sie vermeiden, in dem Unternehmen von Schramm u. Schupp überhaupt zu versuchen, dort ansässig zu werden.“

### Fabrikant und Gewerkschaftsführer.

Das Oberlandesgericht Köln hatte sich am Sonnabend mit folgender Sache zu befassen:

Der Fabrikant Hasenmeier in Pforzheim hatte an den Fabrikanten Robert Klein in Oberstein a. d. R. einen Brief geschrieben, in dem es hieß, der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Oberstein, Haber, sei ein Mensch, der — wenn er Streikelder in die Finger bekomme — eines Tages damit verstraft werde. Der Pforzheimer Fabrikant (Haber arbeitete früher in Pforzheim) wurde dafür zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Den Brief zeigte Klein zunächst dem Redakteur der „Neuesten Nachrichten“, damit dieser ihn abdrucke, was aber abgelehnt wurde. Dann zeigte er ihn einer ganzen Reihe von Obersteiner Fabrikanten, die damals ihre Arbeiter ausgesperrt hatten.

Das Schöffengericht in Oberstein, worin zwei Mitglieder des Arbeiterverbandes saßen, sprach den Fabrikanten Klein frei, weil er „in Wahrheit berechtigter Interessen“ gehandelt habe. Das Landgericht Saarbrücken als Berufungsinstanz verurteilte den Fabrikanten aber zu 40 M. Geldstrafe, da der § 103 hier nicht angewendet werden könne. Die von dem Fabrikanten eingelegte Revision wurde jetzt von dem Oberlandesgericht Köln verworfen.

### Zur Tarifbewegung der Bäckergehilfen in München.

Vor vollendetem Einigungsamt (also unter Zuziehung von Vertrauensmännern) wurden nunmehr die Einigungsverhandlungen in Münchener Bäckerwerke zu Ende geführt. Vor Eintritt in die Verhandlung gab der Obermeister der Münchener Bäckerinnung die Erklärung ab, daß die Meister die Verhandlungen sofort wieder abbrechen würden, wenn die Gehilfen die Forderung des 35stündigen Ruhetages nicht vorbehaltlos zurückziehen. Um ihre Friedensliebe zu bekunden, erklärten die Verbandsvertreter, daß sie diese Forderung zurückziehen, wenn ein jährlicher Urlaub von 7 bzw. 14 Tagen gewährt und in bezug auf eine erweiterte Sonntagsruhe Zugeständnisse gemacht werden. Das Einigungsamt beschloß, daß die Frage des 35stündigen Ruhetages auszuschließen habe und die Frage der Sonntagsruhe und Urlaub selbständige Verhandlungspunkte bilden. Nach mehr als 7stündiger Verhandlung gab das Einigungsamt den beiden Parteien den dringenden Rat, sich auf folgender Basis zu einigen: Die Münchener Bäckerinnung werden in zwei Klassen eingeteilt; in die erste Klasse kommen Betriebe mit 3 Gehilfen und mehr. Die Wochenlöhne erhöhen sich sofort um 2 M., am 1. April 1911 weiter um 1 M. Als Arbeitszeit gilt die gesetzliche Maximalarbeitszeit; die Betriebsruhe an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen beträgt 15 Stunden, ab 1. April 1911 16 Stunden; Urlaub nach einjähriger Tätigkeit 4 Tage, nach zweijähriger Tätigkeit 1 Woche. Der Tarif soll vom 1. April 1909 bis 31. März 1913 laufen.

Gerichtsrat Dr. Breuer redete den beiden Parteien zu, sich auf diesen Vorschlägen zu einigen. Sie seien vom Einigungsamt einstimmig gefaßt worden, man könne sich also heiläufig denken, wie ein Schiedsspruch, wenn es zu einem solchen kommen müßte, ausfallen würde.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eine Stadt in Flammen.

Regensburg, 29. März. (B. L. B.) Das Städtchen Hirschau bei Amberg ist heute von einer großen Feuerbrunst heimgegesucht worden. Das Feuer entstand mittags in einer Schmiedewerkstatt wahrscheinlich durch spielende Kinder und verbreitete sich rasch weiter. 41 Häuser sind abgebrannt. Am Abend gelang es, dem Weiterumfassen des Brandes Einhalt zu tun.

### Falsche Weichenstellung.

Augsburg, 29. März. (B. L. B.) Infolge falscher Weichenstellung stieß eine Rangiermaschine mit einer anderen Maschine zusammen, wobei 9 Personen schwer verletzt wurden.

Reichstag.

236. Sitzung. Montag, den 29. März, mittags 12. Uhr.

Am Bundesratsstische: Fürst Bälou, v. Bethmann-Hollweg, v. Schoen, v. Tirpitz, Sadow, Dernburg.

Die auswärtige Politik.

Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichskanzlers:

Reichskanzler Fürst Bälou:

Ehe ich näher auf die Entwicklung der Orientangelegenheiten eingehe, möchte ich kurz die sonstigen Ereignisse auf dem Gebiete der auswärtigen Politik berühren. Ich stelle voran den

Besuch des Königs von England,

den ich als ein in jeder Beziehung glückliches Ergebnis zu bezeichnen nicht zögere. (Bravo! bei den Freisinnigen.) Die sympathische Anteilnahme aller Schichten der Bevölkerung, die Worte aufrichtiger Friedensliebe und Freundschaft, die der König von England hier gesprochen hat, und die nachher in der englischen Thronrede und Adressdebatte bekräftigt worden sind, hat beiden Völkern wieder einmal zum Bewußtsein gebracht, wie sie sich gegenseitig achten und in Friedensarbeiten friedlich weiterfeiern. (Bravo!) Das Regime ihrer Beziehungen ist nicht so leicht zu zerbrechen, wie sehr auch von böswilligen Händen daran gezerrt sein mag, denn es hat, vom ideellen Wert abgesehen, seine Festigkeit dadurch erlangt, daß ein großer Teil der Arbeit beider Länder mit hinein verknüpft ist. Es gibt kaum zwei Länder, die für ihre nationale Arbeit so sehr aufeinander angewiesen sind, wie England und Deutschland. Deutschland ist der beste Kunde Englands. Die

englische Einfuhr nach Deutschland betrug 1898 bereits 2,5 Mill. Sterling, 1907 aber schon 4,4 Mill. Millionen Sterling. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre gingen 9 Proz. der englischen Gesamtausfuhr nach Deutschland, nach Amerika 7 1/2 Proz., nach Frankreich 6 Proz. Der gesamte Umsatz Deutschlands mit Großbritannien erreichte 1907 einen Wert von 2790 Millionen Mark. In den letzten 10 Jahren betrug er im Durchschnitt 1600 Millionen Mark. Mit Großbritannien und seinen Kolonien betrug 1907 der gesamte Umsatz 3060 Millionen Mark.

Andererseits nimmt kein Land von der deutschen Ausfuhr soviel auf wie Großbritannien. Nun weiß ich wohl, daß es wie bei uns, so auch in einem politisch gereiften Volke wie dem englischen, nie an Panatistern fehlen wird, die keinen Blick für diese große Interessengemeinschaft haben. Ich bin aber der festen Überzeugung, daß es ihnen nicht gelingen wird, bestimmenden Einfluß auf das politische Denken der britischen Nation zu gewinnen. Ueber unser

Abkommen mit der französischen Regierung wegen Marokko

orientiert Sie am kürzesten folgender Erlaß vom 25. Januar an alle unsere Vertreter im Auslande:

„Die deutsch-französischen Verhandlungen der letzten Jahre wegen Marokko haben auch auf die sonstigen Beziehungen beider Länder zueinander und damit auf deren Verhältnis zu anderen Nationen und auf die allgemeine politische Lage ungünstig eingewirkt. Da die praktische Bedeutung der von beiden Seiten verfolgten und sich widersprechenden Auffassungen nicht im Verhältnis stand zu dem angerichteten Schaden, so war beiderseits das Bedürfnis nach Befestigung des Gegenseitigen seit einiger Zeit hervorgetreten. Abgesehen von dieser Erwägung hat sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß der bisherige Zustand ein Hindernis bildet für die gedeihliche Entwicklung der beiderseitigen Interessen und für die Aufschlicbung von Marokko selbst.“

Das Abkommen vom 9. Februar besagt, daß beabsichtigt sei, den bisherigen Zustand zu ändern. Diese Vereinbarung sichert Frankreich als dem höher zivilisierten Nachbarlande Marokkos, das an der Erhaltung von Ruhe und Ordnung besonders interessiert ist, einen nicht unbedeutenden politischen Einfluß. Deutschland aber sichert das Abkommen eine Beteiligung von Handel und Gewerbe sowie die Möglichkeit, sich an der gleichen Beteiligung französischer Kreise zu beteiligen und aus deren Errungenschaften Nutzen zu ziehen. Das Abkommen will eine gemeinsame Arbeit zur Erschließung des Landes erreichen. Diese Bestrebungen haben bereits in der letzten Zeit hier und dort praktische Formen angenommen. Eine streng loyale Durchführung des Abkommens ist gesichert worden.

Es freut mich, daß der Widerspruch gegen dieses Abkommen in beiden Ländern gering war und gegen die fast allgemeine Zu-

stimmung nicht aufkommen konnte. Bei uns hat man von einer Inkongruenz unserer Marokkopolitik gesprochen. Ich möchte in einer historischen Betrachtung nachweisen, daß, wenn unsere Methode nicht immer die gleiche war, doch unser sachlicher Standpunkt immer derselbe geblieben ist. Zeit und Umstände sind eben immer im Fluß und Wechsel. Es scheint mir in der Politik überhaupt weniger anzukommen auf die starre Konsequenz als auf das praktische Nützliche. In dem bisherigen Falle liegt dem Vortour der Inkongruenz im übrigen, wie ich glaube, eine irrtümliche Auffassung über unsere Aufgaben in Marokko zugrunde. Sollten wir wirklich darauf ausgehen, in einem Lande, wo wir keine politischen Interessen haben, Frankreich, das dort natürliche und sehr beträchtliche Interessen hat, Schwierigkeiten zu bereiten? Es gibt ja eine Meinung, wonach es gut sein soll, einem Lande, das einmal unser scharfer Gegner war, überall offen und verdeckt entgegenzuarbeiten, bloß weil wir wieder einmal gezwungen sein könnten, mit diesem Lande nochmals die Klänge zu kreuzen. Ich möchte diese Theorie

die Theorie der krummen Politik

nennen. Das Bewußtsein der Kulturgemeinschaft unter den großen zivilisierten Völkern hat sich zu sehr gestärkt, als daß eine Politik der Schadenfreude nicht überall Schaden anrichten sollte, ohne dem eigenen Lande zu dienen. (Sehr richtig! bei den Freis.) Auf Bismarck darf man sich für eine solche Politik nicht berufen. Als Frankreich an der offenen und schmerzhaften Wunde, an Lonfin litt, hat Bismarck alles, was in seinen Kräften stand, um eine Kriegserklärung Chinas an Frankreich zu verhindern. Das deutsche Volk ist stark und groß genug, um eine offene, klare und gerade Politik zu treiben. Der Ausdruck einer solchen Politik ist auch unser Abkommen mit Frankreich über Marokko.

Der Balkan.

Nun zum nahen Orient. Ich soll anfänglich unsicher in meiner Haltung zur

Annexion von Bosnien und der Herzegowina

gewesen sein. Man hat sogar versucht, mich bei unserm österreichisch-ungarischen Bundesgenossen als schwankend, bedenkl. und vertrauenswürdig zu denunzieren. (Hört! hört!) Diese Legende kann gar nicht kräftig genug zerföhrt werden. Deshalb will ich Ihnen einige Mitteilungen aus den Akten machen. Die österreichisch-ungarische Zirkularnote wegen der Annexion ist uns am 7. Oktober vorigen Jahres zugegangen. Am Tage vorher hatte ich den Ratshafter in Wien instruiert, ich lege besonderen Wert darauf, daß man hinsichtlich der Annexionsfrage volle Sicherheit über unsere zuverlässige Haltung habe. Nach London schrieb ich, daß wir für die türkische Reformbewegung Sympathie hätten, aber unsere treuen Bundesgenossen in seiner schwierigen Lage nicht im Stich lassen würden. Und weiter am 13. Oktober, daß Österreich-Ungarn die bosnische Frage auf einer Konferenz nicht zulassen könne und wir ihm in dieser Auffassung zur Seite ständen. Und nach Wien ließ ich an demselben Tage eine Instruktion an unseren Votschafter gehen, worin ich ihm mitteilte, daß auch der Kaiser vollkommen meinen Standpunkt billigt, daß es unser fester Wille ist, an der Seite unseres Bundesgenossen zu stehen und zu bleiben, auch für den Fall, daß Schwierigkeiten und Komplikationen entstehen sollten. Erweisen Sie also, meine Herren, was es auf sich hat, daß man mich als unsicheren Kantontisten hat verdächtigen wollen. Jetzt muß ich mich gegen den entgegengesetzten Vorwurf verteidigen, nämlich den, wir hätten unseren Platz mit überflüssigem Eifer an der Seite Österreich-Ungarns genommen und uns dadurch für Interessen eingesetzt, die nicht unsere eigenen wären. Man beruft sich auf die Autorität Bismarcks, daß wir in der Balkankrise jede Stellungnahme hätten vermeiden sollen. Bismarck hat nur widerarrat, vorzeitige Stellung zu nehmen oder die Führung zu übernehmen. Ich erinnere an ein Wort Bismarcks in seiner Rede vom 6. Februar 1888, daß Österreich-Ungarn, wenn man es im Stich läßt, uns entfremdet würde. Unser eigenes Interesse liegt also nicht in der Aussicht auf irgend welchen territorialen oder wirtschaftlichen Gewinn, sondern in der Situation. (Sehr wahr!) Wir hätten nie wieder einen neuen Freund gewonnen, wenn wir die Probe auf unsere Treue nicht bestanden hätten, und hätten uns sehr bald, und zwar ohne Österreich-Ungarn, derselben Mächtegruppierung gegenüber gesehen, der diesmal Österreich-Ungarn hätte weichen müssen. (Sehr richtig!) Gewiß ist Deutschland stark genug, um sich im Notfall auch allein zu behaupten. Das ist aber kein Grund, einen isolierten Bundesgenossen in einer schwierigen Lage zu verlassen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen hätte auch ihre Rückwirkung auf unsere eigene internationale Stellung ausgeübt und das Schwergewicht vermindert.

Marode ist Holländers Rusik keineswegs. Sie schlägt meistens in in paar Duetten durch und verkehrt die Kunst der Sing-gerung. Sie quält sich mit keiner Fortführung des dramatischen Juges, den manche Operettenkomponisten bereits erreicht hatten. Sie geizt nach keiner Architektonik im Aufbau der Finales, läßt einen spanischen Tanz ohne Spanien und eine Lautenferende ohne Lauten kommen und hört ihre Melodien so wenig durch den Unterbau von Künsten des musikalischen Sazes, daß man manchmal meint, die untere Hälfte des Orchesters sei dahingeblichen. Die obere freilich entzückt durch ihre Klangfülle manches Publikum fast ebenso, wie es Frau Marie Ottmann, die Gräfin, durch ihre Toiletten und durch das rote Gängelband tut, an dem sie die Verleierten vor sich heranziehen läßt. Aber sie singt auch gut; auch der Tenor Gustav Rayner, der an dem Grafen seinen alten glücklichen Nollentypus wieder hatte, singt gut und ebenso der Tenor Albert Auhner. Nur stört an ihm ein Forcieren in der Höhe, und dem Chore fehlt ein Gesangsmeister, der ihm die hohen Schreitöne mildert.

Gespielt wird in solchen Stücken meistens recht gut, auch wenn sie wie dieses nicht einmal die Virtuosität der Rollenverteilung besitzen. Heinrich Beer interessierte durch die Vorhüt, mit der er seine Lebensrolle vor Uebertreibung behütete, und Vali Paaf gab ihre „Chonchette“ mit einem Reichtum an Verwegungsspiel, der selbst in einem solchen Rahmen Beachtung verdient.

Die Zischer, die den „Erfolg“ zu stören suchten, können sich beruhigen.

In der „Romischen Oper“ hat ein verständnisvolles Publikum der Ausgrabung der zweifelhafte Buffooper „Der Toreador“ von Adolphe Adam mit ehlichem Entzücken gelauscht, und ich bin überzeugt, wäre die Darstellung noch um einen Grad runder, buffofreudiger, gräßlicher gewesen, der Beifall wäre noch spontaner zum Ausdruck gekommen. Man bewaert es bei dieser Gelegenheit wieder so recht von Herzen, daß Direktor Gregor nicht planmäßiger, als er es bisher getan, aus der unerlöschlichen Schatzgrube der Opéra-comique des 18. Jahrhunderts die Kleinodien hervorholt. Ein solcher Jollus von Buffoopern würde nicht im mindesten lehrhaft wirken und würde vielleicht den modernen Komponisten mehr Lust und Laune machen, auf daß wir wieder eine deutsche komische Oper erhalten. . . . Mit wirklichem Eifer hat er die Hauptrolle des pensionierten Stierkämpfers. Man gedachte aller Buffonistendarstellungen, wenn sich dieser traurige Ehemann mitten im argsten Nennommieren von seinem Mannesmut und von seinem Glück bei den Frauen in rheumatischen Stichen wand; ganz köstlich brachte er die dumme Vertrauensseligkeit des gehörnten Ehekrüppels zur Geltung. Dagegen blieb Bernhard Bötel, des berühmten Kutschkennaristens weniger begabter Sohn, der Pffigkeit des Hötisengalan Tracolin darstellerisch so ziemlich alles schuldig. Diese Figur bezeichnet ja den eigentlichen Angelpunkt der Handlung. Er ist es, der der lusternen Frau Coraline das Liebesbrieftchen zustellt, das in überaus geschickter Weise als Verlegenheitsmoment für alle drei Personen zu dienen hat und er muß ja zuletzt — ein echt französischer Librettistengebilde, der sich bis in die heutigen Ehebruchschwänke fortgeerbt hat — für die

das Deutschland mit Österreich-Ungarn jetzt gemeinsam repräsentieren. Ich habe ein höhnisches Wort über unsere Vasallenschaft zu Österreich-Ungarn gelesen. Das ist einseitig. (Lebhaftes Zustimmung.) Es gibt zwischen uns keinen Streit über den Vortritt wie im Ribellungsriebe, aber die

Ribellungsriebe

wollen wir nicht ausschalten! (Lebhaftes Beifall.) Zugleich ist diese unsere Haltung eine eminente Friedenssicherung. (Lebhaftes Beifall.) Wir Deutschen bedürfen der Ueberzeugung, an der Seite einer gerechten Sache zu stehen. Und wir halten die sämliche Seite leicht für die gerechte. Daß aber Österreich-Ungarn in seinem Konflikt mit Serbien das Recht auf seiner Seite hat, unterliegt gar keinem Zweifel! (Lebhaftes Beifall.) Die Annexion der beiden Provinzen war kein zynischer Länderraub, sondern

der letzte Schritt auf der Bahn einer seit 30 Jahren betätigten kulturellen und wirtschaftlichen Politik.

(Lebhaftes Sehr richtig!) Die Befegung der beiden Provinzen war jederzeit nötig, weil der derzeitige Besitzer die Aufstände nicht unterdrücken konnte. Das Österreich seit der Befegung in kultureller Beziehung für die Provinzen getan, wird von jedem Sachverständigen anerkannt. Und die Früchte dieser Tätigkeit konnte es sich nicht entgehen lassen. (Sehr richtig!) Wir haben zwischen Wien, Konstantinopel und Petersburg eine vermittelnde Tätigkeit geübt, wobei wir uns freilich der Grenzen einer solchen bewußt blieben. Unsere Geschichte mahnt uns zur

Vorsicht auf dem Gebiete der ehlichen Maktetätigkeit.

Auf dem Berliner Kongreß erhielten wir den Frieden Europas, tragen aber im gewissen Sinne die Kosten des Verfahrens. Die Unzufriedenheit der Streitenden richtete sich nach dem Kongreß mehr gegen uns als gegen die bisherigen Gegner, und Deutschland, das den Frieden für andere erhalten hatte, schwebte bald nach dem Kongreß selbst in Kriegsgefahr.

Indem wir fest zu Österreich-Ungarn stehen, sichern wir auch unser Interesse und tragen dadurch am meisten bei zur Erhaltung des europäischen Friedens, dessen Wahrung aufrichtig gewünscht wird von diesem hohen Hause und vom deutschen Volke. (Bravo! rechts, im Zentrum und bei den Rationalliberalen.)

Abg. Fehr, v. Serling (3.):

Bezüglich Marokkos hatten wir alle früher ein etwas unbehagliches Gefühl. Wir wünschten, daß unsere Interessen dort vertreten werden, aber einen Krieg um Marokko wollten wir nicht führen. Unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko waren die unangenehmen Nebenwirkungen in unseren Beziehungen mit Frankreich nicht wert. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir freuen uns deshalb über das Abkommen mit Frankreich, das vielleicht schon einige Jahre früher zu erreichen gewesen wäre. (Sehr richtig! im Zentrum.) Bei der Gelegenheit möchte ich aber doch sagen, daß die Abelselblichkeit unseres Bürgeriums, die sich auch in der Beteiligung der Tätigkeit unserer Diplomaten zeigt, doch etwas antiquiert ist. Notwendig ist allerdings, daß unsere jungen Diplomaten arbeiten lernen. (Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Während wir noch alle warteten, wie sich die neuen Verhältnisse in der Türkei entwickeln würden, überraschte uns alle die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Österreich. In gewisser Beziehung waren wir ja lange darauf vorbereitet, formell aber wurde der Berliner Vertrag dadurch verkehrt. Aber angeht die Vorgänge in der Türkei war es

ein Schritt der Selbsterhaltung Österreichs,

sich nicht die Früchte einer dreißigjährigen kulturellen Tätigkeit entgehen zu lassen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dann kam der Zwischenfall mit Serbien und die unmittelbare Kriegsgefahr, die dank der veränderten Haltung Russlands beseitigt ist. Aber die Probleme auf dem Balkan sind damit noch nicht gelöst; wenn die jungtürkische Revolution Freiheit für alle bringen soll, muß noch viel reformiert werden, dann dürfen vor allem die Türken nicht die Herren, andere Stämme die Untertanen bleiben. Ich denke vornehmlich an Syrien. Die Haltung unserer Regierung zu Österreich findet unsere billige Billigung. (Bravo! im Zentrum.) Es handelte sich hier nicht um die Einhaltung bestimmter Paragraphen des Bündnisvertrages, sondern um eigenes politisches Ansehen, also um unser eigenes vitales Interesse. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Kleines feuilleton.

Die meistgelesenen Romane des Jahres 1908. „Das literarische Echo“ veranstaltet seit Jahren eine Rundfrage in einer größeren Anzahl deutscher Leihbibliotheken, um festzustellen, welche Schriftsteller am meisten gelesen werden. Diese Methode ist selbstverständlich einseitig und die Art ihrer Anwendung läßt sich, aber trotzdem ergibt sie für große Schichten des Bürgertums gute Anhaltspunkte. Für das Jahr 1908 hat nun die Ermittlung in 181 Leihbibliotheken ergeben, daß am meisten verlangt wurden: Sudermann „Das hohe Lied“, Georg Hermann „Henriette Jacoby“, Clara Viebig „Kreuz im Venn“, Georg Hermann „Jettchen Webert“, Heer „Laubgewind“, Otto Ernst „Semper der Jüngling“, Rudolf Herzog „Der Abenteuer“, Stillebauer „Das Liebesnest“, Rudolf Stray „Perzblut“, Schnigler „Beg ins Freie“, Dampeda „Rinne“, Zahn „Die da kommen und gehen“. Die meist gelesenen Autoren überhaupt waren: Sudermann, Hermann, Viebig, Herzog, Heer, Zahn, Ernst, Stillebauer, Stray, Schnigler, Dampeda.

Aus der Reihe der meistgelesenen Bücher verschwunden sind Gustav Frenssen (Hilgenfeld) und Margarethe Böhme (Tagebuch einer Verlorenen), sie noch im Jahre 1906 mit an der Spitze standen. Hinter den meistgelesenen Romanen des Jahres 1908 drein marschieren einige gute Bücher, die doch immerhin ziemlich viel verlangt wurden, darunter Barisch, Zwölf aus der Steiermark, und Gabriele Reuter, Das Tränenhaus.

Musik.

Die neue Operette, die wir am Sonnabend im Theater des Westens hörten, kann wahrlich Bewunderung wecken. Es ist in der Tat von eigentümlichem Reiz, zu sehen, wie die Verfertiger einer Theatermarke so geradezu das treffen, was dem Publikum paßt und so direkt alles meiden, was ihm irgendwie Schwierigkeiten bereiten könnte. Einst waltete im selben Hause der Direktor Braach, mühte sich mit Kunstfertigkeit ab und ging finanziell wie körperlich zugrunde. Victor Holländer, der fruchtbarste Kapellmeister an der erfolgreichsten Bühne Berlins, am Metropoltheater, ein Stern erster Größe am Himmel der Theater- und Klavierunterhaltung, geht anscheinend keinem solchen Schicksal entgegen. „Der Jockel“ ist ein mit dem Librettisten Robert Nisch gemacht und von Kapellmeister Stefanides dirigieren ließ, gehört zu den Werken, für die ein Direktor seine Kasse sicherer wagen kann, als ein russischer Petroleumkönig und ein französischer Bankier die übrige, um in den aristokratischen Jockelklub aufgenommen zu werden. Sie blühen trotz aller Pumps ab und rächen sich nun, indem sie irgend einen gewöhnlichen Kerl als spanischen Grafen ausgeben und auch richtig in den Klub hineinbringen. Schließlich bekommt der Bankier die Petroleumtochter und der falsche Graf eine wirkliche Gräfin. Um daswischen drei Akte voll zu machen, gibt es Tanz und Krach, eine Episode mit einer Pariserin, die jeden anwesenden Herrn als ihren einzigen Geliebten erkennt, und einen veritablen König Theodorich, den alle Welt kennt und der schon gang „merode“ ist.

Eintrecht des Ehepaares von Herrn und Frau Toreador „bun!“ Auch Fräulein Linkebach (Coraline) gab sich zwar Mühe, die Schwierigkeiten, die ihr ihre Koloraturen machen, zu verbergen, aber ganz frei war ihre Darstellung keineswegs und ihr Gesang war nicht schlafenfrei. Die Pustel des alten Herrn Adam ist aber auch durchaus nicht so harmlos, wie man es von dem Komponisten des „Fossilion“ und der „Kürnberger Puppe“ erwarten sollte. Adam war zu der Zeit, als er diese Partitur schrieb, ein reifer Künstler, was sich in der Sicherheit, mit der er seine an sich schlicht harmonisierten Weisen mit Fiorituren zu umranken weiß, und in manchen hübschen Einfällen der Instrumentation zeigt. Besonders rühmend muß noch des Kapellmeisters Egitto Tango gedacht werden, der sich den Stil Adams ganz zu eigen gemacht hat. Dies zeigte sich namentlich in den echten Buffo-Tempis, die er bei den Acten, Duetten und Terzetten — den eigentlichen Herzen der Partitur — und auch in der als Zwischenakt gespielten, sehr kunstvoll gearbeiteten Overture nahm, sowie in den hübschen Steigerungen und Ritardandos bei den Gesangsnummern. Auch das Orchester war an diesem Abend bemerkenswert einheitlich im Zusammenspiel. Scharf gerügt werden muß aber die offenbar nach Pariser Matinee Vorbildern ausgeführte Idee, zur Füllung des Abends den fünften Akt aus der unmodernen Debussyschen Oper „Pelleas und Melisande“ anzubergewaltigen. Man hätte wähllich bei Adam nicht so lange zu suchen brauchen, um einen seiner gräßlichen Einakter oder eines seiner Valets, etwa das entzückende „Giselle“, zu finden, das sich gleichfalls zur Ausgrabung vorzüglich eignet. Demnächst sollen ja die Liebenswürdigen „Hierpuppen“ angefügt werden. Warum geschah dies nicht schon bei der Premiere? Grth. N.

Notizen.

— Matkowski zu Ehren fand Sonntag mittag im Akt. Schauspielhaus eine Gedenkfeier statt, bei der der Generalintendant die Gedächtnisrede hielt.

— Der russische Roman „Sjanin“ von Archibaskin, dessen deutsche Uebersetzung in München als unzüchtig beschlagnahmt war, ist durch Gerichtsbeschluss freigegeben worden. Das Buch, das angeblich in Russland eine erotische Epoche begründet hat (wie sogar einige Parteibätter gemeldet haben), wurde von den literarischen Sachverständigen, mit einer Ausnahme, für kulturgeschichtlich und literarisch wertvoll erklärt. Wir akzeptieren dieses Urteil, insofern es die polizeilich-gerichtliche Einmischung zurückweist, sind aber im übrigen nach wie vor der Ansicht, daß das Buch weder kulturgeschichtlich und erst recht nicht literarisch das Aufsehen verdient, das man ihm verleihen möchte.

— Die vatikanische Pinakothek in Rom, die vermehrt neu geordnet ist, wurde vom Papste eingeweiht und eröffnet.

— Schallertons Reizwerk über seinen Vorstoß gegen den Südpol wird bereits im Herbst im Verlage von E. Heinemann in London erscheinen.

Mit England in Frieden zu leben, wünschen wir alle, und der Reichstag hat uns ja auch auf die engen Beziehungen Deutschlands und Englands hingewiesen. Wenn dabei eine Leichterung der Rüstungen möglich wäre, so wäre das sehr zu begrüßen. Ich erinnere daran, daß vor wenigen Jahren die große Mehrheit dieses Hauses die Frage einer allgemeinen Abrüstung für undisziplinierbar erklärte. Gegenwärtig liegt die Frage so: Ist es möglich, mit England zu einem Abkommen zu gelangen, das die Herabminderung der Rüstungen ermöglicht? Ein solches Abkommen kann aber nicht der Anfang, sondern nur das Ende einer vorangegangenen Verständigung sein. Deshalb war zur Zeit die Antwort unserer Regierung, wir bauen die Flotte nach Maßgabe unserer eigenen Bedürfnisse, durchaus korrekt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Unsere Haltung ist nicht von parteipolitischen Gesichtspunkten eingegeben, sondern von vaterländischen, und wenn man uns in Zukunft auch wieder antinational nennen wird, so wird das an der Macht der Tatsachen geschehen. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Abg. Graf v. Rautz (R.):

Durch die feste, zielbewusste Haltung unserer Regierung, die zur rechten Zeit das rechte Wort sprach, ist der Friede gesichert, ein Weltbrand verhindert. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Oesterreich vertritt eine gerechte Sache! (Redner lacht diese Behauptung zu beweisen, indem er sich in breiterer Ausführlichkeit und unter größter Unaufmerksamkeit fast des ganzen sehr zusammengekauerten Hauses über die diplomatische Geschichte und Vorgeschichte des Vertrages von San Stefano und des Berliner Friedens ergeht.) Ich frage, mit welchem Recht verlangt Serbien Kompensationen? Serbien ist undankbar. Es vergißt, daß Oesterreich es 1886 vor den siegreichen Bulgaren gerettet hat. Gewiß hat Rußland berechnete Interessen auf dem Balkan, aber die russischen Interessen lassen sich mit den österreichischen sehr wohl in Einklang setzen. Wir haben mit Rußland gewichtige gemeinsame Interessen; sie umfassen nicht nur unsere monarchischen Institutionen (Aha! bei den Sozialdemokraten), sondern das ganze politische Gebiet. Es ist bedauerlich, daß gewisse politische Strömungen Rußlands an der Störung des harmonischen Verhältnisses zwischen Rußland und Deutschland arbeiten. — Mit Unrecht schreibt man uns in England aggressive Absichten zu. Ich bin aber überzeugt, daß man durch die ewigen Friedensbetreibungen nur das in gewissen englischen Kreisen herrschende Mißtrauen verstärkt. (Sehr wahr! rechts.) Ich verzichte daher darauf, den Eindruck der Erklärung des Herrn v. Schöen in der Budgetkommission durch weitere Ausführungen abzuschwächen und erneut in die Friedenskompetenz zu blasen. Ich begnüge mich mit dem Ausdruck der Genugtuung über die Versicherungen hochangesehener englischer Staatsmänner, die das Mißtrauen ihrer Vorgesetzten gegen Deutschland als unberechtigt bezeichnet haben. Die außerordentlich herrliche Aufnahme des englischen Königsraates in Berlin müßte doch alle Engländer vom Wohlwollen Deutschlands überzeugen. — Redner feiert zum Schluß das Verdienst des Reichstages um die Erhaltung des Weltfriedens. Dadurch hat Fürst Bismarck der Welt Milliarden Gut und Ströme Blut erspart. Hätte er nichts weiter getan, dies allein würde seinem Namen Ruhm und Ehre in der Geschichte sichern. Der schönste Lorbeer ist der Dank des Vaterlandes. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Böhmermann (natl.):

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Wichtigkeit des Dreibundes und den Wert unserer Freundschaft für Oesterreich klärlieh bewiesen, sie haben aber auch bewiesen, daß unser starkes Reichsheer die beste Gewähr des Weltfriedens ist. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Ohne dieses wären wir vielleicht einem russisch-deutschen Kriege nicht entgangen. Man soll nicht so unbedingt über Serbien den Stab drehen. Der Wunsch eines Zusammenschlusses der serbischen Nation ist berechtigt, mindestens begründet. Die heftige Erregung macht Ubertreibungen erklärlich. Die förmlich hypnotische Hoffnung Serbiens auf Rußland ist ein Verbrechen. Wir freuen uns, daß durch

das „Eingreifen“ des Kronprinzen von Serbien

die Lage gelöst ist! (Schallende Heiterkeit.) Von einer Konferenz versprechen wir uns nicht allzuviel. (Vielfache Zustimmung.) Hoffentlich ist die Zeit internationaler Erregung über die Balkanwirren vorüber. Am besten werden die Differenzen durch die Beteiligten selbst geregelt. Jedenfalls freuen wir uns über die Erhaltung des Weltfriedens und über die Verdienste, die sich die deutsche Diplomatie dabei erworben hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir freuen uns auch über das Marokkoabkommen und wünschen, daß es Deutschland und Frankreich näher bringen möge. (Vielfache Zustimmung.) Ich will nicht untersuchen, ob das Ueber-einkommen nicht früher hätte erreicht werden können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) auch nicht, ob die Vorteile für Deutschland wirklich so gering sind, wie sie von gewissen Seiten dargestellt werden. Man muß Einfluß auf die ausländische Presse zu nehmen suchen — selbstredend denke ich dabei nicht an Verstärkung. (Heiterkeit.) In dieser Hinsicht könnten unsere Diplomaten viel von den französischen lernen. (Sehr wahr!) Falschen, deutschfeindlichen Aussetzungen muß prompt und auf der Stelle entgegengetreten werden.

Was England betrifft, so ist es falsch, dortige deutschfeindliche Stimmungen von der Verstärkung der deutschen Flotte abzuleiten. Wir wünschen ein möglichst ruhiges Verhältnis zu England und freuen uns auf das herzlichste über den Besuch des englischen Königs. Wir haben wiederholt unserem Wünsche Ausdruck gegeben, daß es möglich sein möge, auch über 1912 hinaus das Bautempo unserer Flotte nicht zu beschleunigen. Wir wünschen eine achtunggebende Flotte zum Schutze der deutschen Interessen, nicht aus Feindschaft gegen England. Das ist der Sinn unserer nationalen, wohlwollenden Flottenpolitik. (Lebhafte Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.) Die — sehr im Gegensatz zu früheren Jahren — fast bebautes erfolgte Annahme des diesjährigen Marineetat's war ein schönes, wohlverdientes Vertrauensvotum für den Staatssekretär der Marine. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.)

Die Sozialdemokraten haben eine Resolution eingebracht, welche Schritte zu einer internationalen Verständigung der Mächte zur gegenseitigen Beschränkung der Seerüstungen und zum Verzicht auf das Preisrecht fordert. Wir können nur dem zweiten Teil zustimmen. Dagegen müssen wir bezweifeln, ob die gewiß wünschenswerte Beschränkung der Rüstungen sich erreichen läßt. Eine Konferenz über diesen Gegenstand müßte sich mit einem ganzen Komplex von Fragen beschäftigen. Redner endet mit einer leise gesprochenen, daher auf der Tribüne kaum verständlichen Lobhymne auf Deutschlands Macht und Herrlichkeit, Größe und Würde, Friedensliebe und Kriegsbereitschaft. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Schröder (freis. Sp.):

Ob unser Marokkoabkommen mit Frankreich wirklich so bedeutend ist, wie hier mehrfach behauptet wurde, muß erst die Zukunft lehren. (Sehr richtig! bei den Freis.) Jedenfalls wäre es besser gewesen, von Anfang an Frankreich gegenüber die Bahn zu beschreiten, die jetzt betreten ist. Daß unsere Regierung sich anlässlich der Balkanfragen von vornherein auf die Seite Oesterreichs gestellt hat, billigen wir, wenigstens ich es nicht für klug halten kann, daß Oesterreich gerade jetzt durch Vornahme der Annexion der besetzten Provinzen die Frage ausgetrocknet hat. Im übrigen wäre zu wünschen, daß man den Balkan sich selbst überläßt, dann wird am ehesten Ruhe und Frieden dort eintreten. Bezüglich der Frage, die im englischen Parlament in der letzten Zeit so viel Aufregung hervorgerufen hat, kann ich nur sagen, daß unser Flottenbauplan im Etat und durch Gesetz festgelegt ist; deshalb kann ich die Aufregung in England nicht recht begreifen. Ein Interesse an der Verminderung der Rüstungen haben alle Nationen, sie könnten dadurch Mittel für Kultur Ausgaben gewinnen. (Sehr richtig! links.) Aber gerade jetzt können wir die von den Sozialdemokraten eingebrachte Resolution nicht für angebracht halten. (Bravo! bei den Freis.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Ich muß zunächst entschiedene Verwahrung einlegen gegen die Auslegung, die Herr Böhmermann heute hier der Tatsache gegeben

hat, daß von einigen Tagen bei der Beratung des Marinebudgets zu dem Titel Staatssekretär keine Wortmeldungen erfolgt sind. Er legte das so aus, wie es auch fälschlich bereits in der Presse ge-schehen ist, als sei ein allseitiges Einverständnis darüber erzielt worden, daß dadurch eine Art Vertrauensvotumgebung für den Marineminister gegeben werden sollte. (Sehr richtig! rechts.) Das mag von Verschiebenen von Ihnen beabsichtigt worden sein, das hat man uns aber nicht gesagt. (Lachen rechts.) Gewiß, wir verlangen nicht, daß Sie uns in Ihr Vertrauen ziehen; wenn Sie aber eine Handlung beabsichtigen, von der Sie wollen, daß Sie nachher als gemeinsame Kundgebung des Reichstages ausgegeben wird, dann sind Sie aller Dinge verpflichtet, uns davon Mitteilung zu machen, und wenn Sie das nicht tun, so ist es eine Täuschung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Uns ist nur gesagt worden, es bestände der Wunsch, die Erörterung unserer Verhältnisse zu England zu verlagern auf wenige Tage, bis wir endlich einmal das Vergnügen haben würden, den langentbehrten Herrn Reichstagskanzler hier zu sehen (Heiterkeit), der uns als allein verantwortlicher Minister auch allein die notwendige Auskunft über diese zweifellos sehr wichtige Frage geben könnte und würde. Nur unter dieser Voraussetzung, daß die Frage heute gründlicher und besser durchgesprochen werden könnte, ist von unserer Seite die Zustimmung damals erteilt worden. Wir verwahren uns also entschieden gegen die falsche Auslegung, als sei eine gemeinsame Kundgebung des Reichstages geplant. (Zuruf rechts: Der bürgerlichen Parteien!) In der Presse und auch in den Ausführungen des Herrn Wassermann war von einer Kundgebung des Reichstages in der Flottenfrage die Rede. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Was nun

„die gründliche Auskunft des Herrn Reichstagskanzlers“

anbetrifft, so muß ich sagen, ich habe bei reichstagskanzlerischen Aus-sichten noch nie so das Gegenteil von Gründlichkeit erlebt wie diesmal. (Heiterkeit.) Gründlich muß die Frage hier jedenfalls er-örtert werden. Sie geben sich einer merkwürdigen Illusion hin, wenn Sie glauben, die Sache bei uns so nebenbei behandeln zu können. In England hat die Angelegenheit das größte Aufsehen erregt und Mißstimmung gegen Deutschland hervorgerufen. Herr Schröder hat in wohlwollender Weise, wie er alles behandelnd (Heiterkeit), auch zu unserer Resolution gesprochen, meinte aber, sie sei nicht zeitgemäß, das müßte bei anderer Gelegenheit er-örtert werden. Ich möchte wirklich wissen, wann wohl ein ge-eigneter Zeitpunkt kommen soll als jetzt: durch eine Kundgebung des Reichstages in diesem Sinne die Mißstimmung in England gegen-über Deutschland und die englischen Befürchtungen vor den deutschen Plänen zu beruhigen. Die ganzen Verhandlungen über die aus-wärtige Politik sind immer wieder hinausgeschoben worden. Der Reichstagskanzler wird zweifellos seine Gründe dazu haben. Ich nehme an, er wird sie uns noch mitteilen. (Heiterkeit.) Um so mehr muß nun jetzt

diese wichtige Frage der auswärtigen Politik

erledigt werden. Ich möchte hier ein Wort von Goethe zitieren: „Was nützt es viel von Stimmung reden, dem Pau-bernden erscheint sie nie!“ Worin liegt die Bedeutung des Vorganges? Der englische Marineminister gab zur Motivie-rung der neuen Forderung von vier Dreadnoughts und vier E-ventual-Dreadnoughts für das nächste Jahr Tatsachen an über den Stand der deutschen Rüstungen: Die englische Regierung sei jetzt dahinter gekommen, daß Deutschland im Herbst 1912 17 Dreadnoughts zur Verfügung haben würde, wobei er die großen Kreuzer mitrechnet. Und England stünde daher vor der Gefahr, überholt zu werden. Noch einen viel bedeutsameren Eindruck auf das englische Unterhaus machte die Mitteilung, daß in der letzten Zeit auf den privaten und staatlichen Werften in Deutschland sowohl der Bau großer Schiffe wie auch die Herstellung von Aus-rüstungsmaterial außerordentlich gesteigert sei. Der Minister sprach zwar als Sachmann seine große Anerkennung für diese außerordent-liche schnelle Produktion in Deutschland aus, betonte aber zugleich, daß es den englischen Werften schwer fallen würde, nachzukommen. Aber auch diese Mitteilung brachte die Erregung noch nicht auf den Höhepunkt. Dies geschah erst bei den Mitteilungen des Minister-präsidenten Asquith über

Verhandlungen zwischen Deutschland und England wegen der Abrüstung.

Der Minister erklärte, die englische Regierung sei wiederholt an die deutsche Regierung mit Anregungen für eine Abrüstung herantreten. Es ist demnach irrtümlich in der deutschen Presse berichtet worden, daß von England aus formale Vorschläge dieser Art ausgegangen seien. Ich vermute, daß sich darauf die ver-neinende Antwort des Staatssekretärs v. Tirpitz bezogen hat. Der Widerspruch dieser Erklärung mit den Ausführungen des Ministers Asquith hat sich dann später aufgelöst, als in einer Sitzung der Budgetkommission Herr v. Schöen eine schriftliche Erklärung des Reichstagskanzlers vorlas, in der zugegeben wurde, daß von England aus allerdings formlose Anregungen wegen der Abrüstung zur See an Deutschland ergangen seien. Ich muß mein Bedauern darüber ausdrücken, daß der Reichstagskanzler, als im vorigen Jahre Herr Hausmann die Frage an ihn stellte, eine Antwort gab, die, um mit Herrn Schröder zu sprechen, diplomatisch, aber nicht freimännlich war, insofern als die Öffentlichkeit davon einen ganz anderen Eindruck über die Sachlage gewann als es den Tatsachen entspricht. Ich berufe mich auf ein Wort des Herrn Reichs-tagskanzlers: Mit Finessen kommt man nicht weit in internationalen Angelegenheiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Erklärung des Herrn v. Schöen deckt sich vollkommen mit den Ver-merken des Ministers Asquith. Nur in einem Punkte nicht. Minister Asquith teilte außerdem noch mit: Von der deutschen Regierung sei wiederholt und

in der formellsten Weise

der englischen Regierung erklärt worden, daß sie auf eine solche Anregung nicht eingehen könne! (Hört! hört! bei den Sozialdemo-kraten.) Mehr als einmal und in der formellsten Weise ist von der deutschen Regierung beschieden worden, daß ihre Marineausgaben allein durch die Rücksicht auf ihre eigenen Ver-bürnisse bestimmt werden, und daß ihr Flottenprogramm von dem englischen nicht abhängig sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und diese Tatsache der formellsten Ab-lehnung, der unter der Hand in formloser Weise dargebrachter An-regungen ist es, die zunächst im englischen Parlament und in ganz England diese

Basis

geradezu hervorgerufen hat. Die Regierung, das Parlament und die Mehrheit der herrschenden Klassen haben daraus den Schluß gezogen, daß Deutschland sich mit bösen Absichten gegen England trage. Der irische Abgeordnete John Bill hat den Eindruck, den die Ausführungen Asquiths im Unterhause machten, mit folgenden Worten geschildert:

„Als der Premierminister nach seiner Rede sich niedersetzte, blühte der Präsident in das Haus hinein, und das Haus blickte auf den Präsidenten, und drei bis vier Minuten lang erhob sich niemand, um sich zum Wort zu melden. Das bedeutete, daß die Rede des Premierministers eine Panik im Unterhause hervor-rief, wie sie eine Panik im ganzen Lande hervorgerufen hat.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie (auch rechts) amüsierten sich ausgeprochen. Sie betrachteten das als guten Scherz. Es ist sehr bezeichnend für Ihr Verhältnis für internationale Be-ziehungen, daß Sie es als Anlaß zum Amüsement auffassen, wenn eine Aktion der deutschen Regierung bei der englischen Regierung, im Unterhause und in den herrschenden Kreisen Englands die Ver-fürchtung erweckt, daß Deutschland mit dem Plan umgeht, England mit Krieg zu überziehen. (Zuruf rechts: Wir denken nicht daran!) Aber in England ist der Eindruck erweckt worden, und das amüsiert Sie! (Abg. Dr. Arndt, Rp.: Wir lachen nicht über die Engländer, wir lachen nur über Sie!) Durch die Verhandlungen des eng-lischen Unterhauses zieht sich diese Befürchtung wie ein roter Faden. Es entspricht nicht der Würde des deutschen Reichstages, daß man über eine solche bedenkliche Tatsache, daß eine tiefgehende Verstim-

mung gegen Deutschland in England durch die Aktion der deutschen Regierung hervorgerufen ist, nach der Methode des Dr. Arndt mit faulen Witzen hinweggeht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Kaempf: Sie dürfen einem Mitgliede des Hauses nicht vorwerfen, daß es faule Witze macht. (Schallende Heiterkeit.) Abg. Ledebour (Soz.): Ein Mitglied des englischen Unter-hauses führte aus, daß die Präparation auf einen Seekrieg des-halb so gefährlich sei, weil bei dem Ausbruch eines Seekrieges die kriegsführenden Mächte sich gegenseitig zu überfallen pflegen, und daß

das Wettrüsten zwischen England und Deutschland

zu einer Situation führen könnte, daß eine der Mächte sagt: „Jetzt müssen wir los schlagen, womöglich durch einen Nachtangriff, wenn wir die Oberhand noch be-halten wollen!“ — Die Minister brüden sich natürlich viel hüßlicher aus, aber hinter dieser Hüßlichkeit verbirgt sich die Befürch-tung, daß man in Deutschland die Rüstungen so weit treiben will, um einen siegreichen Krieg gegen England führen zu können. Welche Konsequenzen hat das? Im englischen Unterhause wird heute ein Mißtrauensvotum der Konservativen gegen die Regierung beraten, durch welches die Regierung gestürzt werden soll, weil sie nicht ge-nügend für die Verteidigung des Landes gegenüber Deutschland Sorge getragen! (Zuruf rechts: Wird ja abgelehnt!) Der Meinung bin ich auch, aber die Tatsache, daß die konservative Opposition bei dieser Gelegenheit ein Mißtrauensvotum wegen un-genügender Rüstungen zur See einbringt, ist ein Beweis für die Stimmung in England. Damit wollen die Konser-vativen ihren Sieg für die nächste Wahl vorbereiten. Wenn jetzt Remunerationen stattfänden, so würde das gegenwärtig liberale Ministerium mit übermächtiger Majorität weggeblasen werden, weil nach der Auffassung der herrschenden Bourgeoisie die engli-sche Regierung mit den Rüstungen gegen Deutschland ins Hintertreffen gekommen ist und weil auf die englische Anregung zum Ein-halten im Wettrüsten seitens der deutschen Reichsregierung eine ablehnende Antwort erfolgt ist. Das ist

eine sehr bedenkliche Situation;

geben Sie sich darüber keiner Täuschung hin! Es kann dem Deutschen Reiche nicht gleichgültig sein, wenn in einer großen Kulturnation wie der englischen eine Stimmung gegen Deutschland Platz greift, die dem Ministerium nahelegt, die erste Gelegenheit zu über-nutzen, um das Präventiv zu spielen und Deutschland zu über-fallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von den deut-schen Chauvinisten wird genau in demselben Sinne wie von den englischen Jingo's gelehrt. Erst jetzt ist wieder ein Artikel des in-stimmten Freundes von Herrn Arndt, des Dr. Peters, erschienen, worin ein Krieg zwischen England und Deutsch-land für unvermeidlich erklärt wird! Herr Arndt glaubt, hier über diese Gefahr lachen zu dürfen, aber sein Antimus Peters, zwar nicht Fleisch von seinem Fleische, aber Geist von seinem Geiste, (schallende Heiterkeit) hält den Krieg für unvermeid-lich. Das zeigt, wie

die chauvinistischen Heber an der Arbeit

sind, um die beiden Völker auseinander zu hehen. Glücklicherweise sind im englischen Unterhause auch andere Stimmen laut ge-worden, die sich in aller entschiedenster Weise gegen die Kriegs-begeererei gewendet haben, das sind die Mitglieder der labour party, die englischen Sozialisten.

Während man bei den Konservativen und Liberalen der Ab-neigung gegen Deutschland auf das schärfste Ausdruck gab, erklärte ein Mitglied der labour party:

„Wir auf diesen Banken sind der Ansicht, daß kein Streit zwischen den deutschen und britischen Arbeitern besteht. Der Feind des britischen und des deutschen Arbeiters ist nicht Deutsch-land und nicht England, den Feind haben sie in ihrem eigenen Lande, das sind die kapitalistischen Klassen, gegen welche sie sich organisieren müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn das nicht der Fall wäre, so würde ich nicht hier stehen. Wir wollen den deutschen Arbeitern von unseren Vätern in diesem Hause zurufen: Wir kämpfen für die Aufrechterhaltung des Friedens in unserem Lande, wie ihr im Reichstage es laßt; auch wir bekämpfen alle diese Rüstungen, und die sozialistischen Vertreter, die Arbeitervertreter, müssen sie auch in diesem Hause bekämpfen.“

Das unterschreiben wir vollständig. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir fühlen uns eins mit den Sozialisten im Unterhause, mit den Wortkämpfern des englischen Proletariats, mit der Bekämpfung aller dieser Bestrebungen, die darauf hinaus-gehen, im Interesse der Kapitalistenklasse zwei große Völker ein-anander zu hehen. Es liegt im Interesse beider Völker, daß endlich dem Wettrüsten ein Ende gemacht wird. Das ist eine Schraube ohne Ende, die schließlich zu einem Kriege führen muß und dem Staate die Mittel raubt, eine wertvolle Sozialpolitik im eigenen Lande zu betreiben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In England ist schon erklärt worden: wenn wir unsere Rüstungen verstärken müssen, so ist es unvermeidlich, daß wir die Ausgaben für Sozialreform einschränken“, und auch hier haben wir kürzlich die Erfahrung gemacht, daß die Reichsregierung Maßregeln, die schon gesetzlich verbürgt waren, inibiert hat, weil sie die Gelder, die dafür zur Verfügung standen, zu Rüstungen brauchte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei der sogenannten großen Zollreform wurde die Witwen- und Waisenversicherung versprochen, um den deutschen Arbeiter für die Folgezeit zu gewinnen. Auf Anregung des Zentrums, des Abgeordneten Trimborn, ist sogar eine gesetzliche Bestimmung hierüber in das Folgegesetz hinein-gebracht. Vor wenigen Wochen aber hat Herr v. Bethmann-Hollweg ausdrücklich erklärt, an die Witwen- und Waisenversicherung sei nicht zu denken, weil wir das Geld dazu nicht haben! (Wohle Unruhe rechts. Zuruf: Das ist nicht wahr! Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg schüttelt mit dem Kopf.) Ausdrücklich wurde die Zurückstellung der Witwen- und Waisenversicherung mit der schlechten finanziellen Lage begründet. (Aufs rechts: Nein! nein! Bei den Sozialdemokraten lebhaft Zustimmung.)

Eine Abhilfe der Kalamität, in welche die englische und deutsche Regierung durch das Wettrüsten hineingetrieben ist, liegt in der Anregung der englischen Regierung zur gegenseitigen Ver-ständigung. Es ist auch unrichtig, wenn die deutsche Regierung erklärt hat, daß sie sich in ihren Rüstungen nur leiten lasse von ihrem eigenen Bedürfnisse. Woher hat sie denn die Anregung zum Bau von Dreadnoughts genommen? Etwa aus den Tiefen des deutschen Gemütes? (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Oder hat sie diese Anregung nicht durch den Bau von Dreadnoughts in England bekommen? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein anderes Beispiel dafür, wie die Anregung für den deutschen Schiffbau aus anderen Ländern geholt wurde: Jahres-lang sahen wir in der Wandelhalle des Reichstages eingerahmte Bildwerke prangen mit graphischen Darstellungen der Flottenstärke der verschiedenen Nationen. Daß diese Gemälde (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), bei denen man unwillkürlich an Kompagnien von Raupen dachte, die den Paradeschritt einüben (schallende Heiterkeit), der öffentlichen Erziehung des Reichensgelehrten dienen sollten, hat nicht einmal der Autor dieser Gemälde behauptet (er-nente schollende Heiterkeit); sie sollten Stimmung machen für Flottenvermehrung. Also immer noch es die Rücksicht auf andere Länder, die bei den deutschen Flottenfragen in den Vordergrund geschoben wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es war

der schwerste Fehler, den die deutsche Regierung auf ihr Konto geladen hat,

daß sie der Anregung der englischen Regierung auf Einschränkung der Flottenrüstungen mit Ablehnung begegnet ist. Wir halten es daher für sehr zeitgemäß, wenn der Reichstag gerade in dem gegen-wärtigen Augenblick seine Bereitwilligkeit zur Einschränkung der Rüstungen unzweifelhaft zu erkennen geben wollte. Die psychologische Wirkung in England würde nicht ausbleiben. Um dem Reichstag zu dieser Kundgebung Gelegenheit zu geben, haben wir unsere Resolution eingebracht, welche



**Pumpen aller Art**  
für Abessinier  
und Kessel-  
brunnen,  
Jauche-  
pumpen usw.  
in bester Aus-  
führung zu den  
billigsten Preisen.  
Kataloge gratis



Paul Gries, Berlin SO. 16,  
Köpenicker Straße 44.

Achtung! Habe mein Zigarren-  
geschäft von Treddowir. 49  
nach Lindenstr. 63a verlegt.  
A. Frießner.

**Steppdecken**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
Inventur-Extrapreise!  
Similiseide in den 485 675  
blau, oliv. rot.  
Wollatlas rot 635 750  
Bunte Normal- 165 250 350  
Schlafdecken  
Wolldecken ganz dick 300 400  
Inventur-Extraliste  
billiger Sonderangebote  
gratis u. franko.

**Möbel**  
Polsterwaren, komplette  
Wohnungs- u. Küchen-Ein-  
richtungen, Herren- und  
Damen-Garderobe, Leib- und  
Bettwäsche, Betten, Stepp-  
decken, Teppiche, Portieren,  
Gardinen, Bilder, Uhren,  
Gas- und Petroleum-Kronen,  
Sport- und Kinderwagen

**auf Kredit**  
an jedermann eventl.  
**Ohne Anzahlung**  
bei  
kleinster **Abzahlung**

Möbel- u. Waren-Kredit-Haus  
**S. Dorn**  
Alte Schönhauser Str. 3  
am Tor.

**Konsumverein Friedenau u. Umg.**  
E. G. m. b. H.  
Nachtrag zur Bilanz.  
Das Geschäftsjahr 1909 beginnt am  
30. 9. 07; 32. 2226,50, am 30. 9. 08:  
37. 2811,—, mithin mehr 32. 584,50.  
Der Vorstand.  
W. Schmidt. G. Döring.  
173/11

**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
Berlin SO. 16,  
Engel-Ufer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigarotten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche be-  
kannten Marken  
**Zigaretten zu Originalpreisen.**  
Amt IV, 3014.

**Lehr- und Versuchsanstalt für Brauer in München**  
Privat-Institut Direktor Dr. Doemens.  
Beginn des nächsten viermonatlichen Hauptkurses: 29. April 1909.  
Prospekte gratis. Bezugnahme auf diese Zeitung erbeten. 253/3

**Kredit. Möbel auf Teilzahlung**  
bei aller kleinster An- u. Abzahlung. Größte Rücksicht  
bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit.  
**E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58**

**Öffentliche politische Versammlungen.**  
**Dritter Wahlkreis.**  
Dienstag, den 30. März cr., abends 8 1/2 Uhr, im großen  
Saale von Kellers „Neue Philharmonie“,  
Köpenicker Straße 96/97:

**Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Reichstags-Abgeordneter **W. Heine** spricht über:  
**„Kriegsminister und Sozialdemokraten“.**  
Freie Diskussion.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Einberufer:  
**August Pohl, Raunynstr. 30.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbüro: Hof III. Amt III, 1987

Heute Dienstag, den 30. März, abends 8 Uhr:  
**Allgemeine Klempner-Versammlung**  
in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.  
Tages-Ordnung:  
1. Berichtserstattung über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt und  
unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. — Zahlreichen Besuch erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband der Zimmerer**  
Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 31. März, abends 8 1/2 Uhr:  
**13 Mitglieder-Versammlungen.**

- Norden und Noabit: Gensfeld Festsäle, Zwalidenstr. 1a, Ede Brunnenstraße.
- Osten und Friedrichsberg: Germania-Brauerei, Frankfurter Allee 53.
- Südosten und Süden: Mühs' Festsäle, Rantewitzstr. 95.
- Südwesten, Westen, Schöneberg u. Wilmersdorf: Klubhaus, Schöneberg, Hauptstr. 5.
- Charlottenburg: Wolfshaus, Rosinenstr. 3.
- Nixdorf: Gelfert, Steinmehstr. 103.
- Ober- und Nieder-Schönebeide: Wernicke, Wilhelmminenhofstr. 18.
- Friedenan u. Steglitz: Schellhase, Hornstraße 15a.
- Groß-Lichterfelde, Mariendorf und Zehlendorf: Kaiserhof, Groß-Lichterfelde, Am Kranoldplatz.
- Teltow: Bonow, Zehlendorfer Str. 4.
- Tegel und Reinickendorf-West: Kallies, Tegel, Berliner Straße 92.
- Pankow und Nieder-Schönhausen: Settehorn, Lindenstr. 1.
- Weißensee: Content, Lehderstr. 5.

Tags-Ordnung in allen Versammlungen:  
**Die Situation im Baugewerbe.**  
Referenten sind die Kameraden: Engelhardt, Hinrichsen, Klossowski, Knüpfer, Kube, Licht, Wilhelm Schmidt, Heinrich Schulz, Karl Schulz, Fritz Schulze, Wellow, Witt, Ziege. 254/5

**Zentralverband der Stukkateure.**  
Filiale Berlin.  
Montag, den 5. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1909 und Wahl eines Kassiers. 2. Stellungnahme zur Walfeste.  
3. Unsere Bewegung. 4. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. — Es ist Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.**  
Donnerstag, den 1. April, abends 8 1/2 Uhr, Kommandanten-  
straße 20 („Lebensquelle“):  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Vortrag des Kollegen Ritter: „Das Krankenkassenwesen in Berlin“. Antrag der unbefolgheten Ortsverwaltungsmittglieder auf Einführung einer Gehaltskass für die Angestellten. Kassensangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.  
18005 Die Ortsverwaltung.

**Öffentliche Versammlung**  
für Männer und Frauen.  
Tages-Ordnung: 104/20  
1. Vortrag des Reichstags-Abg. Genossen Stückli über:  
**Die wirtschaftliche Not** und wie befreien wir uns  
aus derselben?  
2. Diskussion.  
Um zahlreichen Besuch bitten  
Der Einberufer.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 27. März verstarb unser  
Mitglied, der Schandwirt  
**August Giese**  
Stralauer Straße 83.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Elisabeth-Kirchhofes,  
Prinzen-Allee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
226/2 Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am 27. März verstarb plötzlich  
unser Mitglied, die Galanterie-  
arbeiterin  
**Marie Blume.**  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, den 30. d. Mts., nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle des  
Relandshof-Kirchhofes in Ma-  
riendorf, Wilmerscher Straße 62,  
aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
23/9 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Mechaniker  
**Vincenz Neumann**  
am 27. d. Mts. an Gehirn-  
entzündung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 31. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
114/8 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Kollege, der Stoc-  
arbeiter  
**Georg Jahn**  
am 26. März gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
von der Halle des Kaiserlich-  
Kirchhofes in Weihensee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
81/12 Die Ortsverwaltung.

Am 26. März verstarb uner-  
wartet mein lieber Sohn, der Maler  
**Rudolf Lange**  
im 44. Lebensjahre.  
Dieses zeigt, um silbes Beileid  
bittend, tiefbetrauert am 1811b  
**Frau Käbmoser.**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der  
Halle der Thomas-Gemeinde in  
Nixdorf, Hermannstraße, aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und  
die zahlreichen Kranzspenden bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes  
sagen wir allen Verwandten und Be-  
kannnten, sowie allen Kollegen u. Partei-  
genossen unseren herzlichsten Dank.  
Witwe **Anna Brandes**  
nebst Kindern. 18136

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Mittwoch, den 31. März 1909, abends 6 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der  
**Perlmutter-, Horn-, Steinnuß-Knopf- u. Arbeiterinnen**  
im Gewerkschaftshaus (Saal 5), Engelsufer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Verbandangelegenheiten. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Bericht  
der Kommission. 4. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, der Wichtigkeit halber in dieser Ver-  
sammlung zu erscheinen. 81/15  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Branchenleitung.

**Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands**  
Zahlstelle Berlin.  
Bureau: Blankenfeldestr. 10. Telefon: VII. Nr. 6920.  
Mittwoch, den 31. März, abds. 8 1/2 Uhr, bei Boeler, Weberstr. 17:  
**Kombinierte Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: „Das Verhalten des Staates zur Schule und Re-  
ligion.“ Referent: Genosse Fritz Kunert. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Wir erwarten zahlreiches Erscheinen. Die Kolleginnen und die Frauen  
unserer Kollegen sind ganz besonders eingeladen.  
169/6 Die Ortsverwaltung.

**Dankfagung.**  
Sagen hiermit den Genossen des  
202. Wahlbezirks, allen Verwandten,  
Freunden, Kollegen und Kolleginnen  
für die Gratulationen anlässlich unserer  
Hochzeit den aufrichtigsten Dank.  
**Fritz Lindau und Frau.**  
Dem Genossen 6562  
**Wilhelm Dommel**  
nebst Braut ein donnerndes Hoch  
zur Vermählung.  
Die Genossen v. 462. u. 465. Bez.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis**  
Stralauer Viertel.  
Bezirk Nr. 345.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass unser Genosse, der Steinmetz  
**Franz Möbius**  
Frankfurter Allee 104  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 31. März, nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
217/3 Der Vorstand.

**Zentral-Verband der**  
**Steinarbeiter.**  
Filiale Berlin I.  
Am 26. d. Mts. starb unser Kollege  
**Franz Möbius**  
im Alter von 53 Jahren an den  
Folgen einer Operation.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, nachm. 1 1/2 Uhr, von  
der Leichenhalle des Zentral-Fried-  
hofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 27. März verstarb unser  
Mitglied, der Restaurateur  
**Karl Schulz**  
Carmen-Straße 163.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 31. März, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des südlichen Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
226/3 Der Vorstand.

Am 28. März verschied nach  
langem, schweren Leiden unsere  
liebe Mutter, Schwester, Schwö-  
gerin und Tante  
**Witwe Elise Giese,**  
geb. Tentscher.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 31. März, nachm.  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
neuen Nixdorfer Kirchhofs, Marien-  
dorfer Weg, aus statt.

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unseres guten Vaters,  
Schwiegeraters und Großvaters, des  
Arbeitsarbeiters 652  
**Ferdinand Gehrke**  
sagen wir allen Freunden, Kollegen  
und Parteigenossen und den Beamten  
der Firma Schmarchoff (neues Werk)  
unseren herzlichsten Dank.  
Wwe. Emma Gehrke nebst Kindern.



Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung der Wahlvereine Groß-Berlins hat am Sonntag mit einer kleinen Majorität den Beschluß gefaßt, den Monatsbeitrag für die weiblichen Mitglieder auf 20 Pf. festzusetzen.

Weiter soll arbeitslosen Genossen, denen schon bisher der „Vorwärts“ unentgeltlich gegeben wurde, das Parteiblatt kostenlos in die Wohnung gebracht werden.

Schließlich verhalf die Generalversammlung durch einen Machtpruch den Anspruch der Rixdorfer Genossen auf die „Neue Welt“ zu seinem Recht.

Dritter Wahlkreis. Heute, Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr, findet in Stellers „Neue Sphäronomie“, Köpenickerstr. 96/97, eine Volksversammlung statt.

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 30. März, abends 8 Uhr, findet in den Neuen Rathhausfälen, Weiningerstraße 8 ein Lichtbildvortrag über die badische Revolution 1849 statt.

Groß-Lichterfelde. Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet heute Dienstag, abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“ statt.

Steglitz. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Schellhale, Thonstr. 15a, statt.

Lankwitz. Die am Mittwoch fällige Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins fällt umstandshalber aus.

Fehlender. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Widler, Potsdamer Straße 26 die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Eichwalde-Zeuthen-Miersdorf. Am Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet in Eichwalde in Wittes Waldschlößchen die Generalversammlung des Wahlvereins statt.

Rummelsburg. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Saale der Witwe Weigel, Türschmidtstr. 45, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Berliner Nachrichten.

Jugend-Weise.

Eine sehr hübsche Jugend-Weise hatte die Berliner Freireligiöse Gemeinde im großen Freyerischen Lokale in der Koppenstraße am vergangenen Sonntag veranstaltet.

Die Anaben trugen an dem Knopfloch ihres schwarzen Anzugs ein kleines Sträußchen, während die Mädchen im weichen Gewande und mit frischduftenden Buketts in den Händen erschienen waren.

Ein Heldentat der Berliner Polizei.

Der Jugendausflug für Groß-Berlin hatte für den vergangenen Sonntag im Roadoiter Gesellschaftshaus, Wilsenstr. 24, eine große Jugendfeier für die arbeitende Jugend Berlins veranstaltet.

die Polizei derartigen staatsumstürzenden Veranstaltungen widmet. Und so griff sie denn auch mit der ihr eigenen Wachsamkeit am Sonntag ein und verbot in zwölfter Stunde die Ausführung des Festprogramms, ausgenommen die Festrede.

Die ihr auf harter Erde hauf, Den Höhen fern und fern dem Licht, Hört hin, wie rings ein Sturmwind braust,

Die Untergrundbahn der Berliner Vororte.

Der Eisenbahnminister hat ein warmes Herz nicht nur für die Große Berliner, sondern auch für die Hoch- und Untergrundbahn.

Der Darlegung der Charlottenburger Vertreter, daß das von Charlottenburg geplante Unternehmen den Interessen aller Beteiligten gerecht werde, trat Bürgermeister Peters aus Wilmersdorf unter Zustimmung des Vertreters der landwirtschaftlichen Verwaltung entgegen.

Der Minister fährt aus, daß er seine Förderung nur solchen Unternehmen zu teil werden lassen könne, die sich in ein den Verkehrsbedürfnissen Groß-Berlins Rechnung tragendes Schnellbahnetz zweckentsprechend einfügten und die ferner nicht andere Linien durch Wettbewerb in ihren wirtschaftlichen und finanziellen Unterlagen gefährdeten.

Für seine, des Ministers, Beurteilung des Charlottenburger Planes komme zunächst in Betracht, daß die Stammstrecke der Hoch- und Untergrundbahn dadurch Abzweigungen erhalten würde.

Die finanzielle Grundlagen sowohl dieses als auch etwaiger anderer Schnellbahnunternehmen vor Erschütterung durch einen Wettbewerb zu schützen, der durch Förderung des Verkehrs nicht hinreichend begründet sei, gebiete weniger die Rücksichtnahme auf das Privatkapital, als das öffentliche Interesse, das erfordere, daß auch die mit Privatkapital gegründeten Schnellbahnunternehmen lebens- und erweiterungsfähig blieben.

Ungewöhnlich groß war am Sonntag der Verkehr nach dem Grunewald, Friedrichshagen, Grünau, Tegel usw. Straßenbahnen, Automobilomnibusse, Eisenbahnen usw. waren nachmittags und abends bei der Rückkehr von vielen Menschen wie an schönen Sommertagen überfüllt.

Auf der Döberitzer Heerstraße entwickelt sich der Wagen- und Automobilverkehr immer mehr, zugleich aber auch der Staub, der den Fußgängern das Wandern auf dieser weitenlangen Straße sehr erleichtert. Ein Sprengen der Straße wäre angebracht.

Katholische Propaganda im Irrenhause. Pfarrer Bruno Scheidtweiler in Reinickendorf, mit dessen Seelenfängerei wir uns schon mehrfach beschäftigt haben, erzählt in der „Germania“ einen Ausruf, ihn Mitteilung zu machen in allen Fällen, in denen Katholiken

in der städtischen Irren- und Idiotenanstalt Dalldorf untergebracht werden. Das sei der einzige Weg, durch den er etwas von dem Aufenthalt der Glaubensgenossen in Dalldorf erfahren und die herrschenden unbilligen Verhältnisse bessern könne.

Wir finden es durchaus richtig, daß die städtische Irrenhausverwaltung in Dalldorf den allzu regen Verkehr katholischer Geistlicher mit Geisteskranken und besonders mit Idioten nach Möglichkeit unterbindet, da in dieser Beziehung früher, als die Geistlichkeit im Irrenhause noch freies Terrain hatte, recht able Erfahrungen gemacht worden sind.

Gewerbeinspektionsbezirke. Am 1. April 1909 wird für den Landespolizeibezirk Berlin eine neue Gewerbeinspektion mit dem Amtssitz in Rixdorf errichtet.

1. Gewerbeinspektion Berlin C., NO. 18, Elisabethstraße 50-51, umfassend die Polizeireviere 1, 2, 12 bis 16, 19 bis 21, 27, 38 und 40.

2. Gewerbeinspektion Berlin SO., SO. 26, Dranienstraße 14, umfassend die Polizeireviere 25, 26, 29, 43, 49, 53 bis 55, 70, 79, 86 und 87.

3. Gewerbeinspektion Berlin SW., W. 30, Schöneberg, Eisenacher Straße 87-88, umfassend die Polizeireviere 3, 31 bis 37, 39, 56, 63, 71, 73 und 77 und die Stadtfreie Schöneberg und Dt.-Wilmersdorf.

4. Gewerbeinspektion Berlin W., Charlottenburg IV, Schellstr. 64 (vom 1. Oktober 1909 ab: Westend, Kastanienallee 22), umfassend die Polizeireviere 4, 64, 74 bis 76, 83, 84, 100 und 104 und den Stadtkreis Charlottenburg.

5. Gewerbeinspektion Berlin N., N. 20, Brinzenallee 88, umfassend die Polizeireviere 9 bis 11, 17, 46, 50, 59 bis 62, 88 bis 90, 97, 99 und 100.

6. Gewerbeinspektion Berlin NW., N. 39, Müllerstraße 159a, umfassend die Polizeireviere 5 bis 8, 57, 58, 69, 82, 91, 101, 107 und 112.

7. Gewerbeinspektion Berlin NO., NO. 18, Elbinger Straße 19, umfassend die Polizeireviere 18, 51, 68, 80, 81, 92, 98, 105, 106 und 113.

8. Gewerbeinspektion Berlin O., O. 34, Warschauer Straße 70, umfassend die Polizeireviere 22 bis 24, 44, 45, 52, 65, 66, 93 bis 96, 102, 103, 108, 110 und 111, den Stadtkreis Lichtenberg und die Landgemeinde Boxhagen-Rummelsburg.

9. Gewerbeinspektion Berlin S., S. 53, Gneisenaustr. 55, umfassend die Polizeireviere 28, 30, 41, 42, 47, 48, 67, 72, 78 und 85.

10. Gewerbeinspektion in Rixdorf, Germannstr. 74, umfassend den Stadtkreis Rixdorf.

Eine internationale Balkonwettfahrt will der Berliner Verein für Luftschiffahrt schon wieder veranstalten, und zwar am 20. Mai, am Himmelfahrtstage. Wieder ist die Stadt Berlin angegangen worden, daß zur Füllung der Ballons nötige Gas von etwa 5000 Kubikmeter mmentlich zu liefern.

Die pathologisch-anatomische Anstalt des Krankenhauses Noobit soll umgebaut und erweitert werden. Die Kosten dafür hat der Magistrat bereits in Höhe von 200 000 M. bewilligt.

In dem orthopädisch-chirurgischen Institut von Dr. Blumenthal und Professor Dr. Hilbrandt, Alexanderstr. 36a (am Alexanderplatz), werden wochentäglich von 12-1 Uhr poliklinische Sprechstunden für Unbemittelte abgehalten.

Ein Schlafstellerschwindler betreibt seit einiger Zeit in den nördlichen Vororten sein Unwesen in großem Umfange. In den letzten 14 Tagen sind nicht weniger als 23 Anzeigen über Schlafstellerschwindler, die sämtlich auf ein und dieselbe Person zurückzuführen sind, bei der Polizei eingelaufen.

Wie man häufig zu einem Mittagessen kommen kann, zeigte ein unbekannter Bekannter in der Rosenthaler Straße. Bei einem Gastwirt lebte dort ein Mann mit zwei gutgekleideten Anaben von 13 und 14 Jahren ein und bestellte dreimal Kalbsbraten und drei Glas Bier.

Bergweissungstaten. In seiner Wohnung Schönebergstr. 19 beging in der Sonntagsnacht der 60jährige Portier August Hilbig Selbstmord, indem er sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe jagte.

Nach dem Unfall außerstande, seine aus sechs Köpfen bestehende Familie vor Not zu schützen. Aus Verzweiflung verließ der Bedauernswerte in eine Geistesanstalt, die zuletzt in Maferei ausartete, so daß er in eine Irrenanstalt übergeführt werden mußte.

**Unfälle im Straßenverkehr.** Vier schwere Straßenunfälle, die durch Automobilunfälle herbeigeführt wurden, sind vom Sonntag zu melden. An der Ecke der Wildnauer und Drehschraube lief das 34-jährige Mädchen Johanna des Auswärtigen Emil Hensle aus der Rathenower Straße 24 direkt in eine Kraftmaschine hinein und wurde überfahren. Mit einem schweren Schädelbruch blieb das Kind auf dem Fahrdamm liegen. Es wurde nach dem Krankenhaus Moabit geschafft. — Der zweite Unfall ereignete sich am Heiligenplatz in Wilmersdorf. Dort geriet der 20-jährige Hausdiener Walter Selge aus der Lindenwalder Straße 7 unter die Räder eines vorbeifahrenden Automobils. Nachdem der Verunglückte auf der Rettungswache der Feuerwehr die erste Hilfe erhalten hatte, erfolgte seine Überführung nach dem Kreiskrankenhause Groß-Lichterfelde. Er hat neben inneren Verletzungen auch einen Armbruch davongetragen. — Der dritte Unfall passierte an der Ecke der Gollnow- und Landsberger Straße. Hier wurde der 40-jährige Kaufmann Oskar Bernhardt aus der Eisenacher Straße 84 von einer Automobilmaschine umgerissen und zu Boden geschleudert. Der Verunglückte wurde auf der Unfallstation in der Weibstraße verbunden, wo die Verletzungen durch einen Chirurgen untersucht wurden. Ein anderer Passant, der bei dem Unfall ebenfalls mit zur Erde fiel, kam mit Hautabschürfungen davon. — Ueber eine folgenschwerere Automobilkatastrophe, die sich in der Tiergartenstraße ereignete hat, wird uns folgendes berichtet: Ein Militärautomobil, das von einem militärischen Chauffeur geführt wurde und in dem sich ein Major befand, hatte in etwas beschleunigtem Tempo die Tiergartenstraße befahren. An der Ecke der Matzkestraße versuchte eine unbekannte, etwa 45 Jahre alte Frau nach kurz vor dem herankommenden Automobil den Fahrdamm zu kreuzen. Der Chauffeur sah wohl sofort die große Gefahr, in der sich die Passantin befand und bremste mit aller Gewalt. Er konnte aber leider nicht mehr verhindern, daß die Unbekannte von den Vorderrädern des Kraftwagens erfasst und zu Boden geschleudert wurde. Durch das unermutete Halten kam es dann auch noch zwischen dem Automobil und einer nachfolgenden Taximeterdroschke, in der ein Professor saß, zu einer Karambolage. Durch umherfliegende Glassplitter wurde der Major im Gesicht nicht unerheblich verletzt. Die überfahren Frau mußte in beschleunigtem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden. Ihr Zustand ist hoffnungslos. — Ein schwerer Zusammenstoß, bei dem fünf Personen verletzt wurden, ereignete sich in der Sonntagsnacht an der Ecke der Prenzlauer und Hirtensstraße zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Omnibus. Beide Wagen kamen aus entgegengesetzter Richtung und kollidierten dadurch, daß der Omnibus ins Schleudern geriet. Der Anstoß war so stark, daß der Omnibus (Linie 33) fast vollständig zertrümmert wurde. Sämtliche Scheiben flogen fliegend auf den Fahrdamm. Nach dem Unfall meldeten sich fünf Personen als Verletzte. Der Kaufmann Karl Birnig aus der Rantstr. 20 erlitt eine Stirnwunde, ebenso ein Fräulein Emma Wille aus Lichtenberg. Die 20-jährige Tochter des Gemeindefunktionärs Guttsche aus der Prenzlauer Allee 27 hatte Schrittwunden davongetragen, während der Vater Walter aus der Jannauerkirchstr. 57 und der 17-jährige Sohn Waldemar des Lehrers Wünsche aus Charlottenburg Kopfverletzungen aufwiesen. Alle fünf Personen konnten nach Anlegung von Verbänden in ihre Wohnungen entlassen werden. Der zertrümmerte Omnibus wurde nach dem Depot 3 in der Marienburger Straße transportiert.

**Ein brennender Wagen im Tunnel.** Ein Leser schreibt uns: Als am Sonntagmorgen 6 1/2 Uhr ein Wagen der S-Bahn den Tunnel von Treptow nach Stralau passierte, schlugen plötzlich mitten im Tunnel die Flammen aus dem Fußboden des vorderen Wagens. Die sich herausstellte, war die Sicherung durchgebrannt. Trotz des gewaltigen Qualms entstand glücklicherweise keine Panik, die innen sitzenden Fahrgäste retirierten nach den schon vorbezeichneten Perrons. Fahrer und Schaffner wollten nunmehr eine Bleisicherung anlegen, schienen aber eine solche im ganzen Wagen nicht zu finden. Erst nach längerem unheimlichen Warten holte ein anderer Wagen von Stralau her den immer noch brennenden Wagen aus dem Tunnel. Sollte keine Vorkehrung getroffen, daß die Wagen Hilfsmittel, wie Not-Bleisicherungen usw. mitführen, oder liegt hier eine Mummelerei vor? Es ist ja zwar alles noch glücklich abgelaufen, es hätte aber auch anders ausfallen können.

**Bei der Rückkehr von einem Ausflugszuge ist Sonntagabend die 21 Jahre alte Anna Hoppe schwer zu Schaden gekommen.** Das junge Mädchen holte auf einem Zweirad einen größeren Ausflugsunternommen und kehrte gegen 7 Uhr abends nach Hause zurück. Sie wollte in das Haus Keanderstraße 32 hineinfahren und radeelte unmittelbar vor einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagen der Linie 37 auf das Gleis. Hierbei stürzte die S. mit der Maschine und geriet unter die Vorderplattform des Motorwagens. Die Verunglückte erlitt innere Verletzungen und wurde nach dem Urban-Krankenhaus übergeführt.

**Aus der vierten Etage aus dem Fenster gekürzt ist gestern mittag gegen 1 Uhr der 4 Jahre alte Sohn Erwin des Maschinenbauers Hahnert aus der Hauptstraße 59.** Der Knabe befand sich zur genannten Zeit für wenige Augenblicke allein in dem Wohnzimmer der Eltern und benutzte die Gelegenheit, um auf einen am dem offenen Fenster stehenden Stuhl zu steigen. In diesem Moment kehrte die Mutter zurück und rief den Kleinen an. Der Junge, der gerade im Begriff war, aus dem Fenster hinauszufahren, drehte sich um, verlor das Gleichgewicht und stürzte raddlings zum Fenster hinaus auf den gepflasterten Hof hinab. Mit schweren inneren und äußeren Verletzungen wurde das Kind nach der Unfallstation in der Lindenauer Straße gebracht, wo jedoch nur der bereits eingetretene Tod des Knaben festgestellt werden konnte.

**Radrennen in Treptow.** Bei schönem Frühlingswetter und demzufolge sehr gutem Besuch fand am Sonntag die Eröffnung der diesjährigen Rennsaison statt. Das Programm bot neben Plegerrennen nach 50 Kilometerrennen, in dem Pryzrembel, Rosenlöcher und H. Schulze die alten Stammleute der kleinen Treptower Bahn, um die Siegespalme stritten. Schon zu Beginn des Rennens gab es einen langen Kampf um die Führung zwischen Schulze und Pryzrembel, der sich zugunsten des letzteren entschied. In guter Fahrt blieb der Abstand zwischen beiden nur ein minimaler, da Schulze gelegentliche Vorstöße machte. Rosenlöcher fiel gleich zu Anfang auf den dritten Platz und machte auch keinen Versuch, seine Stellung zu verbessern. Beim 50. Kilometer lag Schulze 150 Meter hinter dem Berliner und Rosenlöcher bereits 250 Meter. Nun gab der Motor von Pryzrembel Reklamation und ehe der Fahrer einen Ersatzmotor bekam, rückte Schulze an die erste Stelle, die er nun bis zum Schluß behielt und seine beiden Gegner nach Gefallen überhandelte, da Pryzrembel trotz öfteren Motorwechsels nicht mehr auf die Beine kam. Unter reichem Beifall fuhr Schulze seine Ehrenrunde. — Die Plegerrennen wiesen starke Reize auf und besonders das Prämienfahren, das von mehr als 30 Fahrern bestritten wurde, bot ein farbenreiches, belebtes Bild. Die Ergebnisse sind: 50 Kilometer: 1. A. Schulze 49 Minuten 44 1/2 Sekunden; 2. H. Pryzrembel, 2:00 Meter; 3. Rosenlöcher, 50:00 Meter. Hauptfahren: 1. Stabe, 2. Teyslaw, 3. Sterba, 4. Hamann. Reklamationen: 1. Stabe, 2. Schwente, 3. Lybus. Prämienfahren: 1. Stabe, 2. Trinks, 3. Sterba.

**Der Deutsche Transportarbeiter-Verband bittet um Aufnahme folgender Notiz:** Dem Moskauer Wilhelm Knack, Zeltower Str. 48, ist am Sonnabend auf dem Bahnhof Wartenberg ein Winterjoppe gestohlen worden, in der sich sein Verbandsbuch Nr. 6884 vom Deutschen Transportarbeiter-Verband, eingetragenen am 12. Mai 1905, übergeben von der Deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft am 2. September 1906, befand. Falls das Tuch irgendwo vorgezeigt werden sollte, bittet der Eigentümer dasselbe sofort anhalten zu wollen.

**Gelegentlich der Urania-Vorstellung des Nummelsburger Wahlvereins am 28. März ist eine Krautwattennadel in Form einer**

Schlinge verloren worden; der eventuelle Finder wird gebeten, dieselbe in der „Vorwärts“-Expedition, Alt-Vogelagen 56, gegen Belohnung abzugeben.

**Feuerwehrrachrichten.** Die böswilligen Alarme wollen kein Ende nehmen. Am Sonnabendabend nach 8 Uhr wurde der 19. Zug böswilligerweise nach der Königgrüzer Straße alarmiert. Fast gleichzeitig erfolgten Alarme nach der Lübecker Straße 51 und Brunnenstraße 151, wo in einem Keller Kisten mit Malolatur und anderes sowie ein Schornstein brannten. Ein zweiter Kellerbrand mußte in der Magazinstraße 17 gelöscht werden. Dort waren Papierabfälle in Brand geraten. In der Nacht zum Sonntag brannten in einer Wohnung in der Ballner-Theaterstraße 45 ein Hängeboden, alter Hausrat, Fußboden, Schaldecken usw. und um Mitternacht in einer Wohnung in der Straußenstraße 13 Papiergirlanden, Lampions und anderes. Am Sonntag wurde mit Erfolg ein Sauesstoffapparat bei einem Kranken in der Schillstraße 8 demont. In der Comphausenstraße 21 mußte ein kleiner Wohnungsbrand gelöscht werden. Der 16. Zug hatte in der Thurnehertstraße 7 zu tun, wo das Zwischengehäll brannte und aufgerissen werden mußte. Auf dem Ostlicher Güterbahnhof stand ein Waggon mit Pechkloben in Flammen und in der Barnimstr. 21 wurden Möbel ein Raub der Flammen. Wegen eines Kleidenbrandes rückte der erste Zug nach der Raabestr. 1 aus. Der 17. Zug hatte am Sonntagabend längere Zeit in der Kommandantenstr. 77/79 zu tun, wo auf der Treppe Feuer ausgebrochen war, das große Beunruhigung hervorgerufen hatte.

In der Nacht zum Montag kam in der Alexandrinenstr. 87 Feuer aus, das Pechkloben erfasste. Die Qualmentwicklung war so enorm, daß die Feuerwehr beim Vorgehen einen Rauchschuttschirm benutzen mußte. Gleichzeitig brannten Hagelberger Str. 20 Gardinen und anderes. Der 11. Zug hatte in der Gleimstr. 7 zu tun, wo in einem Wäckerleer Holzwohle und anderes brannte. Am Waisenhaus in der Wiesenstraße hatte sich trockenes Gras entzündet. Außerdem liefen noch Alarme aus der Lorgingstr. 7 und Solmsstr. 83 ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Nigsdorf.

Die Stadtverordnetenwahl am 17. Bezirk. Heute Dienstag, den 30. März, findet in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends statt. Unseren Wählern bringen wir untenstehend noch einmal die Einteilung des obigen Wahlbezirks, das Wahllokal und den von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten zur Kenntnis. Der 17. Bezirk umfaßt die Berliner Str. 82-81, Woddingplatz, Woddingstr. 1-22 und 42-66, Erlanger Straße, Jägerstr. 1-40 und 66-81, Jarstraße, Rainger Str. 27-36, Münchener Str. 1-18 und 36-55a, Redarstraße, Reutersstr. 1-8 und 89-98. — **Wahllokal:** Albertstraße, Münchener Str. 3 („Waidmannslust“). Kandidat ist: Emil Kloth, Gewerkschaftsbeamter, Teupiger Str. 98.

**Arbeiter! Parteigenossen! Vereint möglichst alle Stimmen auf unseren Kandidaten und zeigt den Wahltreuhäubern, daß die dritte Abteilung zum sicheren Besitz der Partei gehört.** Diejenigen Genossen, welche bei der Wahl tätig sein wollen, können sich um 9 Uhr morgens im Lokale von Wilmel, Münchener Str. 10, einfinden. Das Wahlkomitee.

### Schöneberg.

Die hiesige Feuerwehr hatte am Sonntag einen Ladenbrand in der Schwabischen Straße 16 zu löschen, der angeblich durch Unvorsichtigkeit entstanden sein soll. Es gelang, den Ladenbrand zu lokalisieren.

Die **Neuwahlen des Arbeiterausschusses** wurden am Freitag von den in den hiesigen Betrieben beschäftigten Arbeitern vollzogen. Trotz der lebhaften Agitation des blauen Vereins der Straßenreiniger stieg die Liste der in dem Verband der Gemeindearbeiter organisierten Kollegen. Ebenso verlief die Wahl der im Gärtnerbetriebe Beschäftigten. Auch im Hoch- und Tiefbau wurden die vom Verbands ausgetretenen Kollegen gewählt. Nur die Arbeiter der Kanalisation und des Friedhofes sind noch nicht zur Erkenntnis ihrer sozialen Pflicht gekommen. Zum Teil ist es den Treibern eines früheren Verbandes gelungen zu verhindern, daß in diesen Betrieben die Liste des blauen Vereins durchkam. Die von Beamten das geheime Wahlrecht verstanden wird, lehrt folgendes: Ein Beamter des Pumpwerkes teilte dem Wahlleiter mit, daß ein Arbeiter von der Beschäftigung nicht abkommen könne, der Stimmentzettel des Parteifreunden befinde sich im Kuvert. Der Leiter entnahm aus dem Kuvert den Stimmentzettel, steckte ihn in die Urne, worauf die Wahl ihren weiteren Verlauf nahm. Einer der Verbandskollegen kam in die Stichwahl, darauf ging ein ehemaliger Angehöriger des Verbandes zum Leiter und erklärte: Der in der Stichwahl Stehende käme für sie nicht in Betracht. Der Leiter teilte mit, daß dieser Arbeiter dann aus der Stichwahl ausscheidet. Wegen dieses Verfahrens ist Protest eingelegt. Gewählt sind von den im Verbands organisierten Straßenreinigern 2 nebst 2 Erfahrenen, von den Gärtnern 1, Hoch- und Tiefbau 1. Der blaue Verein ist vertreten bei der Kanalisation mit 2 und beim Friedhof mit 1 Vertreter. Auch die Frauen beteiligten sich lebhaft an der Wahl.

### Steglitz.

Der 6 Millionen-Etat unseres Dorfes ist nun auch endlich unter Dach gebracht. So lange die Aufstellung auf sich warten ließ, so schnell wurde unsere Gemeindevertretung mit der „Veratung“ fertig: in 1 1/2 Stunden war die Arbeit erledigt. Trotzdem die Bilanzierung nur durch Heranziehung von Reserve in Höhe von 300 000 Mark zu erreichen war, meinte der Bürgermeister, es liege kein Grund zum Beschlusse vor. Sein Trost ist, daß es anderen Orten, z. B. Nigsdorf, noch schlechter geht wie uns. Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer bleibt wie bisher 100 Proz., die Gewerbesteuer ist sogar noch für die 1. und 2. Klasse von 175 auf 160, für die 3. und 4. Klasse von 185 auf 110 Proz. ermäßigt worden. Ungeheure Zuschläge erfordert unser Schulwesen: rund 828 000 M., also noch 3000 M. mehr als der gesamte Ertrag der Gemeindeeinkommensteuer, die mit einem Soll von 825 000 M. eingestuft ist. Auf die höheren Schulen entfallen rund 382 000, auf die Gemeindefschulen 417 000 und auf die Fortbildungsschule 28 000 M. Die Zahl der Schüler betrug am 1. Oktober 1908 in obiger Reihenfolge 2333, 3812 und 407. Der Zuschlag der Gemeinde für jeden höheren Schüler ist gestiegen von 76 M. im Jahre 1900 auf 184 M. im Jahre 1908, dagegen der für den Gemeindefürher nur von 70 auf 94 M. Die Armenlasten stiegen in demselben Zeitraum von 0,97 auf 1,63 M. pro Kopf der Bevölkerung, die Schulden von rund 6 Millionen auf 17 Millionen Mark im Jahre 1908, denen allerdings ein Vermögen in fast derselben Höhe gegenübersteht. Zur Einrichtung einer Rettungswache sind 500 M., für Kinderspielplätze 600, Volksbibliothek 500 und zur Heilung von Augenkranken 1500 M. in dem Etat vorgesehen. Mit der Bereitstellung dieser Summen im Betrage von rund 3000 M. im Rahmen eines 6-Millionen-Etats hat unsere Gemeindeverwaltung den Beweis erbracht, daß sie die sozialpolitischen Aufgaben einer Gemeinde von 50 000 Einwohnern voll und ganz begriffen hat. Leider ist die Gemeindevertretung völlig sozialunrein; es war daher der arbeitenden Bevölkerung nicht möglich, auf frischer Tat den Dank für die rührende Fürsorge abzusprechen. Hoffentlich wird der geplante Fadelzug mit Huldigung vor dem Rathaus als ausreichender Ersatz bewertet.

### Groß-Lichterfelde.

Aus der Gemeindevertretung. Die letzte Sitzung, in der neben einer Reihe anderer Beratungsgegenstände auch der Etat in der zweiten Lesung mit dem Antrag auf Erhöhung der Grundsteuer von 3 Promille auf 4 1/2 Promille zu erledigen war, dehnte sich bis 11 Uhr abends aus. — Die von der Gemeinde übernommene Kramersche Mädchenschule wird von der Regierung erst als eine höhere anerkannt, wenn die von ihr geforderten Bedingungen über die Besoldung des Lehrpersonals und die Versorgung der Witwen

und Waisen erfüllt sind; die ursprünglich in Aussicht genommenen Ermäßigung der Schulgebühren von 30 auf 20 M. an den höheren Lehranstalten muß unterbleiben; die höhere Summe von 30 M. bleibt bestehen.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen wurde zur zweiten Lesung des Etats geschritten, und zwar zuerst der Spezialetat. Bei dem Vollständigkeitsbericht bemerkte Gemeindevorsteher Schulz, daß erst nach endgültiger Annahme des Lehrerbefolgungsgesetzes bestimmte Dispositionen über die Verteilung der Gehaltsberechnungen getroffen werden könnten; im übrigen solle an den diesbezüglichen Ausgaben gegenüber dem Vorjahre nicht geteilt werden. Ueber die Frage der Teuerungszulage wird die Subkommission in den nächsten Tagen beraten.

Die Etats der Gemeindebegehrnisse, der Gemeindebedarfs- und Schwimmanstalt, Stiftungen und Fonds wurden ohne Debatte genehmigt. Beim Etat des Viehsteuergutes Werten wurden hauptsächlich dessen geringe Erträge von den Gemeindevorstern Jaeger und Frause bemängelt und die Verpachtung des für die Versteigerung nicht notwendigen Teiles des Gutes gefordert. Gemeindevorsteher Schulz erklärte diese Verpachtung für unangebracht und glaubt, daß die finanziellen Erträge des Gutes sich später bedeutend bessern werden. Ein Antrag Jaeger, die Kanalisationsgebühren von 2 1/2 auf 3 Proz. zu erhöhen, um dadurch die Grundsteuererhöhung für unbedeute Grundstücke zu beseitigen, wurde abgelehnt.

Die darauf folgende Lesung des Hauptetats ging im Eiltempo vor sich; vor gründlichen Debatten und sachgemäßer Kritik hat man in Lichterfelde einen förmlichen Abscheu.

Die einzelnen Titel wurden rasch erledigt. Für eine spätere Verrückung der Nachwächter, die ebenfalls besprochen werden, spricht sich Schöffe Lange aus. Eine umfangreiche Diskussion entspann sich über die Erhöhung der Grundsteuer, die jedoch keine neuen Momente zutage förderte. Ein Antrag Jaeger, von einer Erhöhung der Grundsteuer abzusehen und dafür die Einkommensteuer zu erhöhen, wurde abgelehnt und die erhöhte Grundsteuer mit 4 1/2 Promille für unbedeute Grundstücke angenommen.

Für die Abkündigung der Grundsteuer stimmte auch der Vertreter des Mietervereins, Grundbesitzer Löfflermeister Engelmann.

Aufgestimmt wurde der Gründung eines Steuerausgleichsfonds. Der nunmehr vorliegende Etat nebst den Nebenatais umfaßt nahezu 3 Millionen Mark.

Unter den dauernden Einnahmen sind als direkte Steuern aufgeführt: Einkommensteuer 110 Proz., 816 200 M., Grundsteuer 4 1/2 Proz., 609 000 M., Zuschläge zur Gewerbesteuer und Betriebssteuer 51 100 M., Umfassener 1 Proz. für bedeute, 1 1/2 Proz. für unbedeute Grundstücke 120 000 M., Wertzuwachssteuer 50 000 M., Luftverkehrssteuer 6000 M., Hundsteuer 23 000 M., Viehsteuer 24 000 M.

Unter den dauernden Ausgaben befinden sich: für Straßenbau und -unterhaltung 104 947 M., Straßenbeleuchtung 73 510 M., die jährlichen Kosten der Geschäftsführung betragen 34 000 M., die persönlichen Kosten der Geschäftsführung 307 492 M., die 27 Nachwächter der Gemeinde erhalten zusammen die ungedeckte Summe von 18 284 M. pro Jahr, das ist durchschnittlich 676 M., Gewerbegericht und Kaufmannsgericht erfordern 960 M., bezw. 600 M., die Zuschüsse der Gemeinde zu den höheren Lehranstalten und eine private höhere Mädchenschule betragen 157 000 M., für die Volksschulen 251 949 M., die Ausgaben für die Armenpflege sind mit 60 250 M. eingestuft. Die Verzinsung und Amortisation der Gemeindefuld erfordern 462 478 M.

Der Vermögensausweis der Gemeinde ergibt eine Summe von 11 012 848 M.

### Treptow-Daumenschulweg.

Der 14-Uhr-Ladenstich tritt nach einer Bekanntmachung des Amtsvorstehers diesen Donnerstag, den 1. April, in Kraft.

### Nummelsburg.

In der heute Dienstag nachmittags 5 Uhr beginnenden Gemeindevertretung findet die Spezialberatung und endgültige Beschlussfassung des Gemeindeetats pro 1909 statt. Die Finanzkommission, die den ihr von der Gemeindevertretung zur Vorbereitung überwiesenen Voranschlag in drei längeren Sitzungen eingehend erörtert hat, unterbreitet der Gemeindevertretung im großen und ganzen nur unwesentliche Änderungsvorschläge, insonderheit sind alle von unsrerem Vertreter beantragten Erhöhungen der für die Einrichtungen in sozialer Fürsorge eingesetzten Mittel von den bürgerlichen Herren geschlossen abgelehnt worden. Eine Erhöhung soll nur die Position Ferienkolonie von jetzt 3250 M. auf 4000 M. erfahren. Die hauptsächlichsten Änderungsvorschläge betreffen die Erhöhung der Beamtengehälter im Gesamtbetrag von etwa 11 000 M. wie die Aufbesserung der Arbeiterlöhne im Gesamtbetrag von etwa 5000 M., gleich 1-2 Pf. pro Stunde. Ferner wird beantragt Aufhebung der Befehlsgebühren in der Volksbibliothek und Ablehnung der Anstellung eines hauptamtlichen Schulleiters an der Fortbildungsschule.

Zeit unstritten wird die beantragte Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer von 100 Proz. auf 125 Prozent werden — haben doch die Vogelhagener Hausbesitzer ihren Einfluss auf die Verabschiedung der 100 Proz. nicht nur auf ihre Leute in der Gemeindevertretung ausgeübt, sondern ihn auch beim Landrat nicht unversucht gelassen. Zum Ueberflus wurde auch noch gestern abend zu diesem Zweck eine von geladenen Interessenten besuchte Versammlung abgehalten.

### Friedrichsfelde.

In einer auf besuchten öffentlichen Versammlung sprach Genosse Binsler die hiesige Gemeindepolitik. Einleitend bemerkte der Redner, daß die Einwohnerschaft mehr Interesse für die Politik der Gemeinde zeigen möchte; er forderte daher die Versammelten auf, zu den Sitzungen zu erscheinen, um dort ein richtiges Bild von der Tätigkeit der Gemeindevertreter zu erhalten. Alsdann ging Redner die einzelnen Positionen des Etats durch. An vielen Beispielen zeigte er, daß auf dem Gebiete der Volksschule, der Wohnungshygiene, des Armenwesens die bürgerliche Mehrheit auch rein gar nichts getan habe. Entschieden wandte sich der Redner gegen eine Vermehrung der Polizei, die nur eine unnütze Mehrbelastung des Gemeindefadels bedeute. Man solle nur die Polizei von der überflüssigen Bewachung sozialdemokratischer Versammlungen verschonen, dann belasse man dieselbe auch frei für unsichere Gegenden. Die unbedeutenden Vändereien seien stärker zur Steuer heranzuziehen. Für die Luftbarkeitssteuer der Rennbahn in Karlshorst sei er, Redner, zu haben; es wäre das eine Minderleistung der aufgewendeten Kosten für Polizei und Straßenbau. Die Versammlung lobte durch reichen Beifall die Ausführungen des Redners. In die Diskussion griff Genosse Gronwald ein. Er kritisierte heftig die Vergeltung des Arbeiterturnvereins, dem die Benutzung der Turnhalle vorenthalten wird. Mit der dringenden Aufforderung an die Versammelten, sich fester denn je der Organisation anzuschließen, wurde die Versammlung vom Genossen Schwent geschlossen.

### Ober-Schöneweide.

Ergebnis der Aufklärung in der Fortbildungsschule. Am heutigen Dienstag hält Herr Dr. med. Christaller in der 2. Gemeindefürsorge für die abgehenden Schüler der Volkshochschule einen Vortrag über sexuelle Aufklärung. Es ist dies in Verfolg der Beschlüsse der Gemeindevertretung der erste Versuch in dieser Hinsicht. Bei der Aufklärung sollen sich die Vorträge regelmäßig wiederholen. In gleicher Folge sollen auch von einem Fachmann Vorträge über Gewerbehygiene gehalten werden.

### Bankow.

Die Neuwahlen für die in der dritten Abteilung niedergelegten zwei Mandate finden, wie gestern abend gemeldet wurde, am 10. April statt. Es bleibt für unsere Genossen also nicht mehr allzu lange Zeit übrig, um die Vorbereitungen für die Wahl in die Wege zu leiten.



# Die Internationale Luftschiffahrt - Ausstellung

Frankfurt a. M. 1909

Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Taunusstr. 1

hat vielfachen Wünschen entsprechend den Anmeldetermin vom 1. April auf den 1. Mai hinausgeschoben. Zu den 11 Gruppen (Ballons und Ballonfabrikation, Motorballons und Zubehör, Militärluftschiffahrt, Signaldienst für Ballons, Gasfabrikation und Kompression, Wissenschaft der Luftschiffahrt, Feinmechanische und physikalische Apparate, Ausrüstungen usw. für Ballonfahrer, Flugapparate und Drachen, Motore und Zubehör, Kunstgegenstände) ist als zwölfte eine Gruppe für Spielsachen (auf Luftschiffahrt bezüglich) hinzugefügt worden. 53/18

## Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.

Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)

Donnerstag, den 1. April 1909:

## Sherlok Holmes.

Engl. Detektiv-Komödie in 4 Akten.

Anf. d. Vorst. 8, Schlussführung 7 Uhr.

Koncert 7 1/2 Uhr.

Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Sonntag, den 4. April: **Sherlok Holmes.**

## Theater Variété Brillant

(City-Passage)

Dresdener Str. 52/3 Annonc. 42/3

Täglich: Auftreten von nur er-  
stklassigen Spezialitäten bei gänzlich  
freiem Entree, auch Sonntags.

Sonntag und Sonntag  
nach der Vorst.: **Gr. Feiertanz-  
Kinematograph.**

## Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger.

Zum 141. Male:

**Der Kompanieball**

Anfang wochentl. 8 Uhr,  
Sonntags 7 Uhr.



Gustav Behrens-Theater.  
Goltzstr. 9.

## Das verlebte Pensionat

Operette

**Stöpkés Brautfahrt**

und die übrigen erstklassigen  
Spezialitäten.

Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

## Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruch-  
bandagen, Leibbinden, Ge-  
räthaltern, Spritzen, Suspensorien  
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-  
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant  
für Oel- und Oel-Brantfässlein.

Berlin N.,

fest Lothringer Straße 60.

Alle Bruchbänder mit elastischen Be-  
loten, angenehm u. weich am Körper.

Blumen- und Franzbinderei

von Robert Meyer,

nur Mariannen-Straße 2.

## Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog

Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. n.

H. Unger, Gummiwarenfabrik

Berlin NW., Friedrichstraße 91/92

## Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 5432

Haut- und Harnleiden,

Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

Wochentags 10-2, 5-7.

Achtung! Habe mein Zigarren-  
geschäft von Trede-  
straße 49 nach Elnienstr. 63a ver-  
legt. [6352] A. Frießner.



Unsere echten Biere sind  
überall zu haben.

In Flaschen à 10 Pf.

In Kannen u. Syphons Ltr. 35 Pf.

NO. 18. Tel. VII, 1570, 2088, 3128.

## BÖHMISCHES BRAUHAUS

## Leihhaus

Gegenhehlskafte vorfall. Gold-  
und Silbersachen, Brillanten etc.

Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 I

Ecke Ritterstr.

## H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20

C.

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und  
Volkzeitbräuhaus. — Amt VII, 13799.

Für Damen weibliche Bedienung.

Lieferant für alle Krautfasslein.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke **Kufeke** Nahrung für schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Wir empfehlen unseren Lesern folgende

## Neuerscheinungen:

Jugendgeschichte einer Arbeiterin.  
Von ihr selbst erzählt.  
Mit einem Geleitworte von August Bebel.  
Preis 1.— M.

## Die Glücksbude.

Eine Erzählung

von Ernst Preetzang.

Preis brosch. 2.— M.

[\*] geb. 2.60 M.

Zu beziehen durch die

Expedition des „Vorwärts“

BERLIN SW.,

Lindenstr. 69 (Laden).

## 1000 wertvolle Geschenke

für die Leser dieser Zeitung.

Jeder, der bei uns einen 10

Pfd. Emaille-Eimer Delika-

tes-Pflanzenmilch franko für

M. 2.50, oder einen 10-Pfd.-

Emaille-Eimer künstl. Honig

franko für M. 3.25 oder 8 Pfd.

feinste Delikatess-Margarine

franko für M. 5.— bestellt, er-

hält ein wertvolles Geschenk.

Keine Nebenkosten.

Schreiben Sie sofort, da nur

1000 Geschenke für die Leser

ausgesetzt sind. — Jeder

Besteller erhält einen prak-

tischen Verbrauchegenst. gratis.

Versand-Gesellschaft

Magdeburg 90 Postf. 164.

## Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Fritz Binte, Bauerstr. 89.

Zentrum II: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.

2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchhofstr. 14, Hoch-

partenre.

Süden und Südwesten: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.

3. Wahlkreis: St. Fritz, Brünnstr. 31, Hof rechts part.

4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Rüdigerstr. 3, am

Küstrinerplatz. — Wilhelm Raun, Petersburgerplatz 4 (Laden).

4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kaufherplatz 14/15

(Laden).

5. Wahlkreis: Leo Sucht, Immanuelstr. 12 (Hof).

6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.

Wedding: Karl Weise, Ruzaretschstr. 49.

Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann

Kalke, Adlerstr. 2, Eingang Anhalterstraße.

Gesundbrunn: P. Trapp, Stettinerstr. 10.

Schönhauser Vorstadt: Karl Rave, Ruhenerstr. 123.

Adlershof: Karl Schmarzlo, Hoffmannstr. 9.

Alt-Glienice: Wilhelm Dörre, Rindowstr. 83 II.

Baumgartenweg: D. Hornig, Marienholerstr. 13, I.

Bernau-Röntgenal: Heinrich Proje, Dohlestr. 74, part.

Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohndorf, Ge-

nossenstraße.

Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seifenmeisterstraße 1, Eck

Goethestraße, Laden.

Eichwalde, Zenthen, Hiersdorf und Hankels Ablage:

Fritz Didenburg, Eichwalde, Kronprinzenstr. 81.

Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen, Chaussee.

Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernsee, Schloßstr. 119,

Hof I, in Steglitz; Befehlungen nehmen entgegen in Steglitz:

D. Rohr, Döppelstr. 32, und H. Schellhase, Mornstr. 15a.

Friedrichshagen: Ernst Westmann, Friedrichstr. 67.

Grünau: Franz Klein, Bahnhofsstr. 6 III.

Hohen-Neudorf: Wilhelm Fentzler, Stolperstr. 50 I.

Johannisthal: Bieleke, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.

Karlshorst: Richard Hüter, Ködeltstr. 9, II.

Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Nieder-

lehme, Winkelmännstr. 12.

Köpenick: Emil Wähler, Nieberstr. 6, Laden.

Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto

Seidel, Kronprinzenstraße 4, I.

Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf

Waldenstraße 14.

Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.

Neu-Weißensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.

Nieder-Schöneweide: Paul Bengels, Grünauerstr. 8.

Nowawes: Wilhelm Tappe, Döppelstr. 40.

Ober-Schöneweide: August Henjes, Lanfenerstr. 2, I.

Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Wälden-

straße 30.

Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:

B. Gurjch, Kamelestr. 12, I.

Rixdorf: R. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.

Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56

Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gmostraße 2.

Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden

Spandau: Köppen, Jagowstr. 9.

Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannslust,

Hermisdorf und Reinickendorf-West: Paul Rieck

Borsigwalde, Rauhstraße 10.

Teltow: Wilhelm Rehler, Hohensteinweg 7.

Tempelhof: Albert Zittel, Friedrich Wilhelmstr. 20.

Treptow: Rob. Gramenz, Niebelstraße 412, Laden.

Wilmsdorf-Halensee: Zölle, Sigmaringenstr. 5.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.

Bitte ausschneiden. 245/1\*

**Carmen Sylva**  
Cigaretten  
Beste Qualitäten

**Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken!**  
Berliner **Voigts Krampenburg, Alpen,**  
ist das passende Ausflugslokal! Ausführliche Prospekte und Führer gratis  
Brennerei von Dampf- und Motorbooten!  
Freies Telefon: Amt Köpenick 227. — Hochachtungsvoll **Rob. Voigt.**

## Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.

Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.

fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischer

Quarztrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**

In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Greif-

Apothek, Barnimstraße 33. — Wundgen: Schützen-Apothek. — Stutt-

gart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 110/1\*

**Heizt Kocht Beleuchtet**  
mit

# „DAPOL“

garantiert rein amerikanisches Petroleum.

**DAPOL rußt nicht!**  
**DAPOL gibt eine helle Flamme!**  
**DAPOL verbrennt geruchlos!**

Erhältlich in allen Geschäften, wo das nebenstehende Plakat mit dem Indianerkopf aushängt!

Keine Verwechslung mit österreichischem (galizisch.) Petroleum.

Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine von Groß-Berlin.

Am Sonntag wurde die Generalversammlung im Germania-Saal (Chausseestraße) abgehalten. Außer den Delegierten war eine große Zahl von Zuhörern anwesend.

Den Bericht des Vorstandes

erstattete der Verbandsvorsitzende Eugen Ernst. Er sagte ungefähr folgendes: Konnten wir auf der vorigen Generalversammlung mit Stolz auf unsere Tätigkeit bei den Landtagswahlen zurückblicken, so ist der Bericht, den ich heute zu geben habe, etwas mager. Im Vergleich zu dem ersten Halbjahr des vorigen Jahres war das zweite Halbjahr, auf welches sich mein Bericht erstreckt, eine Zeit der Ruhe, aber doch nicht eine Zeit der Tätigkeitslosigkeit. So wünschenswert manchmal auch die Ruhe sein mag, so erwarten wir doch mit Sehnsucht den Kampf, der uns die Früchte unserer Tätigkeit bringen soll. — Die erste bedeutende Episode unserer Tätigkeit nach der vorigen Generalversammlung war die große Friedensdemonstration, welche am 20. September in der „Neuen Welt“ stattfand, wo eine Deputation englischer Arbeitervertreter eine Friedensadresse überreichte, die von unseren Genossen beantwortet wurde. Am 20. Oktober fanden sechs Massenversammlungen statt, welche sich mit unserer Stellung zum Dreiklassenparlament beschäftigten. An demselben Tage wurde durch Verbreitung von Flugblättern eine Agitation für den „Vorwärts“ entfaltet. Am 13. Dezember wurde ein Flugblatt gegen das persönliche Regiment verbreitet. Keine Zeit, wo das persönliche Regiment wie nie zuvor die öffentlichen Erörterungen beschäftigte, war dazu geeignet wie keine andere. Mit demselben Gegenstand hatten sich schon am 10. November 26 Volksversammlungen beschäftigt. — Am 1. November wurde im „Reinpalast“ eine große Protestversammlung abgehalten. Dort hielt Genosse Adolf Hoffmann die Rede, welche ihm der Präsident des Abgeordnetenhauses im Dreiklassenparlament abgelesen hatte. Bei den Gewerbegerichtswochen am 27. und 28. November glaubten unsere Gegner, die Zersplitterung der Arbeiter in verschiedene Organisationen würde ihnen erhebliche Erfolge bringen. Sie haben sich getäuscht. Es hat sich gezeigt, daß unsere Organisationen kräftig genug sind, um allen gegnerischen Bestrebungen zum Trotz das Feld zu behaupten. Auf Antrag der Verbände der Handlungsgehilfen und der Transportarbeiter waren unsere Genossen in einer Reihe von Vororten mit der Sammlung von Unterschriften für den Achtuhr-Lohn tätig, denn der günstige Erfolg im Polizeibezirk Berlin war hauptsächlich der Arbeit der Parteigenossen zu danken. — Anfang November begann der auf Beschluß des Verbandes veranstaltete Vortragszyklus des Genossen Conrad. Ein anderer Zyklus von Vorträgen, der im Februar dieses Jahres beginnen sollte, mußte wegen Erkrankung der Vortragenden, Genossin Petkin, vertagt werden. Von sonstigen Bildungsbestrebungen sei noch erwähnt die Einsetzung des Jugendauschusses und die Ueberweisung von 5000 M. an die Arbeiterbildungsschule.

Ein Gewaltakt gegen unsere Partei wurde von den bürgerlichen Stadtverordneten in Rixdorf ausgeübt. Der Wahlrechtsraub, den sie ins Werk setzten, hat gezeigt, daß auch in Rixdorf der Bloß der bürgerlichen Parteien seine Macht ausnützte, um die Rechte der Arbeiter zu verkümmern. Unsere Genossen werden aber dafür sorgen, daß die Vertreter des Bürgerturns ihres Raubes nicht froh werden. — Was den Panower Parteikonflikt betrifft, so haben wir alles versucht, um eine gütliche Beilegung desselben zu ermöglichen. Leider war das nicht möglich, doch ist im letzten Augenblick eine Kommission der Panower Genossen an uns herangetreten, um eine Einigung zu erzielen. Wir glauben, daß es gelingen wird, den Konflikt beizulegen und halten deshalb eine Erörterung desselben an dieser Stelle nicht für angebracht.

Die Agitationskommission

lenkte ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf den Ausbau der Organisation in der Provinz. Wir haben jetzt 152 Ortsvereine mit 19 000 Mitgliedern. Die Tätigkeit unserer Partei brachte uns beachtenswerte Erfolge bei den Gemeindevahlen, so daß jetzt 190 Mandate von Gemeindevertretern in unseren Händen sind. Auch sonst wurde eine rege Agitation in der Provinz entfaltet. Der Kalender „Märkischer Landbote“ wurde in 320 000 Exemplaren verbreitet. Auch die „Fackel“ sorgt für die Agitation auf dem Lande. Mit der Ausbreitung der Organisation und Agitation in der Provinz haben sich die Arbeiten des Sekretariats so vermehrt, daß ein zweiter Sekretär angestellt werden mußte. — Die Gegner wenden natürlich alles auf, um unsere Bewegung zu beeinträchtigen. So wird die Saalabtreibung mit allen Mitteln versucht. Kein Mittel ist zu wertvoll, als daß es nicht gegen uns angewandt würde. Auch Behörden haben bei der Saalabtreibung die Hand im Spiele. Die Lokalkommission hat viele Fälle beträchtiger Beeinträchtigungen kennen gelernt.

Auf den Bericht der Preßkommission,

der ja gedruckt vorliegt, will ich nicht näher eingehen. Erwähnt sei nur, daß der „Vorwärts“ 3800 M. für Gerichtslofen zu zahlen hatte, ein Beweis, wie sehr der „Vorwärts“ mit gerichtlichen Verfolgungen bedacht wird. — Eine Folge der wirtschaftlichen Krise ist es, daß der Abonnementstand einen geringen Rückgang erfahren hat. Wenn die Krise vorüber ist und wir mit erneuter Kraft in die Agitation eintreten, werden wir diesen Verlust bald wieder einholen.

Zur Bewältigung der Parteiarbeiten wurden im ganzen Jahre 4 Generalversammlungen, 19 Zentralvorstandssitzungen, 24 Sitzungen des Aktionsauschusses und eine Anzahl Sitzungen der Preß-, Agitations- und Lokalkommissionen abgehalten. 49 Sitzungen wurden mit dem Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission abgehalten und eine große Anzahl anderer Zusammenkünfte. — 801 Referate wurden vermittelt. — An Postfächern und Telegrammen gingen ein 4026 Stück, während 10 011 Stück ausgingen.

Gemeinsam mit der Gewerkschaftskommission berichteten wir eine Arbeit, die eigentlich Aufgabe der Behörden wäre. Das ist die Arbeitslosenzählung.

Nachdem die im vorigen Jahre nach dem Meldesystem vom Magistrat beantragte Zahlung das viel zu geringe Ergebnis von 41 000 Arbeitslosen ergeben hatte, und der Magistrat trotz unserer Vorstellungen auch die neue Zahlung in diesem Jahre wieder nach dem unzulänglichen Meldesystem vornehmen ließ, beantragten wir eine Zahlung mittels Hauslisten, an der 15 000 organisierte Arbeiter mitwirkten. Dah wir diese umfangreiche Arbeit ausführen konnten, ist ein glänzendes Zeugnis für die Schlagfertigkeit der Organisation. Durch diese Zahlung wurden über 100 000 Arbeitslose festgestellt. Diese Zahl bedeutet eine Fülle von Elend. Sie ist eine furchtbare Auflage gegen die heutige Gesellschaft, in der ein kleiner Teil prahlt und schlemmt, während eine große Zahl von Proletariern in Not und Elend zugrunde geht. Sind diese Verhältnisse ein vernünftiges Urteil für die herrschende Klasse, so müssen sie die Arbeiter mahnen, fest zusammenzustehen und zu ihren Organisationen zu halten und einzutreten für unser großes Ziel.

Den Kassenbericht

für das volle Jahr 1908 erstattete Böske. Die Einnahmen sehen sich folgendermaßen zusammen:

Table with financial data: Bestand von 1907, Monatsbeiträge der acht Kreise, Beitragsmarken a 10 Pf. (Männer), Beitragsmarken a 10 Pf. (Frauen), Eintrittsmarken a 10 Pf., Aus den Kreisen (Sammlungen usw.), Diverse Einzelbeiträge, Ueberwiesen von Hünge u. Co., Von den Frauen, Sonstige Einnahmen, Landtagswahl, Diverse. Summa 319 977,99 M.

Ausgaben:

Table with financial data: An den Parteivorstand, die Agitationskommission, Preßkommission, Lokalkommission, Stadt- u. Gemeindebeordneten, Für Druckfachen, Bildungszwecke, Gemischte Unkosten, Prozeß- und Gerichtslofen, Landtagswahl, Verwaltung. Summa 259 503,15 M.

Es bleibt ein Bestand von 60 474,84 M.

Durch einen Vergleich mit den Kassenverhältnissen des Jahres 1907 wies Genosse Böske nach, daß trotz Erhöhung der Beitragsmarken von 5 auf 10 Pf. die Gesamteinnahme um 8881,30 M. zurückgegangen ist. Andererseits ist aber auch eine Minderausgabe von 83 961,80 M. zu verzeichnen.

Berechnet man die von den Kreisen an den Verband gemachten Zahlungen, so ergibt sich, wenn man die Monatsbeiträge sowie die entnommenen Beitrags- und Eintrittsmarken zusammen addiert, folgendes:

Table showing contributions by district: 1. Kreis (711 Mitgl., 4 282,90 M.), 2. Kreis (6 114, 15 000,00 M.), 3. Kreis (2 412, 9 700,00 M.), 4. Kreis (20 967, 55 500,00 M.), 5. Kreis (1 727, 4 178,30 M.), 6. Kreis (25 641, 73 600,00 M.), Teltow-Beeskow (22 192, 17 200,00 M.), Nieder-Barnim (11 105, 17 866,00 M.). Summa 90 889 Mitgl., 196 917,80 M., 2,16 Pf. pro Mitglied.

Teltow-Beeskow kommt hier insofern schlecht weg, als die am Jahresabschluss noch rückständigen Marken ebenso wenig in die Berechnung eingezogen werden konnten als die aus anderen Kreisen. Die inzwischen im Jahre 1909 erfolgten Zahlungen kommen für 1900 in Berechnung.

Die Leistungsfähigkeit der Kreise stellt sich wie folgt:

Table comparing district performance: Kreis, Markenerlöb, Soll zahlen 20 Proz., zahlte, Differenz. 1. Kreis (1 600,50, 320,10, 4 282,90, + 3 962,80), 2. Kreis (13 358,60, 2 671,72, 15 000,00, + 12 328,28), 3. Kreis (6 551,40, 1 370,28, 9 700,00, + 8 329,72), 4. Kreis (51 946,10, 10 389,22, 55 500,00, + 45 110,78), 5. Kreis (4 892,30, 970,44, 4 178,30, + 3 207,96), 6. Kreis (66 030,60, 13 206,12, 73 600,00, + 60 393,88), Teltow-Beeskow (55 989,50, 11 197,90, 17 200,00, + 6 092,88), Nieder-Barnim (26 684,80, 5 336,96, 17 866,00, - 12 029,64), Groß-Berlin (227 313,70, 45 462,74, 196 917,80, + 151 455,07).

Die Abrechnung über die Landtagswahlen zeigt eine Einnahme von 43 087,05 M., eine Ausgabe von 63 519,61 M., es ergibt sich demnach ein Defizit von 20 432,56 M.

Am Schluß seiner Ausführungen verwies Genosse Böske darauf, daß in diesem Jahre größere Ausgaben zu erwarten seien, da wir ja jedenfalls in mehreren Kreisen wieder in die Landtagswahl eintreten müßten, und vielleicht auch vor einer durch Auflösung des Reichstages verursachten Reichstagswahl ständen, deshalb sei es nicht ratsam, den vorliegenden Antrag anzunehmen, welcher die Wons abschaffen will.

Mitgliederbewegung

entnehmen wir dem gedruckten Bericht folgende Angaben: Trotz der Ungunst der Zeiten ist dem Verbands ein Rückschritt, wie solcher leider bei anderen Organisationen der modernen Arbeiterschaft zu verzeichnen war, erspart geblieben.

Table showing membership trends: Kreis, Ende Dez. 1905, Ende Dez. 1906, Ende Dez. 1907, Ende Dez. 1908, darunter männliche Mitglieder, darunter weibliche Mitglieder. 1. Kreis (700, 614, 784, 711, 66), 2. Kreis (3 250, 4 827, 5 292, 6 114, 242), 3. Kreis (2 250, 2 350, 2 542, 2 412, 128), 4. Kreis (Erdbeil) (4 350, 13 834, 19 217, 20 967, 1 712), 4. Kreis (Lil) (4 300, 1 761, 1 704, 1 727, 177), 5. Kreis (1 800, 16 260, 22 821, 25 641, 2 915), 6. Kreis (8 200, 18 377, 20 373, 22 192, 1 713), Teltow-Beeskow (6 060, 6 205, 9 094, 11 105, 649), Summa 41 700, 64 918, 83 427, 90 889, 7 592, Zunahme 23 218, 17 509, 6 442, 7 592.

Die Zunahme ist beinahe ausschließlich auf den Zutritt der weiblichen Genossen zurückzuführen; bei den männlichen Mitgliedern ist das Wachstum der Organisation, wie im Kreisjahre nicht anders zu erwarten, ein geradezu geringfügiges, 850 Personen. Klamm beantragte namens der Revisoren, dem Kassierer Decharge zu erteilen. — Hierauf wurde die

Diskussion

eröffnet. Was führte aus, der „Vorwärts“ schenke der reaktionären Politik nicht genügende Beachtung und unterrichte die Leser nicht hinreichend über die Unterdrückungsmaßregeln gegen die Polen. Das sei aber gerade im Interesse der sozialdemokratischen Agitation unter den polnischen Arbeitern notwendig. Weiter wandte sich der Redner gegen eine Bemerkung im Bericht der Preßkommission, worin gesagt wird, ein Antrag des Vereins polnischer Sozialisten, seine Versammlungen in „Vorwärts“ unter Parteinachrichten regelmäßig bekannt zu geben, sei von der Preßkommission abgelehnt worden und die Antragsteller auf den Vereinskalender verwiesen. Böske bemerkte dazu: Die Ablehnung des Antrages der P. P. S. sei dadurch begründet, daß diese Organisation es abgelehnt habe, in engem Zusammenschluß mit dem Verbands der sozialdemokratischen Wahlvereine zu arbeiten. Nur für die diesem Verbands angehörenden Vereine sei die Rubrik „Parteinachrichten“ eingerichtet. Die außerhalb des Verbandes stehende P. P. S. habe deshalb nur auf den Vereinskalender verwiesen werden können. Weiter hätten der P. P. S. zu jener Zeit nur eine ganz kleine Anzahl der polnischen Parteigenossen angehört, während sich die meisten, nachdem sie infolge innerer Zwistigkeiten aus der P. P. S. ausgeschlossen waren in einem anderen Verein organisiert hätten. Damit war die Debatte über den Vorstandsbericht erschöpft. Der Kassierer wurde einstimmig entlassen.

Vorstandswahl.

Roch dem Statut sind durch die Generalversammlung unmittelbar zu wählen der erste Vorsitzende, der erste Schriftführer und der erste Kassierer. Die Genossen Ernst, Liepmann und Böske, welche diese Ämter bisher bekleideten, wurden per Akklamation ohne De-

batte mit allen gegen drei Stimmen wiedergewählt. — Als Vertreterinnen der weiblichen Mitglieder wurden in den Zentralvorstand die Genossinnen Baader, Matzke, Wengels, Riensch und Thiel gewählt. Ferner wurden die folgenden, in den Kreisen bereits gewählten Vorstandsmitglieder bestätigt: Aktionsauschuh: Woldersky, Schwemke, Pohl, Paul Hoffmann, Friedländer, Radrow, Wollermann, Brühl. — Rechtsmission: Woldt, Weberus, Rob. Dinger, Dächner, Wels, Wittorf, Heinrichs, Dieffgang. — Agitationskommission: Schuster, Rinke, Gehrmann, Fackelbusch, Zucht, Herbst, Fischer (Schöneberg), Jacobson. — Lokalkommission: Bartisch, Schröder, König, Rott, Hahnisch, Henschel, Rohr, Elias. — Aspiranten: Schneider, Mann, Varenthim, Bethke, Theodor Fischer, Rosenow, Gust. Schulze, Lautant, Groger, Otto Hoffmann, Ullm, Rüter, Dehner. — Revisoren: Gust. Schmidt, Klamm, Dobroslaw, Weinmann, Freikreuz. Run folgte die

Statutenberatung.

Hierzu lagen eine Reihe von Anträgen vor, welche durch die Generalversammlung am 23. August vorigen Jahres bereits angenommen wurden, hernach vom Zentralvorstand im Vorlaut festgestellt worden sind und nunmehr der Generalversammlung zur Beschlußfassung vorliegen. Die betreffenden Änderungen des Statuts sind zum größten Teil durch den Beitritt der weiblichen Mitglieder bedingt. Sie sind auch in Nr. 71 des „Vorwärts“ bekannt gegeben.

Eugen Ernst empfahl in kurzen Worten die Annahme der vorliegenden Änderungen.

Ein Antrag der Kreise 1, 5 und Teltow-Beeskow will, daß der monatliche Beitrag der weiblichen Mitglieder des Wahlvereins von 10 auf 20 Pf. erhöht werde.

Siedow, Groger, Frau Thiel, Frau Rürnberg und Zubeil traten für den Antrag ein. Zur Begründung desselben wurde unter anderem angeführt: Was man von dem 10 Pf.-Beitrag erwartet hatte: eine Zunahme der weiblichen Mitglieder, sei nicht eingetreten. Man sehe daraus, daß es auf die Mitgliederzahl keinen Einfluß habe, ob der Beitrag 10 oder 20 Pf. betrage. In der Provinz würden in vielen Orten höhere Beiträge bezahlt wie 10 Pf. Die Frauen selber seien auch für einen Beitrag von 20 Pf., sie fühlten sich als Mitglieder zweiter Klasse, wenn sie nur 10 Pf. zahlen sollten.

Der Antrag, 20 Pf. von den weiblichen Mitgliedern zu erheben, wurde schließlich mit 338 gegen 319 Stimmen angenommen und das Abstimmungsresultat mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Ein vom Genossen Brühl empfohlener Antrag, im Statut zu sagen, daß der monatliche Beitrag für männliche Mitglieder mindestens 30 Pf. betragen soll, wurde abgelehnt.

Ein anderer Antrag des 4. Kreises besagt: Die eingeführten Vortragsabende für Frauen sind einseitlich von der politischen Organisation zu veranstalten und ist zu diesem Zweck der vierte Mittwoch im Monat festzusetzen.

In der Diskussion wurden noch andere Tage für diesen Zweck vorgeschlagen. Die Versammlung beschloß, daß der Zentralvorstand und die Gewerkschaftskommission über die Festsetzung der Frauenabende in Beratung treten.

Die Anträge zum Statut sind damit erledigt. Es folgen „Anderer Anträge“.

Der 2. Kreis beantragt: Die Parteibons für die Zukunft nicht mehr auszugeben.

Während begründete den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die Vertreibung der Wons erhebliche Schwierigkeiten mache. Das Wonswesen sei etwas Unangenehmes sowohl für die Genossen, welche sie vertreiben, als auch für die, welche sie kaufen. Früher, bei den niedrigeren Wahlvereinsbeiträgen sei durch Wons ein erheblicher Teil der Einnahmen erzielt worden. Jetzt sei das Verhältnis ein anderes geworden. Die Einnahme, welche im Jahre 1907 in Berlin durch Wons erzielt wurde, betrage pro Mitglied und Jahr nur 45 Pf. Diese Einnahme könnte durch feste Extrabeiträge leicht eingebracht werden. Theodor Fischer sprach gegen den Antrag. Wenn die Einnahme durch Wons in letzter Zeit nachgelassen habe, so sei daran nicht nur die Krise schuld, sondern auch die Lässigkeit der Parteigenossen. Der Rückgang der Einnahme sollte die Genossen veranlassen, für die Vertreibung von Wons mit dem Eifer einzutreten, der früher obwaltete. Im letzten Jahre seien durch Wons 18 000 M. eingekommen. Nach Lage der Verhältnisse in Berlin könne die Parteiorganisation auf diese Einnahme nicht verzichten.

Hünge und Ad. Schmidt sprachen für, Böske gegen den Antrag. Derselbe wurde dann abgelehnt.

Weiter liegen verschiedenlautende Anträge des 2., 4. und 6. Kreises vor, welche besagen, daß kranken und arbeitslosen Mitgliedern, welche Anspruch auf unentgeltliche Lieferung des „Vorwärts“ haben, das Blatt gegen Zahlung des Bringelohnes ins Haus zu liefern.

Reil, der den Antrag begründete, sagte unter anderem, die Abholung der Freieigenen aus der Expedition sei so umständlich und zeitaufwendend, daß ein Weg gefunden werden müsse, um den arbeitslosen den „Vorwärts“ auf Kosten der Organisation zuzuführen.

Wels bemerkte dazu: Es sei selbstverständlich, daß die Organisation den arbeitslosen so weit wie möglich entgegenkommen und ihre schwere Lage erleichtern müsse. Deshalb habe ja auch die vorige Generalversammlung beschlossen, es solle eine rechnerische Grundlage für die freie Lieferung des „Vorwärts“ geschaffen werden. Diese Grundlage sei leider noch nicht vorhanden. Das sei aber nicht Schuld des Zentralvorstandes, sondern der Genossen, welche mit der Beschaffung des Materials für die Kostenberechnung beauftragt waren, diesen Auftrag aber nicht nachgekommen seien. Der Redner empfahl deshalb, die Beschlußfassung über den Antrag auszuschieben bis die rechnerische Grundlage für dessen Durchführung geschaffen sei.

Gurzahn, Obst und Melzer traten für freie Lieferung des „Vorwärts“ ein. Friedländer sprach im Sinne der Ausführungen des Genossen Wels. Nach Schluß der Diskussion wurden die Anträge des 2. und 4. Kreises abgelehnt, der Antrag des 6. Wahlkreises aber mit großer Mehrheit angenommen. Er lautet: „Arbeitslosen, soweit es den jetzt gültigen Bestimmungen entspricht, den „Vorwärts“ vollständig gratis ins Haus zu liefern.“

Ein Antrag des 4. Kreises verlangt, daß anstatt des Monatsabonnements das Wochenabonnement auf den „Vorwärts“ eingeführt werde. — Nachdem Schmidt und Ostrowski, für Hoffmann (Roiwasse) gegen den Antrag gesprochen hatten, wurde er mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Kreis Teltow-Beeskow beantragt: Die Generalversammlung möge beschließen, daß das Etablissement „Neue Welt“ den Parteigenossen Rixdorfs zur Verfügung, und zwar schon von diesem Jahre ab, zur Verfügung gestellt wird.

Schulz-Rixdorf begründete den Antrag mit dem Hinweis, daß das Lokal in Rixdorf liegt, und die Rixdorfer Genossen Anspruch auf Benutzung desselben haben, was auch der Zentralvorstand anerkannt habe. Der dritte Wahlkreis habe aber jetzt hinter dem Rücken des Zentralvorstandes den Vertrag mit dem Lokalon der „Neuen Welt“ bis zum Jahre 1913 verlängert. Nach diesem Vorgehen des dritten Kreises könnten die Rixdorfer Genossen nicht, wie es der Zentralvorstand vorschlug, in diesem Jahre mit dem dritten Kreise zusammen die Kaiserier in der „Neuen Welt“ besetzen, sondern sie beanspruchten schon jetzt das Lokal für sich.

Pohl eruchte um Ablehnung des Antrages und vertrat den Standpunkt, es sei das gute Recht des dritten Wahlkreises, das Lokal, welches er seit 17 Jahren für die Kaiserier benutze, auch ferner zu gebrauchen. Innerhalb des dritten Wahlkreises gebe es kein für die Kaiserier so gut geeignetes Lokal. Andererseits hätten aber die Rixdorfer Genossen in ihrem Ort noch geeignete Lokale genug. Nachdem noch Büchner unter Verweisung auf die Beschlüsse des Zentralvorstandes den Antrag empfohlen hatte, wurde derselbe

